

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. November 1909

2. Heft

Friedrich Austerlitz: Das Problem der starken Regierung

Die geheime Sehnsucht aller guten Oesterreicher heisst Bismarck. Damit ist nicht etwa ein alldeutsches Gelüste oder eine Verehrung gemeint, die sich über die Deutschen hinaus erstreckt; damit ist die Sehnsucht nach der sagenhaften starken Regierung gemeint, die in das österreichische Chaos die Ordnung bringen soll. Der Mann, der einstmals mit dem preussischen Landtag so kurzen Prozess machte, das deutsche Reich aus Blut und Eisen schuf und überhaupt das Aussehen nach etwas Festem, Beharrlichem und Unbeugsamem hat, der ist in die Vorstellung der Bürgerlichen als das Musterbild der kraftvollen, der zielbewussten, kurz der richtig monarchischen Regierung eingegangen; der Regierung, die, den Launen der Partei entrückt, mit sich nicht spassen lässt und in der Flucht der nichtigen Erscheinungen unverrückbar, als eben der berühmte „rocher de bronze“, dasteht und dableibt. Denn dass Oesterreich der starken Regierung nicht entraten könne, ist heute Gemeingut der Ueberzeugungen aller nationalen Parteien, wenngleich jede vermeint, dass man die eiserne Faust nur gegen die andere brauche und nach ihr gegen den nationalen Gegner schreit, wogegen sie sich alle für erlesene Musterknaben halten, die nur mit delikatester Behutsamkeit sachgemäss behandelt werden. Es scheint nun nicht, dass das österreichische Klima zur Aufzucht echter Bismarcks besonders geeignet wäre, und so begnügt man sich seit urdenklicher Zeit mit den falschen Bismarcks, von denen wir allerdings schon einen ganzen Haufen produziert und konsumiert haben. Der letzte in der Reihe ist vorläufig der wackere Bienerth, den sich die Deutschen, wie männiglich bekannt, zum Repräsentanten einer unabhängigen und zielbewussten Regierung erkoren haben, weshalb der umgängliche Mann nun, vielleicht gegen seinen Willen, sicher aber über seine Kraft, den eisenrasselnden Bramarbas spielen muss und zeitweilig sogar den rauhen Alba zu posieren hat. Aber das ist ausgemacht und beschlossen: einen Bismarck brauchten wir und das Unglück ist eben, dass wir niemals einen hatten und keinen zusammenbringen können.

Nun fragt sich, was der österreichische Bismarck zu wirken hätte. Die sogenannte starke Regierung ist nämlich ein Gebilde, das sich in Zeit und Ort mannigfach verändert. Ihre restlose, von allen Oelgötzen unermesslich geliebte Verkörperung findet sich bekanntlich in Preussen, dessen gesamte Verwaltung Zucht und Disziplin atmet und von Autorität förmlich durchtränkt ist. Die starke Regierung ist dort beileibe nicht auf das Staatsministerium beschränkt und nicht allein durch die hanebüchene Unbekümmertheit der augenblicklichen Minister, die freilich ihr unentbehrliches Requisit zu sein scheint, wird sie begründet. Diese starke preussische Regierung besteht aus vielem: zum Exempel aus dem König, der „von Gottes Gnaden“ ist, also einen Willen des Volkes nicht kennt; aus den Ministern, die sich mit automatischer Sicherheit aus einer Kaste rekrutieren und die ihr König ernennt, wie ein Chef Kommiss anstellt; aus einer Bureaucratie, die in der hierarchischen Gliederung ein teleologisches Mysterium verehrt und sich in ihren ausgeprägtesten, also für Geist und Sinn der Gesamtheit massgebenden Trägern als die dem Untertanenpöbel von Gott gesetzte Obrigkeit fühlt; aus dem Dreiklassenparlament, das das Bürgertum degradiert und das Proletariat nullifiziert, wodurch die Bureaucratie der innigen Gemeinschaft mit dem Junkertum erst ganz verfällt; aus

einem dem norddeutschen Wesen eigentümlichen Respekt vor der Autorität, die die Reversseite seiner sonst so rücksichtslosen Spottsucht ist; aus dem besonderen Charakter seiner konservativen Presse, die in dieser Art kein anderes Land kennt; aus der Grösse der Sozialdemokratie, die als der rote Schrecken fruktifiziert werden kann: kurz, die starke preussische Regierung ist durchaus kein isoliertes Gewächs, das etwa einer besonderen Begabung der zufälligen Minister entsprossen wäre, also beliebig imitiert und exportiert werden könnte. Und was diese starke Regierung wirkt, weiss man: sie ist das im Gewand des unantastbaren und unerschütterlichen monarchischen Staates auftretende Klassenregiment der Junker, eine Herrschaft, die wirklich ein Regiment ist: befehlshaberisch, schneidig, dünkelhaft, aber auch präzise, zweckmässig und sogar gesetzmässig (dass nur eben die Gesetze darnach sind). Die starke preussische Regierung ist somit Ausdruck der Staatlichkeit, einer Staatlichkeit, die der Demokratie sehr missfallen muss, die aber trotzdem zu keinem Gegensatz der Volkheit werden kann. Sie ist stark für die eine und stark gegen die andere Klasse, und ihre Beschaffenheit ist der Ausdruck der Machtverhältnisse der Klassen; aber ein Eigenes, Selbständiges, Fremdes, das der Nation entgegentritt, ist sie dennoch nicht. Sogenannte starke Regierungen gibt es natürlich auch ausserhalb Preussens, wenn auch Europäens übertünchte Höflichkeit ausschliesst, dass sie irgendwo in der Ursprünglichkeit entstehen könnten, wie in dem Lande, wo sie ihre klassische Gestalt empfangen haben. Clemenceau war eine starke Regierung, Giolitti ist es auch. Aber das ist überall nur der Akzent auf die Autorität, eine mehr oder minder bewusste Abkehr von der Demokratie, zu der ihre Schwächen den Anreiz, ihre Entartungen den Antrieb geben. Der jeweilige Bismarck hat dann von seinem grossen Vorbild nur die Junkergesinnung zu borgen.

Der österreichische hätte aber eine andere Bestimmung, und unter der starken Regierung, nach der man in Oesterreich seufzt, wird etwas anderes begriffen. Nicht eben von den nationalen Parteien, die in ihr wesentlich das Exekutivorgan ihrer Wünsche begründen möchten und die Zurückdrängung der anderen Nation von ihr gewärtigen oder begehren. In der Auffassung der Deutschbürgerlichen erscheint also eine starke Regierung etwa mit der Aufgabe betraut, die Tschechen zurückzustossen, ihrer Offensive gegen die deutschen Positionen eine Grenze zu setzen, ihnen klar zu machen, dass die tschechische Begehrlichkeit ein Ende haben müsse; die starke Regierung ist also die, die für die Deutschen Partei nimmt. Den Tschechen wird jene Regierung die starke sein, die den deutschen Grössenwahn — wir übernehmen die Ausdrücke alle dem nationalistischen Jargon — in die Schranken weist, die ihm das Gesetz der Gleichberechtigung aufzwingt, die also den Tschechen zu dem verhilft, was sie als ihr Recht ansprechen. Die starke Regierung ist ihre Parteiregierung, wenngleich das parteimässige Regieren durch die österreichische Wirklichkeit immer sehr bedingt bleiben wird. Natürlich sehnt man sich auch nach der starken Regierung gemäss dem herrlichen preussischen Muster: der die Abgeordnetenkanaille nicht imponiert, die nicht lange fackelt, wenn man ihr mit Strassendemonstrationen kommt, die, mit anderen Worten, das nicht vermissen lässt, was allen guten Bürgern tief im Blute sitzt: Scharfmachergesinnung nämlich. Doch die besondere starke Regierung, die Oesterreich nicht entbehren könne, ist das alles nicht. Der Bismarck, der Oesterreich retten soll, soll nicht die Monarchie vor dem Volk, die herrschende vor den nachrückenden Klassen behüten; unser Bismarck soll den Staat gegen die Nationen verteidigen. Die starke Regierung soll die Grenzwehr des Staates sein, an der sich der Ansturm der Nationen bricht. Das Problem der starken Regierung in Oesterreich ist wirklich ein österreichisches Problem.

Die Ansicht nun, dass eine solche starke Regierung, die Erscheinung des Imperialismus im Innern, eine Lücke ausfüllen würde, sich also, wenn diese Lücke nicht organisch geschlossen wird, als eine Notwendigkeit darstellen könnte, die ist weit über den patriotischen Umkreis verbreitet. Welches ist nun die Lücke, die die imperialistische Regierung rechtfertigen könnte und nach ihr zu verlangen scheint? In ihrer sinnfälligsten Fassung stellt sie sich als das Versagen des Parlaments dar, als die Lähmung des Körpers, von dessen ungestörter Tätigkeit der geordnete Gang der Staatsgeschäfte abhängt, dessen Stillesezung also die Unterbindung der staatlichen Maschinerie bewirken müsste. Aber diese verträgt eine Unterbrechung, wenigstens in ihren primärsten

Funktionen, überhaupt nicht, und „dass der Staat leben muss“, ist, so misstönig das Wort auch den Kennern dieses Staates erschallt, eine Wahrheit, die aller parlamentarischen Finessen spottet und an deren Brutalität alle obstruktionistischen Zauberkünste zerschellen. Das hat sich in der letzten Periode des zu Tode gehetzten Kurienparlaments fasslich gezeigt: der Paragraph, der zuerst als die Vergewaltigung des Parlaments erschien, empfieng, als die Arbeitsunfähigkeit des Reichsrates chronisch geworden war, den Charakter, dass er die Ergänzung des Parlaments bilde: dieses ersetze, wenn es nicht weiterkommt. Die Furcht vor dem Paragraph Vierzehn, die das reformierte Haus so deutlich beseelt und im Grunde sein stärkster Antrieb ist, ist deshalb kein schlechtes Zeichen: das demokratische Parlament kämpft um sein Leben, wenn es das, was für den ungestörten Gang der Dinge eben unerlässlich, selbst leisten, also die „Ergänzung“, die so leicht eine Alleinherrschaft werden kann, vermeiden will. Und die Eroberung, die die starke Regierung in den politischen Auffassungen macht, zeigt sich darin, dass das, was man einst Verfassungsbruch nannte und das der Form nach es immer bleiben würde, immer weniger Empörung weckt, immer mehr als das Logische und Unvermeidliche empfunden wird. Man hat mit dem langwierigen und langweiligen Parlamentsjammer eben schon so lange Geduld gehabt, dass er nimmer darauf rechnen kann, man werde ihm verzeihen, weil man ihn versteht. Zudem ist unsere politisch ernüchterte und von Enthusiasmus für die technische Präzision erfüllte Zeit gar nicht darauf gestimmt, der tragikomischen Schwerfälligkeit des österreichischen Parlamentarismus auch nur die mitleidige Unbefangenheit des Urteils zuzubilligen, aus der sein unverschuldetes Unglück begriffen werden kann. Raschheit, Zuverlässigkeit, Bestimmtheit, das sind die Tugenden, die von unserer Zeit vernehmlich geschätzt werden, von einer Zeit, die volle Leistungsfähigkeit von jedem Organe heischt, also leicht, leichter vielleicht, als es nützlich und gerecht wäre, dazu gelangen kann, über ein Parlament, dem alle modernen Eigenschaften fehlen und das in seiner Verfassung schon an den seligen Hofkriegsrat gemahnt, zur Tagesordnung überzugehen. In die Lücke, die das Parlament eröffnet, würde sich die imperialistische Regierung unschwer einnisten können.

Aber es handelt sich, wenn man die Möglichkeiten, die dann in gewissem Sinne auch Notwendigkeiten werden könnten, der imperialistischen Regierung abschätzt, um mehr als um jene Ersetzung der augenblicklichen Leistung, die das Parlament schuldig blieb, durch die absolutistische Gewalt. Denn die Lücke, die auszufüllen ist, beginnt vor der Obstruktion und diese bringt nur zum Ausdruck, was schon vor ihr war. Was ist die Obstruktion, die, einmal ausgebrochen, aus dem Parlament nicht zu verschrecken ist und die auch das allgemeine Wahlrecht nicht zu bannen vermochte; wodurch ist die Obstruktion die Kraft geworden, die das Mark des österreichischen Parlaments zerfrisst? In allen ihren Erscheinungsformen ist die Obstruktion doch immer das eine und selbe: der Krieg der Nationen gegen den Staat. Die Obstruktion ist, was immer ihr augenblicklicher Beweggrund und welches ihr angebliches Ziel, immer die Folgeerscheinung der Tatsache, dass das Verhältnis der Nation zum Staate und damit das Verhältnis der Nationen zueinander aus dem Geleise gekommen ist und zu einer neuen Ordnung nicht gelangen kann. Die Obstruktion ist die äusserliche Störung, die Sichtbarmachung der innerlichen Störung, die ihr vorangegangen ist und deren hemmende Kraft desto mehr anwachsen muss, je länger sie währt. Deshalb ist die Obstruktion, die zuerst eine Explosion war, eine Institution geworden; eine bestimmte Störung des nationalen Kräfteverhältnisses hat sie veranlasst und die Ungelöstheit der nationalen Streitfragen macht sie dauernd. Das Parlament, das unfähig ist, die nationale Ordnung durchzuführen, macht die Bahn frei für die starke Regierung, die das, was die Nationen nicht vereinbaren, als Gebot ihnen setzt: als das Gebot einer Macht, die über den Nationen steht und deren Gewalt sie nicht zu entrinnen vermögen. Die starke Regierung ist eben der Staat selbst, und sind die Notwendigkeiten seines Daseins.

Ist es nun wahr, dass die Nationen die Ordnung ihres Neben- und Miteinanderlebens allein nicht finden können und die Lösung ihrer Kraft unerreichbar ist? Denn dieses ist die Frage, von deren Beantwortung das Eingriffsrecht des inneren Imperialismus, die Notwendigkeit des absolutistischen Gebotes abhängt. Es ist nicht zu verkennen, kann und soll auch nicht geleugnet werden, dass das Urteil hierüber tiefgehende

Wandlungen durchgemacht hat. Durch Jahrzehnte hindurch war es geradezu ein Glaubenssatz der Demokratie, dass daran, dass die nationalen Streitfragen nicht gelöst werden, dass ihre Ausprägung immerzu herbere und schroffere Formen annimmt, die Regierung schuld trüge, jene Regierung, die damit, dass sie sich selbstbewusst eine kaiserliche nannte, ausdrücken wollte, dass sie über den Nationen stehe und dadurch berufen sei, ihnen an Recht und Macht auszuspenden, soviel sie als gerecht und zweckmässig erachte. Das Unvermögen, mit dem Schiedsspruch von oben eine erspriessliche und weiterwirkende Ordnung herbeizuführen, war allerdings immer evident; und daran entzündete sich die Hoffnung, dass die Völker, von einer lähmenden Vormundschaft befreit, den Verführungskünsten des „teile und herrsche“ nicht mehr ausgesetzt, sich finden werden und ihrer Einsicht, ihrem Willen, ihrer Kraft das Gelingen werde, was die Regierungen so gründlich schuldig geblieben waren. Das war ja auch im tiefsten Kern die Hoffnung, die von dem allgemeinen Wahlrecht — nicht den nationalen Frieden, das wäre politische Phantasterei gewesen, wohl aber die Steigerung der Möglichkeiten einer nationalen Verständigung gewärtigte, in der Demokratie die Triebkraft für den nationalen Frieden erkennen wollte. Dass diese Hoffnung getrogen hat, dass das allgemeine und gleiche Wahlrecht, statt die Bereitschaft zum nationalen Frieden zu steigern, die nationalen Kämpfe verschärft hat, kann nun nicht bezweifelt werden, wenn es auch erklärt werden kann; die traurigste Gegenwart bezeugt es. Aber wenn die Friedensbereitschaft in einem Parlament nicht wächst, das die Nationen unverfälscht widerspiegelt, sie so reproduziert, wie sie wirklich sind, das ohne verfälschende Korrekturen und Retuschen die Nationen selbst zu Handelnden in der erschütternden Tragödie dieses Rassenkampfes macht; wenn die Friedensbereitschaft in dem Parlament der Demokratie nicht nur nicht anwächst, sondern allmählich auch die Stützpunkte verliert, die bis nun ihre gewissesten waren: dann erscheint es wohl schon als eine Illusion, auf die Fähigkeit der Völker, sich das Gesetz ihres Lebens selbst geben zu können, weiter hoffen und vertrauen zu wollen. Die Demokratie bringt die hadernden Nationen nicht näher, sie stellt sie einander immer unversöhnlicher und trotziger entgegen. Sie stellt sie eben einander ganz gegenüber; und so wird durch die Kraft, die den nationalen Streit endigen sollte, der nationale Kampf erst in seinem ganzen Umfang und seiner vollen Wucht aufgerollt.

Und es hat seinen tiefen Grund, warum die nationalen Kämpfe, die einstmal nur die Differenzen bestimmter Schichten waren, von den breiten Volksmassen nicht nur nicht geteilt, sondern eher gering geschätzt, warum diese nun die Sorgen des gesamten Volkes, die Leidenschaften aller Klassen werden und von ihrer Glut nun auch die versengt werden, die sich ihnen mit Bewusstsein fernzuhalten gesucht haben. Wohl denken wir, wenn wir von nationalen Kämpfen sprechen, vor allem an die vielen ungelösten Sprachen- und Schulfragen, an jenes Magazin alter und strittiger Probleme und nationaler Konflikte, die die moderne Geschichte Oesterreichs ausmachen und an denen sich der Streit immer von neuem entzündet. Aber die nationale Frage, die die Frage der Entwicklung der Nationen ist, um die die Völker in so wesentlichen Punkten gegeneinander ringen müssen die ist mit der Sprachen- und Aemterfrage nicht abgeschlossen. In Wahrheit ist heute alles national. Das hängt mit der Entfaltung des kapitalistischen Staates zusammen, der immer neue Rechte an sich zieht, immer neue Prärogativen usurpiert, immer mehr der Sammelpunkt der Kräfte und die Quelle der Gnaden wird. Der Staat, dessen Bedarf an Beamten ins Riesenhafte anschwillt, der Staat, der die gesamte Steuerkraft monopolisiert, der Strassen und Eisenbahnen baut, der Subventionen austeilt, dieser Staat ist ein ganz anderer Posten in der wirtschaftlichen Bilanz der Nation als es der Staat war, der den Nationen mehr oder minder nur ideologische Rechte zu spenden hatte. Und gerade in Oesterreich, dessen eigentliche Glieder, die Nationen, nicht einmal konstituiert sind, geht die ganze Bewegung dahin, den Staat immer mehr zum Sammelbecken aller wirtschaftlichen Kräfte, zum wahren Herrn über Tod und Leben zu machen. Der Staat hat sich die Nationen einverleibt; was Wunder, dass sie nun alle Kräfte anspannen, seine Machtmittel der Nation einzuverleiben! Diese Unformung und Anschwellung des Staates, das ungeheure Wachstum seiner wirtschaftlichen Bedeutung steigert das Interesse der Nationen an dem Staat ins Unheimliche; ihr Interesse ist mit dem Staat so verflochten, dass aus dem Kampf der Nation um ihre Entwicklung naturnotwendig der Kampf

der Nationen um den Staat geworden ist. Und so begreift die Forderung nach kultureller und nationaler Gleichberechtigung, als welche, durch die ungelösten Sprachen- und Schulfragen, die nationale Frage sich darstellt, in Wahrheit die Gesamtheit aller Interessen und Bedürfnisse in sich, von denen die Entwicklung der Nation bedingt wird. Deshalb ist nun alles national geworden und keiner Sache, keiner Frage, keinem Problem und scheinen sie dem nationalen Kampfboden noch so ferne, selbständig und isoliert, ist der wirrende und trübende Zusammenhang mit dem Machtkampf der Nationen erspart. Immer mehr und immer umfassender wird alles, was anderswo nur seine natürlichen, gleichsam stofflichen Gegensätze enthält, in Oesterreich in den Gegensatz der Nationen gerückt; allmählich wird alles eine nationale Frage sein. Wie des Odysseus Schar von fremdem Blut, so nährt sich der nationale Kampf in Oesterreich von allen gesellschaftlichen Kämpfen, und alle Klassen ordnet er in die nationale Kampflinie ein. In dieser „Ordnung“, in der sich alle Nationsgegensätze kreuzen, sind die nationalen Fragen schlechthin unlösbar.

Wie hat sich nun die bürgerliche Welt, der der Mut gebricht, die Nationen nebeneinander zu stellen, welches, staatlich angesehen, der Grundgedanke der nationalen Autonomie ist, wie hat sich diese die Lösung gedacht? Sie kann natürlich nur an die Lösung von Fragen als Einzelercheinungen des nationalen Gegensatzes denken; die Lösung der nationalen Frage, also die Beseitigung der Machtkämpfe durch die Aufhebung des Gegensatzes, setzt ein anderes Oesterreich voraus, dessen Dauer als Oesterreich berechenbar wäre. Da Machtkämpfe nach den Grundsätzen einer abstrakten Gerechtigkeit, den Massstäben einer überirdischen, sittlichen Idee nicht zu entscheiden sind, so bestand die Hoffnung der bürgerlichen Welt im Grunde darin, dass sich erstens das Reservoir der nationalen Kämpfe und Kämpfer erschöpfen werde und die Streitpunkte sich vermindern müssen, dass aber die Nationen, von den verzehrenden Kämpfen ermattet, von dem unfruchtbaren Streit abgehetzt, der Vergeblichkeit dieser zweck- und ziellosen Kämpfe sich bewusst werden und zu resignieren fähig werden können; also erkennen werden, dass ihnen nichts übrig bleibt, als sich zu bescheiden: mit einem Bruchteil der Ansprüche, da das Ganze von ihnen doch nicht erzwungen werden kann. Aber kann die Lösung der nationalen Kämpfe nur das Kompromiss sein, so ist das Kompromiss nie eine Lösung; von der errungenen Position hebt der neue Kampf an. Nun schliesst es die innere Unlösbarkeit der nationalen Fragen, der dialektische Prozess des Nationalismus, natürlich nicht aus, dass irgend eine Unerheblichkeit, die sich an der Peripherie der nationalen Machtkämpfe bewegt, geschlichtet werden kann — obwohl man auch da schon bis nach Istrien und Dalmatien gehen muss, um die Möglichkeit eines nationalen „Friedensschlusses“ zu erspähen — aber daran, dass sich die nationalen Differenzen stetig vermehren müssen und die nationale Demagogie, die sich dem Nationalismus gleichsam automatisch entringt, unerschöpfbar ist, vermögen die spärlichen Lösungen kleiner Differenzen nichts zu ändern. Das braucht auch keiner theoretischen Begründung; die Geschichte der österreichischen Nationalitätenkämpfe beweist es. Man zeige doch nur eine einzige nationale Frage, die seit zwanzig Jahren gelöst worden wäre, deren Lösung eine Frucht der Einsicht, des Willens der Nationen selbst gewesen wäre! Das Parlament hat nicht erst versagt, seitdem es obstruiert wird, und sein Versagen beschränkt sich nicht darauf, die Lieferung der für den staatlichen Betrieb unerlässlichen Dinge schuldig geblieben zu sein. Schon vorher und immer hat es in dem Gesamtbereich der nationalen Frage versagt und für das Verhältnis der Nationen, deren Unordnung in den Grundlagen die Teillösungen so unumgänglich nötig macht, war es niemals anders, als ob Oesterreich ein Parlament überhaupt nicht besässe. Die Nationen sind unfähig, die nationale Ordnung zu schaffen, und das Instrument ihres Wirkens, das Parlament, scheidet aus, wenn nachgeforscht wird, was helfen könnte. Und deshalb ist es nicht erstaunlich, dass die Sehnsucht nach der starken Regierung, die helfen soll, nicht schwinden will, obgleich die österreichischen Regierungen, wie wir sie schaudernd erfahren haben, den Anreiz sonst nicht erwecken werden, sie in ihren Allzumenschlichkeiten noch stark zu sehen. Denn zweierlei muss zugegeben werden: erstens, dass die meisten der im Vordergrund stehenden Fragen einer Bereinigung zugänglich sind, für das Kompromiss reif, da die Nationen im Innern der Unfruchtbarkeit ihrer Kämpfe sich schon längst bewusst sind

und herzlich froh wären, ihnen für geraume Zeiten entrinnen zu können, und zweitens, dass es trotzdem ganz aussichtslos ist, darauf zu warten, dass sich das Kompromiss den freien Willen der Nationen entbinden werde, dass sie tun werden können, was sie zu sollen schon längst eingesehen haben. Der Einfall nun, dass ihnen das Kompromiss, das einzugehen sie die Natur der nationalen Kämpfe abhalten muss, von einer ausserhalb ihrer und über ihnen stehenden Gewalt gesetzt werde, der Gedanke ist zwar wenig anmutig und alles andere denn begeisternd; aber seine logische Folgerichtigkeit ist doch unbestreitbar. Wir nennen den Gedanken einen imperialistischen: denn indem er voraussetzt, dass der Staat, der nicht eine Nation, der alle Nationen ist, das Recht habe, jede in die Grenzen zu bannen, die mit seiner Existenz verträglich sind, jede so zu beschränken, als es sein ungefährtetes Dasein notwendig macht, erfasst er den Staat als Selbstzweck, verleiht er ihm eine Notwendigkeit, die sich zwar auf die Notwendigkeiten aller Nationen berufen kann, aber durch die immanente Notwendigkeit keiner Nation fundiert wird. Die objektive Möglichkeit des inneren Cäsarismus ist eben die unerfreuliche Erkenntnis, dass Oesterreich der Staat der Habsburger und nicht der Staat der Völker in Oesterreich ist. Aber so sehr sich das demokratische Gewissen gegen die Erkenntnis auch sträubt, so sehr sie alle Vorstellungen von der Entwicklung der Nationen zur Reife und inneren Freiheit über den Haufen rennt: es scheint doch wahr, dass die Völker immer unfähiger werden, in sich selbst die Energie zu finden, aus sich selbst die Kraft zu schöpfen, um die Grundlagen ihres friedlichen Miteinanderlebens zu schaffen, und dass ihre Entäusserung jeglicher Grundsätze des Rechtes, der Vernunft, der geläuterten Menschlichkeit einen Grad erreichen kann, in welchem sie zugunsten einer Gewalt ausserhalb ihrer selbst abdiziert haben werden. Die starke Regierung wäre nur die Reflexerscheinung der Nationen, die der unerbittliche Krieg, den sie miteinander führen, bis zur Blutleere geschwächt hat.

Aber diese starke österreichische Regierung ist wieder, was der Satz vom österreichischen Widerspruch ist, nur eine österreichische Selbstironie. Denn die objektive Möglichkeit des Cäsarismus besagt natürlich nichts für die subjektive Beschaffenheit der betreffenden Cäsaren, und wenn auch kein Cäsar möglich ist, den die objektiven Tatsachen nicht zulassen, so haben die Möglichkeiten an sich noch sein Lebtage keinen Cäsaren hervorgebracht. Wohl „muss“ auch der österreichische Staat leben, aber über dieses Jammerleben — kein Cäsar möchte so leben — das wir in Schmerz und Pein erleben, wird er es niemals bringen. Denn der Cäsarismus, sofern er nicht blosses persönliches Gelüste ist, wird immer und kann nur die gewalttätige Abkürzung der Entwicklung sein; aber dem Cäsarismus, der im letzten Kerne nicht entwickelt, sondern beschränkt, werden keine Blütenräume reifen. Einem Staate, der auf die wahre Grundlage staatlicher Entfaltung, auf die Identität von Staatsform und Staatsgehalt, also von Staat und Nation, vorweg verzichten muss, dem die Wundergabe zuzuschreiben, dass sein Wort die tobenden Gewässer beruhigen könnte, das ist, trotz aller anscheinenden objektiven Möglichkeiten, doch wieder nur ein Wahn. Bismarck würde in Oesterreich schwerlich Beschäftigung gefunden haben. Und die Sehnsucht nach dem Bismarck für Oesterreich drückt in Wahrheit nur die staatliche Impotenz aus.

Karl Renner: Die „Unfruchtbarkeit“ des Volkshauses

Als vor zwanzig Jahren die von der Polizei beargwöhnten und verfolgten Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft in dem stillen, einsamen Gebirgsort Hainfeld zur Winterszeit zusammenkamen, um für das Proletariat, das, von Ausnahmezustand und Polizeilockspitzeln nach allen Richtungen auseinandergetrieben und irreführt, rechts in das Lager des christlichen und Staatssozialismus, links in die Reihen des Anarchismus abzuirren drohte, das einigende Banner aufzurichten, damals haben jene

Männer die Fahne des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes vor allen anderen Zielen erhoben. Diese Fahne hat auch erfüllt, was jene gehofft haben: In seltener Einmütigkeit, in imposanter Einheit hat sich das österreichische Proletariat zusammengeschlossen und Taten unter diesem Banner vollbracht, die in die Weltgeschichte eingegangen sind.

Und dies alles, obwohl die Genossen von Hainfeld so frei waren von jedem Parlamentsoptimismus, dass sie selbst der Wahlrechtsforderung den Zusatz beifügten: „ohne sich über den Wert des Parlamentarismus zu täuschen“. Von allem Anbeginn an hat kein Sozialdemokrat im Wahlrecht das Heilmittel für alle Schäden der Zeit, im Volkshaus des allgemeinen Wahlrechtes den Retter aus allen Nöten gesehen; jeder wusste, dass das angestrebte Parlament die bürgerliche Klassenherrschaft erst rein darstellen kann, allerdings unter der wachsamem und wachsenden Kontrolle der besitzlosen Klassen, die als künftige Erben an einem Tische neben den augenblicklichen Machthabern beraten und vor allem die immune parlamentarische Tribüne dem sozialistischen Worte erringen und sichern sollten. Wer die Früchte unseres bisherigen Parlamentierens mit jenen bescheidenen Hoffnungen der Männer von Hainfeld vergleicht, muss zugeben, dass der Wahlrechtskampf und unsere parlamentarische Arbeit mehr gebracht hat, als jene erwarteten. Das Parlament war uns nicht nur Tribüne, das Proletariat hat dort ununterbrochen Macht und Einfluss geübt, nicht wenig Vorteile errungen und noch mehr Schäden verhindert, es hat den umkreisenden Ring seiner Gegner gesprengt und die offene Anerkennung seiner Macht und seiner politischen Einsicht ertrotzt.

Uns hat das allgemeine Wahlrecht gehalten, was wir uns von ihm versprochen haben. Nicht so den bürgerlichen Klassen und dem Staate Oesterreich, was sich die Bureaukratie, was sich die Gessmann, Kramarsch, Schusterschitz und die anderen versprochen, die zum Schluss das Wahlrecht über sich ergehen liessen, nicht so den zahlreichen Indifferenten aller Klassen, die sich Wunder welche Früchte für sich selbst erhofften. Alle diese sind enttäuscht, jeder auf andere Weise, und das mühsam überwundene Widerstreben gegen das demokratische Wahlrecht wird wieder laut. Allgemein hört man den Vorwurf: Das neue Volkshaus ist unfruchtbar. Nicht nur die zweimal wiederholte Obstruktion, die zwar nicht sieghaft war, die aber Erfolg hatte, weil die Regierung und die bürgerlichen Parteien vor ihr davonliefen, die zweimalige Schliessung des Parlaments sind nicht die einzigen Gründe, die man für die Unfruchtbarkeit des Parlaments anführt. Man weist auch auf die endlosen Debatten und die geringe Zahl der Beschlüsse hin, man findet das Niveau der Verhandlungen zu tief und ihren Gang zu schleppend, den Ton zu niedrig, den ganzen Apparat zu umständlich und zu teuer, den Einfluss des Parlaments auf die Staatsverwaltung eher korrumpierend als reinigend: kurz, alle Nachteile sieht man im Volkshaus vereinigt.

Wer hätte Lust, eine Lanze für den bürgerlichen Parlamentarismus zu brechen? Wir haben keine Ursache, etwas zu beschönigen. Das österreichische Proletariat hat das unsterbliche Verdienst, den Völkern Oesterreichs die Möglichkeit einer vollen Vertretung erkämpft zu haben. Die Entscheidung über wirkliche Vertretung ist in die Hände aller vierundzwanzig Jahre alten Männer gelegt worden. Fünf Sechstel derselben haben sich für bürgerliche Parteien entschieden, die bürgerlichen Parteien haben das Parlament zu dem gemacht, was es heute ist! Sie haben es zu verantworten, wenn die Völker Oesterreichs, wenn der Staat wirklich um eine Hoffnung ärmer geworden sein sollten! Wir haben mit aller Anstrengung und mit schweren Opfern für den reinen Schild des Volkshauses, für seine Macht, für seine Arbeitsfähigkeit gekämpft, wir können mit ruhigem Gewissen vor die Wählerschaft hintreten und rufen: Seht, das haben österreichische Regierungen, das haben die bürgerlichen Parteien aus einem Volkshaus gemacht!

Nein, wir beschönigen nichts! Missbraucht haben die bürgerlichen Parteien die ihnen vom Volkswahlrecht eingeräumte Macht, um sich selbst der Regierungskrippe nahe-zudrängen, missbraucht, um einzelnen Persönlichkeiten Ehren und materielle Vorteile zuzuschancen, missbraucht, um das, was sie durch gesetzgeberischen Beschluss zu erarbeiten nicht Talent und Geduld hatten, gewalttätig durch Störung der Arbeit zu erpressen, miss-

braucht haben zahlreiche Einzelne (von Sternberg bis Breiter) die parlamentarische Tribüne, um ihrer Person, ihren privaten Affären, ihrer Eitelkeit zu dienen. Zahlreiche Schäden des Volkshauses gehen auf solchen Missbrauch zurück. Wir dürfen sie nicht verschweigen, wir müssen im Gegenteil den Missbrauch des Volksmandats aufzeigen und die Wählerschaften unterweisen, die Missbraucher zur Verantwortung ziehen. Nichts wäre unkluger von uns als ein kindischer Kultus des sogenannten Volkshauses. Was wir gefordert und erkämpft, was wir zu vertreten haben, ist das Recht des Volkes, zu wählen. Hat es schlecht gewählt, so kann und soll es besser wählen. Den falschen Gebrauch, den Missbrauch des Wahlrechts haben wir nicht zu verantworten, sondern vor der Wählerschaft zur Verantwortung zu ziehen. Das Haus genügt euch nicht? Uns noch weniger — wohlan! Wählet ein besseres! Es liegt in eurer Hand.

* * *

Wenn wir dennoch gewisse Anklagen gegen das Parlament abwehren, so wollen wir die Schuldigen nicht entlasten, sondern feststellen. Sowohl Wähler als Gewählte, sowohl jene, welche ihr Mandat missverstehen oder missbrauchen, sind allzu geneigt, die Schuld von sich selbst auf die Art des Wahlrechts abzuwälzen. Und dagegen wehren wir uns. Nicht das bestehende sogenannte Volkshaus am Franzensring, sondern das wertvolle und wahrhafte Volksrecht zu wählen verteidigen wir, wenn wir gewisse Anklagen gegen das Parlament zurückweisen.

Diejenigen, die das Parlament als Institution unfruchtbar und leistungsunfähig nennen, haben wohl schon vergessen, dass es grosse Gesetzgebungswerke in sehr kurzer Zeit klaglos bewältigt hat, so den ungarischen Ausgleich, so zweimal das Staatsbudget. Was die Schwerfälligkeit des Hauses betrifft, sei zunächst festgestellt, dass nicht durch unsere Schuld das Haus wirklich zu gross ist. Wir haben bei der Schöpfung des Wahlrechts wiederholt gewarnt, aber der unersättliche Mandatshunger der bürgerlichen Parteien hat die Abgeordnetenzahl immer noch mehr in die Höhe getrieben. Dann aber, seit dem Bestand des Parlaments, wird das Haus schwer belastet durch die disziplinlose Grossmannssucht der bürgerlichen Führer, deren jeder ein eigenes Parteilein für sich zu führen ambitioniert und sich einer grossen Fraktion nicht einordnen mag. Die zum Teil sinnlose Zersplitterung der bürgerlichen Parteien ist schweres Hemmnis der Arbeit. Auch darin bildet der geschlossene Block der Sozialdemokratie eine völlige Ausnahme. Die geradezu lächerliche Anarchie der deutschfreiheitlichen und der tschechischen bürgerlichen Parteien muss vor der Wählerschaft aufgezeigt werden, denn sie trägt die Hauptschuld an der parlamentarischen Vielrednerei. Während in anderen Parlamenten ein Mann für eine ganze Seite des Hauses spricht, drängt sich bei uns immer noch ein Fraktionchenhaupt zum Worte. Da hat noch immer ein Stransky (Asch) oder Wolf, ein Fresl seinen besonderen Kren daraufzugeben.

* * *

Dieser Mangel an Disziplin bei den bürgerlichen Parteien fällt doppelt ins Gewicht, da das Parlament an sich nicht eine einfache Volksvertretung ist wie etwa das französische oder italienische. Und damit kommen wir auf die Kardinalschwierigkeit des österreichischen Parlaments, welche beharrlich von den übelwollenden Kritikern übersehen oder verschwiegen wird.

Fast alle anderen Parlamente der Welt haben eine einfache klare Funktion: Sie sind das höchste Ausdrucksmittel des Willens einer Nation. Die englische Nation sieht in ihrem Unterhaus, die französische in ihrer zweiten Kammer den Träger ihrer staatlichen Existenz, durch den die eine und unteilbare Nation mit allen anderen Nationen des Erdballs spricht, durch den sie ihr eigenes Schicksal in der Welt bestimmt, durch den sie auch ihre eigenen inneren Angelegenheiten regelt, ohne fremden Einspruch zu dulden.

Sieht man diese erste, diese Kardinalfunktion eines Parlaments, so muss man gestehen: Keine Nation Oesterreichs hat ein Parlament, in dem sie ihre inneren Angelegenheiten ohne fremden Einspruch selbst regelt, in dem sie als gesonderter Körper zu anderen Nationen spricht.

Wenn sonstwo Nationen miteinander verhandeln, so tun sie dies durch ihre eigene Regierung und von Regierung zu Regierung. Es bleibt ihnen vorbehalten, ob sie auf

Kongressen sich mit anderen Nationen zusammensetzen wollen oder nicht, es kann ohne ihre Einwilligung über sie gar nicht verhandelt werden. Beschlüsse gemeinsamer Kongresse binden an sich noch nicht, die Vertreter nehmen sie erst ad referendum und die Nationen ratifizieren sie hinterher oder sie ratifizieren sie nicht. Jede Nation behält sich vor, Beschlüsse zu nullifizieren, behält sich das Recht des Widerstandes, selbst des Krieges vor.

Nun hat zwar keine der österreichischen Nationen ein Parlament, aber acht Nationen haben nur ein Parlament miteinander. Dieses eine Parlament muss für jede der acht Nationen die obenerwähnten Kardinalfunktionen erfüllen. Zugleich aber darf es dies nicht in gewissen Beziehungen. Da jede Nation auf ihrem Eigenwillen beharrt, sieht sie in dem Parlament gewissermassen nur einen Kongress von Nationen, dessen Beschlüssen sie sich nicht bedingungslos unterwirft. Wie oft wurde im Parlament vereinbart und beschlossen, was hinterher in Prag nicht ratifiziert wurde, wie oft hat diese oder jene Nation den „Kongress nicht beschickt“ (Abstinenzpolitik), wie oft das Recht des Widerstandes durch Obstruktion bewährt! Wer schärfer zusieht und juristisch zu unterscheiden gewohnt ist, wird finden, dass die „Völker“ Oesterreichs ihr Verhältnis zueinander eben „völkerrechtlich“ auffassen, und wer das Wesen der Nation wie eines Parlaments versteht, wird sofort begreifen, dass sie dies in allen Fragen der nationalen Existenz zu tun gezwungen sind.

So erklären sich die in der österreichischen Parlamentsgeschichte immer wiederkehrenden Erscheinungen: die nationale Abstinenz, die nationale Obstruktion, der Grundsatz, dass es in nationalen Dingen kein Ueberstimmen gibt, dass alle nationalen Massregeln vorher in Konferenzen vereinbart und dann erst im Parlament beschlossen werden, die häufige Nichtratifikation vorheriger Beschlüsse durch die nationalen Wählerschaften. In all diesen Angelegenheiten kann ein österreichisches Parlament nur arbeiten wie ein internationaler Kongress, langsam, behutsam, dekorativ, wenn nicht der Krieg selbst losbrechen soll. Nur die bare Einsichtslosigkeit gewisser Politiker in die Existenzbedingungen eines vielnationalen Parlaments kann von dem österreichischen Abgeordnetenhaus die brutale Promptheit einer Gemeinderatsstube verlangen, wo die Mehrheit Minderheiten niedertrampelt.

Wir begreifen nun, wieso der vielerfahrene Unterhändler zwischen Oesterreich und Ungarn, der Ausgleichmacher Baron Beck, mit seinem grossen diplomatischen Geschick diesen internationalen Kongress immer wieder beisammenhalten und von Erfolg zu Erfolg führen konnte, während der verhandlungsunfähige Bienerth geradezu den Krieg immer wieder losbindet. Wir begreifen nun, dass das österreichische Parlament zu führen hundertmal schwieriger ist als jedes andere Parlament, dass es hohe diplomatische Begabung der Regierung erfordert. Es heisst also das Parlament ruinieren, wenn man einen simplen Präsidialisten hineinkommandiert. Sonstwo ist es selbstverständlich, dass man nur die höchsten Begabungen mit dem höchsten Staatsamt betraut, aber es mag auch ab und zu ein weniger Begabter und Geschulter mitlaufen. Bei uns aber kann er das kaum, ohne im Parlament den grössten Schaden zu stiften.

Offenbar wird uns so auch die Kindsköpfigkeit gewisser Nurgeschäftsordnungsleute, die da glauben, man könne dem Vorbehalt der Abstinenz, Resistenz und Nullifikation — so heissen die Dinge völkerrechtlich — den alle Nationen machen, durch Geschäftsordnungsparagraphen beikommen. Von dieser Kindsköpfigkeit hat unser Präsident Pattai erst jüngst in seiner Einleitung zur Ausgabe der Geschäftsordnungsmaterialien eine kleine Probe abgelegt.

Die grossen Schwierigkeiten des österreichischen Parlaments entspringen also aus der Tatsache, dass acht Nationen kein eigenes und nur ein gemeinsames Parlament haben, und können nur zum Teil beseitigt werden, indem dieser erkannte Zustand auch aufgehoben wird.

Jede Nation ein Parlament für sich, für ihre eigenen nationalen Angelegenheiten! Wie oft wurde das Haus noch stundenlang vor einer Abstimmung aufgehalten, weil tschechische Abgeordnete unter sich einen Streit in tschechischer Sprache ausfochten, der niemand anderen anging, den niemand versteht. Die Kämpfe der vielen deutschen, der vielen tschechischen, ja der ruthenischen Fraktiönchen unter sich haben heute gar

keine andere Stätte als das Parlament. Auch die Landtage sind dazu ganz ungeeignet. In welchem Landtag hätten etwa Lueger und Schönerer ihr grosses historisches Schimpfduett aufführen sollen, in welchem Landtag könnte der mährische Tschechischklerikale mit dem antiklerikalen Tschechen aus Böhmen sich auseinandersetzen?

Sehen wir indessen vom Parteienkampf innerhalb der Nation ab und beachten wir die Anforderungen der nationalen Verwaltung, wie sie beispielsweise im Budgetausschuss zu Worte kommen. In einem Nationalstaat ist das Unterrichtswesen eine einheitliche prinzipielle Sache. Bei uns lässt etwa zuerst der Tscheche seine ganzen nationalen Kulturanstalten mit allen Mängeln, mit allen Wünschen aufmarschieren. Wie kann er denn kurz sein — es handelt sich doch um den geistigen, um den wissenschaftlichen und künstlerischen Gesamtbesitz einer Nation, die nirgends sonst in der Welt ihre Kulturinteressen vertreten kann. Seine beweglichen, leidenschaftlichen Worte ermüden nicht nur die Vertreter von sieben anderen Nationen, sie verdrissen sie auch, denn jedes Begehren konkurriert mit sieben anderen Nationen um den Beitrag aus dem einen Fiskus. Nach den Tschechen kommt der Pole, der Ruthene und so fort und keiner will hinter dem anderen an Eifer für seine Nation zurückstehen. Wenn die Verhandlung achtmal so lange dauert als im Ausschuss eines anderen Parlaments, so ist das noch normal! Da aber acht Nationen konkurrieren und untereinander in Streit geraten, so kann die Verhandlung noch grösseren Umfang gewinnen!

Nur die oberflächlichste nationale Voreingenommenheit kann in dem eifervollen Streben des anderen leere Zeitvergeudung sehen; das Publikum freilich bekommt durch die Zeitung nur die Nachricht von den Reden der eigenen Nation und hält die der anderen Nationen, deren Thema es nicht interessiert, für müssiges Gequatsche. Es wäre unredlich und falsch, der Wählerschaft diesen Sachverhalt zu verschweigen. Wir müssen ihn klar erkennen, wenn wir Abhilfe wollen. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn jede Nation für ihre eigenen nationalen Kulturangelegenheiten nicht nur eine eigene Vertretung, sondern auch den eigenen Fiskus mit dem Recht der Besteuerung zugewiesen erhält. Kein Deutscher, kein Italiener besucht wohl je die tschechische Universität in Prag — wozu also sollen sie dreinreden? Jede Nation will ihr Bildungswesen für sich, wozu sollen also alle Völker erst zusammen in eine gemeinsame Kasse unbestimmt grosse Beiträge erlegen, um sich dann erst um die Anteile raufen zu müssen? Gewiss drei Viertel der parlamentarischen Verhandlungszeit werden auf die Vertretung dieser Kulturforderungen und auf den anschliessenden Wettkampf um die Plünderung des gemeinsamen Fiskus aufgebraucht. Das kann bei der gegebenen Verfassung gar nicht anders sein! Nur die Wiener Bierbankpolitik, die konkurrenzlos unermessliche Steuergelder leichtsinnig verschwenden darf, begreift nicht, warum man nicht durch einen Geschäftsordnungsparagraphen das Kulturstreben von sieben Nationen hausknechtsmässig regalieren kann.

Der Zeitverbrauch des Parlaments wäre sofort wohl um die Hälfte verringert, wenn die nationale Autonomie jeder Nation für ihre Kulturangelegenheiten ein eigenes Parlament, die eigene Besteuerung, den eigenen Fiskus und die eigene Verwaltung einräumte. Wir müssen zunächst einmal den Mut haben, uns unsere Einrichtungen anders zu denken — dann werden wir wohl den Entschluss aufbringen, sie auch anders zu gestalten! Die gedankenlosen oder interessierten Nachbeter der Kronlandsautonomie werden natürlich meinen: Weisen wir diese Angelegenheiten den Landtagen zu! Man hat es nicht mehr notwendig, tote Hunde noch zu erschlagen — die Landtage sind tot, und zwar aus denselben Gründen, aus denen der Reichsrat lahm geworden ist: Auch in den Landtagen ist eine Nation der anderen im Weg, auch dort besteht diese fatale Fiskusgemeinschaft und dort wird die feindselige Konkurrenz zweier Nationen vor dem tödlichen Zusammenstoss nicht durch das Dazwischentreten von sechs anderen neutralen Nationen gehemmt. Zudem ist diese Kompetenz gerade in Schulsachen sinnlos: Eine tschechische Universität in Mähren ist keineswegs bloss eine Sache der Mährer, sondern ein Kulturinstitut der ganzen tschechischen Nation, ebenso wie eine deutsche Universität in Salzburg sicherlich auch andere Leute angeht als die Bauernmehrheit des Ländchens. Keine Angelegenheit ist national von solcher Bedeutung wie die Volksschule. Schon heute ist für uns Deutsche in Oesterreich unerträglich, dass unsere Volksschule

nicht autonom, das heisst von der Nation verwaltet wird, sondern von allen möglichen Faktoren, die die Herrschaft über die Schule an sich gerissen. Zum Teil herrscht über sie der Unterrichtsminister, der heute ein Deutscher ist, morgen ein Tscheche, übermorgen ein Pole sein kann. Zum anderen und grösseren Teil ist die Volksschule sehr verschiedenen Landesherrn preisgegeben, in einigen Kronländern steht sie unter der Oberhoheit andersnationaler Landtagsmehrheiten, in den meisten aber unter dem brutalen Regiment klerikaler Cliques. Wir haben, im spezifischen Sinn gesprochen, keine deutschen Lehrer in Oesterreich, sondern nur böhmische, niederösterreichische, tirolische u. s. w. Lehrer, deren Erziehung, Bildungsgrad, deren Geist und Weltanschauung ungeheuer voneinander abweichen. Es ist die höchste Zeit, dass sich die deutsche Lehrerschaft des Gedankens der nationalen Schulautonomie bemächtigt und selbst trachtet, sowohl der Oberhoheit einer mehr weniger westöstlichen k. k. Regierung wie der Fuchtel ignoranter und anmassender Landtagscliques zu entrinnen und unter den Schutz der ganzen Nation gestellt zu werden.

* * *

Wir haben keine Ursache, dem Parlament die Kritik zu ersparen, weder den herrschenden Parteien noch den rechtlichen Grundlagen des Volkshauses. Je gründlicher wir die Kritik üben, desto klarer wird uns, dass als das Uebel des Parlaments nicht „Unfruchtbarkeit“ genannt werden kann. Gerade das Gegenteil ist richtig: Nie hat Oesterreich ein Parlament besessen, das alle Probleme der Völker so vollständig und so deutlich dargestellt hätte! Und gerade das ist die erste Aufgabe eines Parlaments. Weil die Not des Landes so gross ist, weil bisher so viel versäumt und verschlampt, weil die geltende Verfassung für acht Nationen ganz unzulänglich ist, darum stürmt die überreiche Fülle ungelöster Probleme so mächtig auf das Haus ein, dass es zusammenbrechen muss, wenn nicht eine ausserordentliche Kraft der Führung es hält und leitet, bis es die Autonomie der Nationen geschaffen und das allerschwierigste Gesetzgebungswerk vollbracht hat. Jedermann würde darüber lachen, wenn ein ungeschulter Dilettant ein Instrument mit fünf Oktaven wie das Klavier zu meistern versuchte. Aber das Parlament von acht Nationen in seiner schwersten Situation zu führen, darf sich ein korrekter Bureaukrat unterwinden, weil er von seinem Herrn in die I. Rangklasse versetzt wurde! Ein so schwieriges Instrument mit nichts anderem als einer Geschäftsordnungsreform — die ja im übrigen auch notwendig ist — regalieren zu wollen, heisst wahrlich nichts anderes, als ein Klavier mit dem Abstauber stimmen zu wollen, damit es rein klinge. In der Parlamentsmisere offenbart sich unser Verfassungs- und Regierungselend. Mit dieser Erkenntnis müssen wir die Massen erfüllen und sie werden mit derselben Begeisterung, mit der sie uns in den ersten Kampf folgten, auch den zweiten führen: den Kampf um die nationale Autonomie!

Ludo M. Hartmann: Zur Frage der nationalen Minoritätsschulen

Die Nationalitätenfrage kann, wie alle politischen Fragen, von zwei Standpunkten aus betrachtet werden: vom Standpunkt des Individualismus und von dem des Kollektivismus. Je nach dem wird die Fragestellung, aber auch die Beantwortung der einzelnen Probleme eine verschiedene sein. Bisher wurde die nationale Frage auch von sozialistischen Schriftstellern vielfach nur vom individualistischen Standpunkt aus behandelt. Es wurde nämlich immer wieder gefragt, welche Folgen wird diese oder jene Lösung der Nationalitätenfrage für diesen oder jenen Bruchteil der Bevölkerung, für die Deutschen oder für die Tschechen, für die Fabriksbesitzer oder für die Industriearbeiter haben, oder auch in welchen Grenzen hat der einzelne ein Recht auf Pflege seiner Nationalität? Wer so fragte, konnte natürlich nur eine Antwort bekommen, welche den einen oder den anderen Teil befriedigte, dagegen für alle anderen unannehmbar erschien. Als die

Maschinen ihren Einzug in die Industrie hielten, da wendeten sich die irregeleiteten Arbeiter gegen die Maschinen und versuchten die neuen Errungenschaften der Technik, welche die Ursache ihrer Notlage waren, zu zerstören. Gerade durch den Sozialismus haben sie gelernt, dass nicht die Zerstörung der Maschinen ein Heilmittel für die sozialen Schäden sei, sondern dass die Arbeiterklasse selbst nur dadurch ihre Befreiung erkämpfen könne, dass sie sich die Mittel des Kapitalismus selbst dienstbar macht und die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu hemmen, sondern zu fördern sucht. Ebenso darf die Arbeiterschaft bei der Beurteilung der deutsch-tschechischen Frage nicht von der Tatsache ausgehen, dass in deutschen Gebieten Böhmens und Wiens die Minoritäten grösstenteils aus Proletariern bestehen, die in erster Linie von den Beschwerden, welche die Assimilation mit sich bringt, betroffen werden. Sie muss sich vielmehr die Frage stellen, ob für die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Assimilation der Minderheiten ein förderndes oder ein hemmendes Moment ist. Die Arbeiterklasse, die das Gesamtinteresse der Zukunft vertritt, muss in den allgemeinsten wie in den einzelnen Fragen nicht den augenblicklichen, scheinbaren Vorteil vertreten, sondern in der Richtung marschieren, welche die Tendenzen und Richtlinien der Geschichte angeben. Denn die Nation, wie die Klasse, kämpft in letzter Linie für sich selbst, die sich den natürlichen Entwicklungsprinzipien anpasst und sich nicht dem in den Weg stellt, was man gewöhnlich Zweckmässigkeit nennt und was schliesslich nichts anderes ist als die Tatsache, dass lebensfähig nur ist, was sich als das Stärkere erweist, weil es sich den gegebenen Verhältnissen anpasst. Nur von diesem allgemeinen Standpunkt aus ist ein Ausgleich zwischen den Nationen möglich, nicht aber, wenn jede Nation abwägt, welche Massregel ihr Machtzuwachs oder Machtverlust bringen könnte.

Wenn man nun die Sprachenfrage, unbeirrt von nationalen Ideologien, ins Auge fasst und jeglichen nationalen Mystizismus beiseite lässt, so erscheint die menschliche Sprache als ein Verkehrs- und Verständigungsmittel und sie muss nach dieser ihrer Funktion beurteilt werden. Wenn ein einzelner Deutscher in einem grossen Lande, in welchem sonst nur Tschechen wohnen, oder umgekehrt ein einzelner Tscheche in einem deutschen Lande wohnt, so verliert seine Muttersprache offenbar jeden praktischen Wert für ihn. Wenn er sich nicht sprachlich assimiliert, ist er aus der Verkehrsgemeinschaft vollständig ausgeschaltet, ein neuer Robinson auf einem für ihn wüsten Eiland. Er wäre aber zugleich ein unnützes Mitglied der menschlichen Gesellschaft, da er keine Möglichkeit hätte, in ihre Verkehrsgemeinschaft einzutreten. Die Gefühlsmomente, welche ihn an seine Muttersprache knüpfen, vielleicht auch seine Ueberzeugung, dass seine Sprache allen anderen überlegen sei, dürfen für ihn kein Grund sein, sich der sprachlichen Anpassung zu entziehen, und nicht die Ursache sein, ihm Rechte für die Wahrung seiner Nationalität und der Nationalität seiner Kinder einzuräumen. Was aber für den einzelnen gilt, gilt überhaupt und insbesondere in unserer Zeit, in der die Wirtschaft des einzelnen auf das engste mit einer Unzahl anderer Wirtschaften verknüpft ist, für nationale Minderheiten im fremden Sprachgebiet. Die sprachliche Assimilation ist vom Standpunkt der Gesamtheit aus das Zweckmässige und daher das Erstrebenswerte, und der Politiker, der nicht ein individuelles Sonderinteresse verfolgt, hat daher die Pflicht, für jede Förderung der Assimilation einzutreten und jede Hemmung zu beseitigen. Er muss vor allem ankämpfen gegen den nationalen Chauvinismus, der in der Bewahrung der Sprache, auch dort, wo sie nicht Verkehrsmittel, sondern Verkehrshindernis ist, den höchsten Zweck erblickt und jegliche nationale Sentimentalität, auch wenn sie psychologisch und historisch noch so begreiflich ist, in sich zurückdrängen; denn die Geschichte der Menschheit erscheint als ein grosser Assimilationsprozess und alle Völker Europas sind durch diesen Assimilationsprozess entstanden. Auch die Gegenwart lehrt — und es sind der zahlenmässigen Beweise genug dafür erbracht worden — dass dieser Assimilationsprozess immer weiter fortschreitet und dass der nationale Chauvinismus lokal und zeitweise diesen Prozess zwar aufhalten kann — sei es, dass er eine Minorität künstlich zu erhalten sucht, sei es, dass die nationale Majorität durch Gewalttätigkeiten die Minorität von sich abstösst — dass aber auf die Dauer die natürliche Entwicklung nicht gehemmt werden kann. Die Gegenwart zeigt aber auch, wie an einem Schulbeispiel, an dem Kampfe um die Einheitlichkeit der Gewerkschaften, welche

Konsequenzen sich daraus ergeben, wenn dauernd im Sinne der Nichtassimilation gearbeitet wird.

Die Frage der nationalen Minderheitsschulen, die Otto Bauer im letzten Heft dieser Zeitschrift zur Diskussion gestellt hat, ist von diesem Standpunkt aus zwar nur ein Teil, aber allerdings vielleicht der wichtigste Teil des nationalen Problems. Bauer hat in seinem Aufsatz die Frage der Minderheitsschulen in erster Linie vom pädagogischen Standpunkt aus beleuchtet, und gewiss darf bei einer Schulfrage der pädagogische Gesichtspunkt nicht aus dem Auge gelassen werden; allein es ist doch nicht zu übersehen, dass die Pädagogik unter allen Umständen nur ein Mittel zum Zweck und nicht etwas Absolutes sein kann, dass sich also in jedem Falle die Pädagogik dem Zweck, den sie verfolgt, anzupassen hat. Dieser Zweck ist aber ein verschiedener, je nach dem, ob es sich um eine Volks- oder um eine Mittelschule, ob es sich um eine deutsche Volksschule oder um eine tschechische Volksschule handelt. Bildung wollen alle diese Schulen vermitteln, aber im einzelnen Falle fragt es sich eben, ob sie deutsche oder tschechische Bildung vermitteln sollen. Und da Bildung nichts anderes ist, als die Fähigkeit zur Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, so kommt man auf einem Umwege doch wieder zu der Grundfrage, ob im einzelnen Falle diese Anpassung besser durch eine tschechische oder durch eine deutsche Schule erreicht wird. Nach dem früher Gesagten kann aber die Antwort auf diese Frage nicht anders lauten, als dass die Schule, soweit sie es vermag, die Anpassung an die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu fördern hat. Allerdings darf dieser Zweck nicht mit pädagogisch untauglichen Mitteln verfolgt werden und ein solches durchaus untaugliches Mittel ist selbstverständlich jegliche Schulorganisation, in welcher die Kinder in einer Sprache unterrichtet werden, die sie nicht verstehen. Man hat ja solche Mittel, in Ungarn gegen die Nationalitäten, in Preussen gegen die Polen, angewendet und die Folgen waren selbstverständlich die, dass die Minoritäten überhaupt nicht gebildet wurden; dass ihnen dort die magyarische Bildung und hier die deutsche nach Absolvierung der Schule ebensowenig zu eigen war wie vorher und dass nicht nur von einer Anpassung an die Mehrheit der Bevölkerung keine Rede war, sondern sogar der Hass gegen die Schule, die wie eine Zwangsanstalt erschien, den Hass gegen die anderssprachige Bevölkerung noch vermehrt hat.

Aber auch das von Otto Bauer vorgeschlagene Mittel erscheint als untauglich, nicht nur weil auch er vom individualistischen Standpunkte ausgeht, sondern auch weil es ferner nicht einmal geeignet sein dürfte, den von Bauer gewünschten Zweck zu erreichen. Jede Minoritätsschule, auch die von Bauer vorgeschlagene, würde nur dazu beitragen, die natürliche Assimilation zu erschweren. In erster Linie deshalb, weil die fremdsprachigen Kinder schon durch die Schule von den Kindern der Majorität getrennt würden; man unterschätze nicht, was es bedeutet, wenn schon die Kinder gleichsam in zwei verschiedenen Lagern organisiert werden. Es tritt an Stelle der Gemeinschaft die Fremdheit, die Gegnerschaft, und was in national erregten Zeiten leider nur allzu häufig die Erziehung in der Familie den Kindern einpflanzt, der Hass gegen die fremde Nation, wird naturnotwendig durch die Organisation in der Schule noch genährt. Es steht der tschechische Schüler dem deutschen Schüler von vornherein fremd gegenüber und nicht nur der Schüler dem Schüler, sondern auch der Lehrer dem Lehrer. Denn der fremdsprachige Lehrer betrachtet sich, wie die Dinge nun einmal liegen, naturnotwendig als den Vorkämpfer der sprachlichen Minorität, und es ist unmöglich, dass der Geist des Lehrers nicht auf die Schüler zurückwirke. Daran würde nichts oder nur wenig geändert, wenn der Vorschlag Bauers, dass die Minoritätskinder in den oberen Klassen der Volksschule in einigen Gegenständen den Unterricht in der Sprache der Mehrheit erhalten sollen, verwirklicht würde. Selbstverständlich würden diese Gegenstände von Kindern, die in erster Linie dazu erzogen sind, sich als Angehörige der Minderheit zu fühlen, nur mit Unlust gelernt und von den Lehrern nur mit Unlust gelehrt werden. Rein technisch betrachtet, wäre bei unserer heutigen Schulorganisation in den einklassigen und zweiklassigen Schulen, welche weitaus die Mehrzahl aller Schulen und insbesondere der Minoritätsschulen ausmachen, der Vorschlag schlankweg undurchführbar; man müsste denn annehmen, dass derselbe Lehrer in derselben Klasse abwechselnd deutsch und tschechisch

unterrichten würde. Es würde selbstverständlich das Bestreben des Lehrers, der der sprachlichen Minoritätsschule angehört, in erster Linie dahin gehen, die Sprache der Minderheit zu pflegen, und die Schüler würden die Sprache der Mehrheit und die Unterrichtsgegenstände, welche in der Mehrheitsprache gelehrt werden, sich tatsächlich nicht zu eigen machen. Auch würde dieses Surrogat für eine wirkliche Aneignung der fremden Sprache so unvollkommen sein, dass es sehr fraglich ist, ob der von Bauer gewünschte Zweck auf diese Weise auch nur halbwegs erreicht werden könnte. Die ganze Einrichtung wäre so künstlich, dass sie immer als ein Fremdkörper innerhalb der nationalen einheitlichen Schule empfunden würde und gewiss auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten wäre.

Wenn also sowohl die Praxis in Ungarn und Preussisch-Polen als auch der Bauersche Vorschlag nicht zum Ziele führen kann, so fragt es sich, ob nicht ein anderes pädagogisch zulässiges Mittel vorhanden ist, welches einen Ausweg zeigt, der nicht zur gewaltsamen Entnationalisierung führt, wohl aber die nationale Assimilation begünstigt. Die Kinder der nationalen Minderheit erscheinen vom Standpunkte der Schule, soweit sie die Mehrheitsprache nicht beherrschen, als minderbefähigte Kinder und die pädagogische Aufgabe, welche gestellt wird, ist keine andere als die, minderbefähigte Kinder derart zu entwickeln, dass sie dazu befähigt werden, später in den regelmässigen Studiengang einzutreten. Dieses Problem ist gerade von pädagogischer Seite vielfach behandelt worden und es scheint, dass das in Mannheim eingerichtete System von Klassen für minderbefähigte Kinder, welche allmählich in regelmässige Klassen hinübergeleitet werden, sich bewährt hat. Auf die nationale Schulfrage angewendet, bedeutet dies, dass Kindergärten und Unterklassen für diejenigen Kinder der nationalen Minderheit eingerichtet werden müssen, welche der Majoritätssprache nicht genügend mächtig sind, um dem Unterrichte folgen zu können. Das Bestreben des Lehrers, welcher der nationalen Mehrheit angehören müsste, wäre es, die Kinder möglichst bald in die Kenntnis der Mehrheitsprache einzuweihen und, sobald dies geschehen ist, sie an den ihrem Bildungsgrad entsprechenden Jahrgang der Schule abzugeben. Es würde dadurch erreicht, dass die Schule einheitlich bliebe und im Sinne der nationalen Majorität und der Assimilation geleitet würde. Es würde ferner erreicht, dass, wenn nur diejenigen Kinder der Minderheit in die Förderklassen aufgenommen würden, welche wirklich der Mehrheitsprache nicht mächtig sind, die Zahl der Kinder, welche in den Förderklassen unterrichtet würden, eine sehr geringe wäre, so dass der Unterricht individualisiert werden und die Fähigkeit gerade der kleinen Kinder, sich eine fremde Sprache anzueignen, ausgenützt werden könnte. Während bei Bauers Vorschlag den Kindern erst in einem späteren Alter, wenn sie schon jahrelang getrennt von den fremdsprachigen Kindern gelebt haben, zugemutet wird, die Sprache, die ihnen schon als feindliche Sprache erscheint, noch dazu in ungenügender Weise, zu erlernen, würde, wenn die Erlernung der fremden Sprache an die Spitze gestellt wird und der Schulorganismus ein einheitlicher bleibt, die Assimilation an die fremde Sprache ganz naturgemäss vor sich gehen. Selbstverständlich würde eine derartige Einrichtung auch geringerem Widerstand der Gemeinden begegnen, die ja an der Durchführung des Unterrichtes in der Mehrheitsprache ein nationales Interesse haben; denn jede Nation muss sich sagen, dass sie auf diese Weise dafür sorgt, dass ihr nicht ein Teil der zukünftigen Generation feindselig gegenübersteht. Es würde aber auch den nationalen Kämpfern eine Waffe aus der Hand geschlagen, wenn in der Tat vom pädagogischen Gesichtspunkte ausgegangen und nicht wie heute die Errichtung der Minoritätsschulen davon abhängig gemacht würde, wie viele Eltern sich aus politischen Gründen zu der einen oder der anderen Nation bekennen, sondern die einfache Tatsache der genügenden Kenntnis oder Nichtkenntnis der Mehrheitsprache für die pädagogische Behandlung der Kinder ausschlaggebend wäre.

Selbstverständlich kommt dieser Vorschlag nur für zweisprachige Länder in Betracht, wo überhaupt anzunehmen ist, dass Kinder der zweiten Landessprache nicht mächtig sind; vor allem also in Böhmen. In einsprachigen Ländern dagegen, wie in Niederösterreich und insbesondere in Wien, erscheinen Vorkehrungen für Minoritätsschulen oder auch nur für Nachhilfeklassen in der oben vorgeschlagenen Art vollständig unnötig, da die Zahl der Anderssprachigen auf dem Lande eine so geringe ist, dass

wohl kaum irgendwo die Notwendigkeit besteht, für fremdsprachige Kinder, das heisst für solche, welche der Mehrheitsprache gar nicht mächtig sind, Vorkehrungen zu treffen. Und vollends in Wien, in der Grossstadt, ist der Verkehr so dicht und so lebhaft, dass von einer Unfähigkeit von Kindern der Minoritätennationen, sich rasch in den deutschen Unterricht einzugewöhnen, wohl keine Rede sein kann.

Es ist mir nicht zweifelhaft, dass derartige Vorschläge bei den Nationalisten der verschiedenen Lager Widerspruch erregen müssen und auch bei denjenigen, welche sich nicht bewusst sind, nationalistisch zu denken, und doch von keinem anderen Standpunkt ausgehen als dem ihrer Nationalität. Gerade das Wort Assimilation ruft immer wieder den stärksten Widerspruch hervor, weil schon in dem Begriffe: „Nationale Assimilation“ ein nationales Opfer inbegriffen zu sein scheint. Dem muss aber auch vom praktischen Standpunkte entgegnet werden, dass dem Opfer auf der einen Seite ein Gewinn auf der anderen Seite entspricht und dass, wie jenes Opfer, so dieser Gewinn, durchaus der Oekonomie der Gesellschaftsentwicklung entspricht. Am schärfsten aber ist selbstverständlich das natürliche Widerstreben gegen derartige Vorschläge bei denjenigen Nationen, welche sich bewusst sind, dass sie noch im Vordringen begriffen sind. Es ist hierfür nichts bezeichnender, als dass vor 60 Jahren im Kremsierer Verfassungsausschuss die Tschechen, welche sich damals als die Schwächeren fühlten, für die nationale Abgrenzung der Länder eingetreten sind; dass aber eine Generation später die Tschechen statt für die Abgrenzung für das böhmische Staatsrecht kämpften, während die Deutschen, die sich jetzt in der Defensive befanden, für die nationale Abgrenzung eintraten. Bei der Erwägung dieser historischen Tatsache muss es jedem deutlich zum Bewusstsein kommen, dass ein Ausgleich, der vom Standpunkte des Nationalismus ausgeht, nicht möglich ist. Gerade die Tschechen aber, welche, ob sie nun den bürgerlichen Parteien oder der Arbeiterpartei angehören, heute noch glauben, nationale Eroberungen machen zu können und sich deshalb der Assimilation zu widersetzen suchen, sollten die nüchterne Tatsache in Betracht ziehen, dass der Ausbreitung der tschechischen Minderheiten ein baldiges Ende mit Sicherheit vorausgesagt werden kann. Dies beweisen nicht nur die statistischen Ziffern, welche seit längerer Zeit ein Zurückgehen des tschechischen Bevölkerungsüberschusses im Verhältnis zu dem deutschen erkennen lassen, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Entwicklung, welche sie unaufhaltsam nehmen. Denn je mehr sich die Industrie in den tschechischen Teilen Oesterreichs ausbreitet und je besser hier die Lohnverhältnisse werden, desto geringer wird selbstverständlich die Auswanderung aus den tschechischen in die deutschen Gegenden, die bisher wesentlich dadurch bedingt war, dass der tschechische Arbeiter billiger war als der deutsche. Es wäre gut, wenn auch diese Erkenntnis dazu beitragen würde, die Begehrlichkeit des Nationalismus, dem eine natürliche Schranke gesetzt ist, zu dämpfen, und wenn schon jetzt beiderseits die Einsicht die Oberhand gewinnen würde, dass verlorene Posten nicht gehalten werden können und dass nationale und politische Arbeit, welche vom Justamentstandpunkte ausgeht, zwar Hemmnisse für die Entfaltung der demokratischen Bewegung schafft, aber eben deshalb durchaus unökonomisch ist; dass es besser ist, Hemmnisse der natürlichen Entwicklung aus dem Weg zu räumen als neue aufzurichten. Wien wird niemals eine gemischtsprachige, geschweige denn eine tschechische Stadt werden und Prag wird nie wieder deutsch werden.

Heinrich Wissiak (Teplitz): Formen des Minoritätsschulkampfes

Was das Problem der Minderheitsschulen in den gemichtsprachigen Gebieten Oesterreichs, vor allem in den Sudetenländern, so schwierig gestaltet, was seine Lösung so sehr erschwert, das scheint weniger „das Ding an sich“ zu sein als all das Beiwerk, das diese wichtige Sache grässlich aufputzt. Die Sozialdemokratie Oesterreichs

hat in den schwierigsten Fragen, die in diesem komplizierten Staate aktuell wurden, standgehalten, ist den geraden Weg zum vernünftigen Ziel gegangen. Sie hat den Staat selbst gerettet, als er, von Fieberschauern geschüttelt, ziellos wankte und die durch die Entwicklung berufenen Staatserhalter jämmerlich versagten. Grau in grau gemalt erscheint der Weg, den Oesterreich durch lange Jahre bis Gautsch und Beck zurücklegte. Am Anfang der traurigen Periode steht schon hochaufgerichtet der Wegweiser, zum allgemeinen gleichen Wahlrecht deutend; der vorgezeichnete Weg wurde nur zu spät beschritten, in der zwölften Stunde. Wohl: das allgemeine gleiche Wahlrecht ist seit je ein eiserner Bestandteil aller sozialdemokratischen Programme, was vom Problem der Minderheitsschulen just nicht gesagt werden kann: es ist, wie so manches andere, eine spezifisch österreichische Frage in der Form, die sie hier eben hat. Aber war das gleiche Wahlrecht trotz des seit je bestehenden Fundamentalartikels des sozialdemokratischen Programms nicht doch ein mit seinen eigenen, durch Oesterreichs Verhältnisse gegebenen Schwierigkeiten ausgestattetes Problem, das anders gelöst werden musste, als die Schablone verriet, die andere Länder abgaben? Hat die alte und immer ungelöste nationale Frage nicht auch hier erschreckende Schwierigkeiten aufgetürmt, die zu beseitigen nur die robusteste der österreichischen Parteien, die Sozialdemokratie, in der Lage war? Die deutschen Sozialdemokraten hatten neben ihren Genossen der anderen Nationen als eifrigste Förderer der Wahlreform den Vorwurf des Verrates der deutschen Nation nicht minder oft von den deutschbürgerlichen Parteien zu hören, als wenn sie nur in irgend einer „nationalen“ Frage dem Chauvinismus nicht Tür und Tor öffnen. Und doch: Der Wegweiser zeigte richtig! Dabei hat sich die Wahlreform in nicht grösserem Masse durch ihr eigenes Gewicht, die Not des Staates und den allgemeinen Ekel vor dem Kurienparlament, durchgesetzt, als sich in absehbarer Zeit die Vernunft in allen nationalen Belangen durchsetzen muss.

Die Sozialdemokratie dieses Staates repräsentiert in den so hart umstrittenen nationalen Angelegenheiten die Vernunft schlechtweg, die Partei, die den Weg aus dem Labyrinth zu weisen hat. Sie hat auch in diesen Fragen, ohne dass ein ins Detail gehendes Programm die Grundlage in jedem Falle gab, standgehalten den Stürmen von rechts und links, der meist nur gut gemimten Entrüstung der bürgerlichen Parteien wegen ihrer Haltung im nationalen Streite. Auch in der brennendsten Frage, die die Art der Errichtung und Einrichtung der Minderheitsschulen zum Inhalt hat, wird es der Sozialdemokratie ungleich leichter fallen, das Ziel zu stecken, den geraden Weg zu weisen, mag bis nun auch völlige Klarheit noch nicht herrschen, als einer der bürgerlichen Parteien, da ihr die Lösung des Problems zur kulturellen und sozialen Besserung der Verhältnisse des Proletariats dient. Nicht eine Frage, die weitab liegt von allem sonst, was der Arbeiterschaft nahegeht, ist es, die ihrer Beantwortung harrt, sie greift ein in das, was das Wesen der Arbeiterbewegung ist, in die Lebenslage des Arbeiters. Da spricht ja wohl das Programm, das sich die Sozialdemokratie gegeben, klar und deutlich. Das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen, ist das eigentliche Programm der Arbeiterpartei in Oesterreich. Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten kommen in hervorragender Weise in der Minoritätsschulfrage in Betracht und da ist der leitende Gesichtspunkt zur Regelung der Frage für die Arbeiterschaft gegeben. Da erscheint die Lösung als sehr befriedigend und erstrebenswert, die Genosse Bauer in seinem Artikel „Nationale Minderheitsschulen“ vorschlägt.

Was aber der Lösung des Problems so ungemein erschwerend entgegentritt, ist, dass hier die Theorie der Praxis, umgekehrt wie bei der österreichischen Wahlreform, nachhinkt. Und die Praxis ist schlimm genug: die theoretische Formel schwer zu finden, da die auf sie gestützte neue Praxis grundverschieden sein müsste von der gewohnten alten. Welches sind heute die Formen, in denen für und wider die Minderheitsschulen gekämpft wird? Sind in irgend einem deutschen Orte so viel Tschechen mit ihren Familien eingewandert, dass sie über die zur Errichtung einer tschechischen Schule nötige Kinderanzahl verfügen, wird ihre Errichtung von der deutschen Gemeindevertretung verlangt. Das Verlangen nach Vollzug dessen, was das gute Recht der Tschechen ist, stösst nun auf energischen Widerstand, der oft so weit geht, dass er zu wahnwitzigen Kampfesformen führt. Denunziationen der Petenten um die tschechische Schule bei deren Arbeit-

gebern, Boykott, sofern sie Geschäftsleute sind, Wohnungskündigungen, Demonstrationen und als ihre Folge zerbrochene Fensterscheiben, das sind Mittel im Kampfe gegen jene, die die Forderung nach der tschechischen Schule vertreten. Die Antwort bleibt nicht aus und dann ist von einer friedlichen Einigung unmöglich mehr die Rede. Das ist aber nur so, weil in der Schule nicht so sehr die Schule als das bleibende Symbol der wachsenden Stärke und Macht der Zugewanderten und weiter Zuwandernden gesehen wird, weil man in der Schule der fremden Nation einen Verlust der eigenen sieht. Das deutschnationale Lokalblättchen wird nicht müde werden, seinen Lesern zu erzählen, dass nun der deutsche Ort in Gefahr sei, für die deutsche Nation verloren zu gehen, dass die Liste des Besitzstandes eine Kürzung erfährt. Es ist nicht zu leugnen, dass die Art, in der die nationalen Chauvinisten auf der anderen Seite ihre Forderung oft von Anfang an vertreten, die pathetischen Klagen hüben den gedankenlosen Spiessern begreiflich macht. Bei den tschechischen Schulen steht dann nicht an letzter Stelle, dass es sich vorwiegend um tschechische Arbeiter handelt, die ihre Kinder in ihrer Muttersprache erziehen lassen wollen, wogegen die deutschen Bürgerlichen aus bourgeoisem Instinkt wettern. Und das Bürgertum hat es noch immer verstanden, am gehässigsten der Arbeiterschaft entgegenzutreten, ist eine aktuelle Differenz nun dieser oder jener Art. Die verbitternden und aufreizenden Kampfesformen gegen die Minoritätsschulen, die dann ähnlich von ihren Förderern angewandt werden, haben das meiste dazu getan, um das Problem seines wirklichen Gehaltes zu entkleiden. Es ist heute ein Objekt zu nationalem Radau gewöhnlichster Sorte, aber keine Frage, über die sich bürgerliche Politiker in ernster Debatte die Köpfe zerbrechen. So hat eine Schulfrage aber auch ganz allgemein von ihrer Grösse verloren.

Ihr diese wiederzugeben, das Problem an jenen Platz zu stellen, der ihm vermöge seiner kulturellen Bedeutung zukommt, es herauszuziehen aus dem Sumpfe gewöhnlichen Radaus, ist unsere Aufgabe. Es ist nicht anders, als dass vorerst auch die tschechische Schule in dem Bewusstsein der gesamten Bevölkerung eines Ortes wieder nichts sonst als die Schule werden muss, wenn das Problem leichter zu lösen sein soll. Die Schule über alle die anderen nationalen Fragen zu stellen, ihr ihre spezielle, vom nationalen Radau losgelöste Bedeutung zu geben, ist vorerst wichtig. Das war nicht anders bei der Wahlreform, vor der gerade die nationalen Fragen grossenteils verstummen mussten, als die zahlreichste Klasse des Staates ihre Forderung an die erste Stelle im politischen Leben Oesterreichs rückte. Wiewohl die Frage der Minderheitsschulen einen Hauptgegenstand des nationalen Kampfes bildet, muss die gesonderte Behandlung der Frage möglich gemacht werden. Ist sie gelöst, ist freilich eines der schwierigsten Probleme der nationalen Differenzen erledigt. Das Schwierigste ist aber auch für die Gesamtbevölkerung das weitaus Wichtigste, das, was an innerem Werte alles sonst hoch überragt. Diese gesonderte Stellung kann dem Problem ein einheitlicher Wille der österreichischen Arbeiterschaft aller Nationen geben, der gegründet ist auf ein gut fundiertes Programm.

Die Vorschläge des Genossen Otto Bauer dürften, würden sie allgemein gültiges Gesetz für die Sozialdemokraten Oesterreichs, eine bedeutsame Wandlung in den Formen des Minoritätsschulkampfes herbeiführen, weil dann die innere Gestaltung der Minderheitsschulen ihre kulturelle Bedeutung so hell hervorkehrt, dass dahinter das Symbol des Sieges und der Niederlage im lokalnationalen Cliquengezänke im Dunkel verschwindet. Schwinden aber dadurch, dass das Problem die ihm gebührende Stelle einnimmt, die heutigen hässlichen Formen des Minoritätskampfes, dann ist das, was heute ein Objekt für verrückte Chauvinisten ist, eine Angelegenheit geworden, der die gesamte Bevölkerung die entsprechende Würdigung zuteil werden lassen wird. Die Minoritätsschulen aus dem Kampfe verantwortungsloser, unreifer Gassenjungen auszuschalten, kann nur ein Programm erreichen, das den Schulen eine andere, den Bedürfnissen der Gesamtarbeiterschaft gerecht werdende Gestalt gibt, die in sich die Bürgerschaft trägt, dass die Bildungsstätte das Symbol wüsten Strassenkampfes besiegt.

Karl Mann: Katholischer Sozialismus

Als die Bourgeoisie in gewaltigen Kämpfen zur herrschenden Klasse wurde, standen ihr zwei Gegner gegenüber: die Mächte der Vergangenheit, die sie entthront hat, und die Mächte der Zukunft, die sie einst entthronen werden — die gestürzte Grundherrenklasse auf der einen, die erwachende Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Die Feudalen, von der Bourgeoisie aus ihren alten Herrnsitzen verjagt, versuchten die Arbeiterklasse als Sturmbock gegen ihren Gegner zu missbrauchen. „Um Sympathie zu erregen, musste die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus dem Auge verlieren und nur im Interesse der ausgebeuteten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formulieren. Auf diese Art entstand der feudale Sozialismus, halb Klagegedicht, halb Pasquill, halb Rückblick der Vergangenheit, halb Drängen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreisendes Urteil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen. Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.“ Hat Karl Marx, der im Jahre 1847 diese Sätze niedergeschrieben hat, die Belcredi, Liechtenstein, Sylva-Tarouca, Vogelsang lange vor ihrem Auftreten gekannt?

Wie der feudale Sozialismus in den Interessen der herrschenden Klasse der Vergangenheit wurzelte, so war auch die Ideologie der Vergangenheit, die religiöse Denkweise, stets sein Bundesgenosse. „Wie der Pfaffe immer Hand in Hand ging mit den Feudalen, so der pfäffische Sozialismus mit dem feudalistischen. Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Aerger des Aristokraten einsegnet.“ So hat Marx schon im Kommunistischen Manifest das innerste Wesen des älteren christlichen Sozialismus beschrieben.

Aber die Zeit, in der die Grundherrenklasse ihren Kampf gegen das Grossbürgertum mit proletarischer Hilfe zu erneuern hoffte, ist vorbei. Die alten Geschlechter des Landes haben mit den neuen Herren der Industrie ihren Frieden geschlossen. Sie garantieren einander ihre Zölle, ihre Liebesgaben, ihre Steuerprivilegien. Sie schützen einander vor der „Begehrlichkeit“ ihrer Arbeiter. Je mehr die Landflucht und Leutenot auch die ländlichen Grundbesitzer zur Bewilligung günstigerer Arbeitsbedingungen zwingt, je mehr auch die Landwirtschaft den Gesetzen kapitalistischen Wirtschaftslebens unterworfen wird, je kraftvoller die Arbeiterklasse die agrarischen Privilegien angreift, desto erbitterter wird die Feindschaft der Grundbesitzer nicht nur gegen die ländliche, sondern auch gegen die städtische Arbeiterschaft. Der christliche Sozialismus ist tot. Und wo die Parteien noch leben, die seinen Namen tragen, dort haben sie doch ihr Wesen völlig verändert. Die Erben des christlichen Sozialismus befehlen das Koalitionsrecht, die Konsumvereine, die Selbstverwaltung der Krankenkassen; sie predigen die Unantastbarkeit des Privateigentums, sie sehen in Trunksucht und Leichtsinne die einzigen Ursachen des Massenelends, sie nennen die Sozialpolitik Humanitätsduselei; der Bund aller Besitzenden gegen die Arbeiterschaft ist ihrer Sehnsucht höchstes Ziel. Alle Argumente, die einst die liberale Bourgeoisie zur Abwehr der proletarischen Forderungen gebraucht hat, sind im Munde der Epigonen des christlichen Sozialismus.

Als Klassenbewegung ist der christliche Sozialismus tot, seitdem die gemeinsame Furcht vor der Arbeiterklasse die städtischen und ländlichen Ausbeuter vereinigt hat. Aber noch leben in stiller Abgeschlossenheit einsame Männer, die sich redlich bemühen, Christentum und Sozialismus zu vereinigen. Keiner von den wenigen, die in deutschen Landen einen echten christlichen Sozialismus ersehnen, ist eine so lebenswürdige Persönlichkeit wie der greise katholische Priester Wilhelm Hohoff. Er ist ein treuer Diener seiner Kirche, ein eifriger Verkünder ihrer Lehren. Der Abfall von der Kirche, die Auflehnung gegen die päpstliche Autorität gelten ihm als die tiefsten Ursachen des Elends der Gesellschaft. Aber er wagt es zugleich, die Gesellschaftsordnung, die er aus diesen Ursachen erwachsen wähnt, im Lichte der Marxschen Wirtschaftslehre zu sehen. Schon sein Schriftchen über „Warenwert und Kapitalprofit“ diente der Ver-

teidigung von Marx' Wertlehre; seine jüngste, im Verlage der Bonifatius-Druckerei in Paderborn erschienene Schrift feiert die „Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik“.

Wer, auf Marx' Wirtschaftslehre gestützt, eine Apologie des Christentums schreiben will, muss eine starke Natur sein, die einsame Wege nicht scheut; als solche lernen wir Hohoff aus seinem Buche kennen. Und mit der Kraft paart sich rührende Naivität. „Am Rande des Grabes stehend,“ sagt er, „haben wir keinerlei irdische Hoffnungen und Wünsche mehr; wir können daher unparteiisch, vorurteilslos und unbefangen sein und glauben sagen zu dürfen, dass wir es sind, wenn jemals einer es war. Wir schrieben einzig und allein, weil die Stimme des Gewissens es uns gebot. Es ist nicht so gar schwer, eine Pflicht zu erfüllen, wenn man damit allgemeinen Beifall erntet. Wir wähnen nicht, dass dies bei uns der Fall sein werde. Bis jetzt führt in diesen für Gegenwart und nächste Zukunft so überaus wichtigen Fragen nicht gründliche, vorurteilsfreie Wissenschaft, sondern ganz überwiegend die Oberflächlichkeit, spiessbürgerlich-liberales Vorurteil und leidenschaftliche Befangenheit das grosse Wort.“ Voll von echter Liebe für die ausgebeuteten Volksmassen, kann der greise Priester doch trefflich hassen. Es ist ein Vergnügen, zu hören, wie Hohoff, die reichen Früchte seiner ungewöhnlichen Belesenheit nutzend und an den scharfsinnigen Disputationen der Scholastiker geschult, die liberalen Professoren abtut, die er aus doppeltem Grunde hasst: als gläubiger Katholik und als überzeugter Marxist. Aber nicht minder treffsicher führt er seine Waffe auch gegen die katholischen Schriftsteller, die „zu Apologeten des Kapitals werden konnten“.

Man darf es nicht nur als eine persönliche Schrulle betrachten, dass Hohoff die beiden Gedankenwelten zu höherer Einheit zu vereinigen sucht, die nebeneinander das Bewusstsein gewaltiger Massen beherrschen und gegeneinander um die Geister kämpfen. Dass ein wahrheitsliebender und unterrichteter Mann einen so kühnen Versuch wagen kann, macht ein tieferer historischer Zusammenhang möglich.

Die Lehren der katholischen Kirche wurden ausgebaut in einer Zeit, in der auf dem Lande noch bäuerliche Naturalwirtschaft, in den Städten handwerksmässige Warenproduktion herrschte. Der Handwerker verarbeitete in eigener Werkstatt mit eigenen Werkzeugen Rohstoffe, die ihm gehörten; und seiner Arbeit Ertrag wurde sein Eigentum. Wer Lehrling war, wurde Gesell, wer Gesell war, wurde Meister. Noch stand der Weg zu wirtschaftlicher Selbständigkeit allen Gewerbstätigen offen. In einer solchen Gesellschaft konnte kein Gewerbebranchen dauernd für seine Arbeit höheres Entgelt erlangen als die anderen: alsbald wäre ihm der gewerbliche Nachwuchs zugeströmt, er hätte das Angebot an seinen Waren vermehrt und die Preise so gedrückt, dass der Handwerker für seine Ware nur noch so viel Geld hätte eintauschen können, um andere Waren zu kaufen, zu deren Herstellung gleich viel Arbeit notwendig war. So bestand in der Welt des alten Handwerks die Tendenz zur Verteilung der Arbeitenden auf die einzelnen Gewerbebranchen in einem solchen Verhältnis, dass das Angebot an den einzelnen Waren der Nachfrage nach ihnen in der Weise angepasst wurde, dass Waren, zu deren Herstellung gleich viel Arbeit notwendig war, gleichen Preis erzielten. In einer solchen Zeit galt das Gesetz, dass der Wert der Waren durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird, in seiner unmittelbarsten und augenfälligsten Gestalt. Kein Wunder, dass wir diese Erkenntnis auch in den Büchern der Kirchenschriftsteller ausgedrückt finden.

In dieser Welt begann sich aber auch schon das Kapital als Handels- und Wucherkapital zu regen. Arbeitsloser Besitz gab schon einzelnen die Macht, fremder Arbeit Ertrag sich anzueignen. Wo der Handwerker oder Bauer mit dem Kapital in Berührung trat, schien das Gesetz, dass nur die Arbeit Werte erzeugt, aufgehoben; der Handwerker empfand die Aufhebung dieses Gesetzes als unsittlich, unerlaubt. Auch diese Anschauung spiegelte sich in den Lehren der Kirche. Anknüpfend an viel ältere Lehren, in denen sich die Anschauungen einer noch rein naturalwirtschaftlich lebenden Gesellschaft verkörperten und die auch im Alten Testament niedergelegt waren, lehrte die Kirche, nur die Arbeit könne Werte schaffen, Geld könne nicht Geld hecken, arbeitsloses Einkommen aus Geldbesitz sei unerlaubte Ausbeutung. Aus diesen Lehren zog die Kirche, dem Geiste einer Wirtschaftsepoche folgend, der das Kapital als ein Fremd-

körper im Leibe der Gesellschaft erschien, den praktischen Schluss und verbot, von verliehenem Geld Zinsen zu nehmen.

Aber das Kapital, das einst, wie Marx einmal sagte, nur „in den Poren der Produktion lebte“, hat sich in einer gewaltigen Revolution die ganze Produktion unterworfen. Nun sehen wir es überall am hellen Tage, dass müssiger Besitz dem Besitzer Einkommen schafft. Was als Ausnahme den Volksmassen als unsittlich galt, ist nun zum Gesetz unseres ganzen Wirtschaftslebens geworden und erscheint erlaubt, notwendig, unabänderlich. Auch die Kirche der kapitalistischen Geschichtsepoche hat längst vergessen, was sie selbst im Zeitalter der handwerksmässigen Warenproduktion gelehrt hat.

Wohl wurden die kirchlichen Lehren über Wert und Wucher niemals ausdrücklich aufgehoben. Und wie der konservative Organismus der Kirche alle Gedanken, die früheren Gesellschaftsgebilden entstammen, in jüngere Zeiten herüberträgt, so tauchen auch die alten wirtschaftlichen Anschauungen von Zeit zu Zeit wieder auf. Selbst in die päpstliche Enzyklika „*Rerum novarum*“ vom 15. Mai 1891 haben sie sich eingeschlichen. Aber wie fremd diese Gedankenreihen der der kapitalistischen Zeit angepassten Kirche geworden sind, beweist die Tatsache, dass die deutschen Kirchenfürsten sich nicht gescheut haben, aus dem Rundschreiben des Papstes die Spuren der alten kirchlichen Wirtschaftslehre auszumerzen.

Leo XIII. hat der katholischen Welt verkündet:

„Zur Beschaffung der Güter ist am wirksamsten und notwendigsten die Arbeit der Proletarier, mögen sie nun ihre Geschicklichkeit und Kraft auf den Feldern oder in den Fabriken verwenden. Ja, ihre Macht und Wirksamkeit ist darin so gross, dass es völlig wahr ist, dass die Reichtümer der Staaten nicht anderswoher als aus der Arbeit der Arbeiter entstehen.“

Diese wichtige Stelle, in der die alte Arbeitswertlehre der Kirche nochmals anklingt, wurde in der offiziellen deutschen Ausgabe in folgender Weise wiedergegeben:

„Zur Herstellung dieser Mittel ist nun die Tätigkeit der niederen arbeitenden Klassen ebenso wirksam wie unentbehrlich. Ja, es ist eigentlich die Arbeit auf dem Felde, in der Werkstatt, der Fabrik, welche im Staate Wohlhabenheit herbeiführt.“

Diese Entstellung der päpstlichen Enzyklika, die Graf Sylva-Tarouca auf dem Würzburger Katholikentag im Jahre 1893 aufgedeckt hat, beweist recht deutlich, wie un bequem der Kirche die Lehren ihrer alten Meister geworden sind.

Aber wenn auch die Kirche mit dem Kapital längst ihren Frieden geschlossen hat, so leben die alten Gedanken über wirtschaftliches Geschehen doch wenigstens im Denken einzelner ihrer Gläubigen fort. Ein Mann wie Hohoff lernt aus den Schriften der grossen Kirchenlehrer des Mittelalters, dass Geld nicht Geld hecken, nur die Arbeit Werte zeugen könne. Er vergleicht diese Lehre mit der täglichen Wirklichkeit der kapitalistischen Welt, in der das Geld Tag für Tag Werte zu erzeugen scheint. Er sucht des Widerspruchs Lösung und findet sie — in den Schriften von Karl Marx. Nun erkennt er, warum aus arbeitslosem Besitze Einkommen, aus Geld wiederum Geld entstehen kann: Weil das Kapital auf dem Markte eine Ware eigener Art findet, die Ware Arbeitskraft, die mehr an Werten erzeugt als den Wert, um den sie selbst feilgeboten wird. Nicht das Kapital erzeugt Werte, sondern menschliche Arbeit; aber das Kapital zieht jene Werte an sich, die die von ihm gemietete Arbeitskraft erzeugt; da der Wert der Arbeitskraft kleiner ist als der Wert der Waren, die sie erzeugt, bleibt dem Kapital der Mehrwert. Die Lehre, dass nur die Arbeit Werte erzeugt, wird so in Einklang gebracht mit der Tatsache, dass das Kapital Unternehmergeinn und Zins trägt. Marx' Lehre vom Mehrwert löst den Widerspruch auf, der scheinbar zwischen der Wertlehre der Kirche und den Tatsachen der kapitalistischen Gesellschaft besteht. Freudig erregt stellt Hohoff fest, dass Marx' Entdeckung des Mehrwerts die Wirtschaftslehre der Scholastik glänzend rechtfertigt.

Hohoffs Schluss ist vollständig richtig. Was die Kirchenlehrer des Mittelalters über den Wert der Waren zu sagen wissen, beruht auf Beobachtungen der handwerksmässigen Warenproduktion, in der der Wert der Waren ganz unmittelbar und augenfällig durch die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wurde. Marx' Wertlehre ist nun nichts anderes als der umfassende Nachweis, wie sich das Wertgesetz der handwerksmässigen Warenproduktion auch in der kapitalistischen Warenproduktion

durchsetzt, obwohl hier viele Zwischenglieder sein Wirken dem ungeschulten Auge verdecken. Darum kann der gläubige Katholik in Marxens Wertlehre die Rechtfertigung der Lehren des heiligen Thomas von Aquino finden.

Auf Marxens Wirtschaftslehre gestützt, begreift nun Hohoff den grossen Kampf der Arbeiterklasse. Sie erstrebt ja die Aufhebung des Gegensatzes zwischen dem Kapital und der Arbeit, die Wiedervereinigung der Arbeit mit dem Eigentum, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung. Hohoff sieht darin einen gewaltigen Versuch, die Gebote der mittelalterlichen Kirche zu verwirklichen. Wiederum mit einigem Rechte. Denn so verschieden auch die sozialistische Gesellschaft der Zukunft von der handwerksmässigen Warenproduktion der Vergangenheit sein wird, von deren Geist die wirtschaftlichen Gesetze des kanonischen Rechtes erfüllt sind, darin gleichen beide einander, dass in beiden die Arbeitenden auch die Eigentümer ihrer Arbeitsmittel und ihres Arbeitsertrages sind — freilich hier als einzelne, dort als Gesellschaft, — dass beide kein arbeitsloses Einkommen kennen, dass die sozialistische Gesellschaft die kapitalistische Ausbeutung beseitigen wird, die die handwerksmässige Warenproduktion erst als Ausnahmeerscheinung gekannt und darum als unsittlich betrachtet, als unerlaubt verboten hat. In einer Gedankenwelt befangen, die aus vorkapitalistischen Zeiten stammt, gewinnt Hohoff für die Gedanken Verständnis, die die nachkapitalistische Zeit verkünden und vorbereiten. So erscheinen ihm Marx und Lassalle als „Werkzeuge in der Hand der Vorsehung“. „Der Sozialismus an sich“, sagt er, „ist ein hohes, hehres Ideal; in seiner konkreten historischen Erscheinung ist er eine Zuchtrute, eine Gottesgeissel für die moderne unchristliche Gesellschaft. Mag er sich heute auch noch so gottlos gebärden, er wird, wohl oder übel, die Welt wieder lehren, Gehorsam zu leisten den Geboten Gottes und seiner heiligen Kirche.“ Die Vereinigung des Sozialismus und der Kirche ist Hohoffs heisser Wunsch. „Aber“, so schliesst er seine Ausführungen, „leider ist die Verblendung, die Unwissenheit, das Vorurteil hüben wie drüben gleich gross und daher, vorläufig wenigstens, allem Anscheine nach keine friedliche Verständigung und Versöhnung zu hoffen, sondern Kampf bis aufs Messer.“

Sind es wirklich nur Verblendung, Unwissenheit und Vorurteil, die überall die Kirche und den Sozialismus einander so feindlich gegenüberstellen? Wir glauben tiefer liegende Gründe des grossen Kampfes zu sehen.

Schon damals, als die Kirche das arbeitslose Einkommen verdammt hat, hat sie selbst von fremdem Arbeitsertrage reiche Abgaben bezogen. Wohl konnten in jener Zeit diese Einkünfte der Kirche nicht privatem Einkommen gleichgestellt werden; sie erschienen als öffentliche Abgaben, als Gegenleistung für die wichtigen sozialen, staatlichen und kulturellen Funktionen, die die Kirche damals zu erfüllen hatte. Jene Funktionen sind ihr seither abgenommen worden vom Staat, von den Gemeinden, von den öffentlichen Schulen und Krankenhäusern, von den Arbeiterversicherungsanstalten, von den proletarischen Organisationen; aber geblieben sind ihr ihr ungeheurer Grundbesitz, ihr wachsender Kapitalbesitz, ihre grossen arbeitslosen Einkünfte. Ihr Interesse hat sie überall an die Seite der Besitzenden geführt. Und geblieben sind ihr ihre Vorrechte auch im kapitalistischen Klassenstaat. Schirmend hält sie darum vor die Herrschaftsorganisation des Kapitals ihren Schild.

Aber nicht nur ihre unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen führen die Kirche in das Lager der herrschenden und besitzenden Klassen. Auch ihre Sorge um ihre Macht über die Geister macht sie zur Gegnerin des kämpfenden Proletariats. Denn die Arbeiterklasse konnte sich nur in einer gewaltigen Umwälzung ihres Bewusstseins von knechtlicher Demut befreien, nur in einer grossen geistigen Revolution zur zielbewussten Führung ihres Klassenkampfes reif werden. In dieser Umwälzung, die die kapitalistische Entwicklung selbst hervorgerufen hat, ward den proletarischen Massen alles erschüttert, was ihren Ahnen heilig gewesen. Wohl ist es gewiss wahr, dass der grosse Kampf um die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals mit jeder Meinung über das Ueberirdische vereinbar ist, dass die Gläubigen der Kirche diesen Kampf mit ebenso tiefer Erkenntnis des Ziels und der Mittel, mit ebensoviel Treue und Opfermut führen könnten wie die Ungläubigen und Gleichgültigen; aber wahr ist doch auch, dass dieselbe Umwälzung der sozialen Daseinsbedingungen, in der das Proletariat sich

von knechtlicher Ehrfurcht vor seinen Ausbeutern, von kindlichem Glauben an seine Unterdrücker befreit hat, auch den Glauben der Volksmassen an die Lehren der Kirche erschüttert hat. Dieselben grossen Erlebnisse, die in den Volksmassen neues soziales Denken und Wollen ausgelöst haben, haben auch ihr altes religiöses Vorstellen und Fühlen zersetzt. Und diese Veränderungen des Massenbewusstseins spiegeln sich in den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, der uns erkennen lehrt, dass auch das, was den Ahnen als Gottes ewiges Gebot erschien, Menschenwerk ist und sich mit den Wandlungen menschlicher Daseinsweise umgestaltet. Durch diese Wandlungen im Verhältnis des menschlichen Denkens zu den religiösen Vorstellungen und religiösen Gemeinschaften fühlt die Kirche ihre Macht über die Geister bedroht. Und da die Veränderungen des religiösen Bewusstseins die Wandlungen des sozialen Bewusstseins begleiten, sieht sie im Sozialismus ihren Feind. Wenn sie selbst an ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen vergisst, die den proletarischen Klasseninteressen entgegengesetzt sind, so kann sie sich doch nimmermehr mit der proletarischen Klassenideologie versöhnen. So führen sie die Gesetze ihres Daseins immer wieder zurück in das Lager des Besitzes.

Wir Oesterreicher wissen davon ein Lied zu singen. Die Männer, die hier einst ausgezogen sind, dem katholischen Sozialismus den Weg zu bahnen, stehen heute an der Spitze der Partei, die mit unversöhnlicherem Hasse als jede andere die Arbeiterklasse bekämpft. Herr Scheicher, der einst Hohoffs Arbeiten über die Wertlehre in seine Monatsschrift aufgenommen, als der mutige Mann in ganz Deutschland keinen Verleger für seine Arbeit auftreiben konnte, Herr Scheicher, der auch heute noch im „Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus“ Hohoffs letzter Arbeit wohlverdientes Lob zollt, ist derselbe Mann, der jene schmachvolle Sklavenordnung für die landwirtschaftlichen Arbeiter entworfen hat, vor der selbst die bürgerliche Regierung die gequälteste aller Arbeiterschichten bewahren musste.

In stiller Studierstube träumt ein frommer Mann einen schönen Traum. In der unerbittlichen Wirklichkeit aber herrscht die Klassenselbstsucht, tobt der Klassenkampf.

Otto Bauer: Statistisches Material zur Frage der Lebensmittelteuerung

Nach den Marktberichten der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrats betragen die Kleinverkaufspreise für das Kilogramm der folgenden Waren:

	Oktober 1906		Oktober 1909	
	H e l l e r			
Auszugmehl	28	bis 40	44	bis 52
Mundmehl	24	„ 36	40	„ 48
Semmelmehl	22	„ 36	38	„ 44
Weissgemischtes Brot	20·3	„ 36·6	28·1	„ 46·3
Schwarzes Brot	20·1	„ 29·8	27	„ 39·2
Erbsen	24	„ 56	32	„ 56
Linsen	42	„ 100	60	„ 80
Bohnen	24	„ 72	32	„ 48
Rindschmalz	190	„ 320	240	„ 320
Schweineschmalz	150	„ 180	152	„ 188
Butter	180	„ 420	220	„ 400

Der Liter Milch kostete im Oktober 1906 14 bis 36, im Oktober 1909 24 bis 32 h. Für 2 K erhielt man im Juni 1906 noch 25 bis 35 Stück, im Juni 1909 nur noch 20 bis 30 Stück frische Eier. So unzureichend diese Statistik ist, zeigt sie doch das Steigen der Lebensmittelpreise im Kleinverschleiss.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Zwischenhandel die Waren verteuert. Zwischen Erzeuger und Verbraucher schiebt sich eine überaus zahlreiche Klasse von Zwischenhändlern ein, die von den Verbrauchern ernährt werden muss. Aber wenn der Zwischenhandel stets die Kleinverkaufspreise hoch über den Grosseinkaufspreisen hält, so

ist die Differenz zwischen Klein- und Grosshandelspreisen in den letzten Jahren doch nicht gewachsen. Das Steigen der Lebensmittelpreise im Kleinverschleiss ist auf das Steigen der Grosshandelspreise zurückzuführen.

Das Steigen der Grosshandelspreise ist eine internationale Erscheinung. Nach den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches betrug der Preis für 1000 Kilogramm Weizen in London im zweiten Viertel der Jahre:

	Kronen
1904	149·20
1905	171·—
1906	165·10
1907	160·20
1908	177·20
1909	229·20

Wir müssen fremden Weizen, der nach Oesterreich eingeführt wird, heute sehr teuer bezahlen. Hätten wir keine Getreidezölle, dann könnten die österreichischen Landwirte ihr Getreide trotzdem teurer verkaufen als seit vielen Jahren, da auch ihre ausländischen Konkurrenten ihre Ware nur zu sehr hohem Preise verkaufen. Das Steigen der Getreidepreise hat also seinen letzten Grund in der Gesamtentwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Jahren. Soweit die Brot- und Mehlerhöhung auf diese Ursache zurückzuführen ist, hat die österreichische Gesetzgebung auf sie keinen Einfluss.

Aber das Steigen der Getreidepreise in Oesterreich hat noch einen anderen Grund: die Erhöhung der Getreidezölle durch den Zolltarif vom 13. Februar 1906. Dieser Zolltarif hat die Getreidezölle in folgender Weise festgestellt:

	Minimalzölle (für Staaten, mit denen wir Handelsverträge haben) Kronen für 100 Kilogramm	Autonome Zollsätze (für andere Staaten)
Weizen	6·30	7·50
Roggen	5·80	7·—
Gerste	2·80	4·—
Hafer	4·80	6·—
Mais	2·80	4·—

Für Mehl wurde ein Zoll von 15 K für 100 Kilogramm festgesetzt.

Durch diese Zölle, die die Einfuhrkosten ausländischen Getreides um den Zollbetrag erhöhen, wird den österreichischen Landwirten die Möglichkeit geschaffen, ihr Getreide im Inland nicht nur um den Betrag, um welchen der Getreidepreis auf dem Weltmarkt gestiegen ist, sondern überdies auch noch um den Betrag des Zolls zu verteuern.

Unter dem Einfluss einerseits der Bewegung der Getreidepreise auf dem Weltmarkt, andererseits der österreichischen Zollgesetzgebung betrug der Preis von 1000 Kilogramm Theissweizen an der Wiener Börse im zweiten Viertel der Jahre:

	Kronen
1904	191·50
1905	199·50
1906	184·90
1907	207·—
1908	255·30
1909	327·30

Vergleichen wir den Weizenpreis der Wiener Börse mit dem Londoner Weizenpreis, so erhalten wir folgendes Bild:

	Differenz des Weizenpreises in Wien und London in Kronen für 1000 Kilogramm
1904	42·30
1905	28·50
1906	19·80
1907	46·80
1908	78·10
1909	98·10

Das Getreide war im schutzzöllnerischen Oesterreich immer viel teurer als in England, das seit dem Jahre 1869 keine Getreidezölle mehr kennt. Aber seit der Erhöhung der Zölle im Jahre 1906 hat sich die Differenz ungeheuerlich vergrößert. Die Grösse der Differenz hängt natürlich von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere von der Höhe der Frachtkosten und von dem Ausfall der Ernte im Inland wie im Ausland. Einer ihrer Bestimmungsgründe ist aber auch der Zoll!

Wir bezahlen heute eine Tonne Weizen um K 135·80 teurer als im Jahre 1904. Von dieser Preissteigerung ist ein Teilbetrag von 80 K auf das Steigen des Weltmarktpreises zurückzuführen — um diesen Betrag ist der Weizenpreis auch in dem freihändlerischen England gestiegen, diese Steigerung wäre also auch ohne die Getreidezölle eingetreten. Aber das ändert natürlich nichts daran, dass ein anderer Teil der Preissteigerung durch die agrarische Zollgesetzgebung verschuldet wurde. Wir bezahlen für eine Tonne Weizen 63 K Zoll — für die Verteuerung des Weizens um diesen Teilbetrag ist unsere Gesetzgebung verantwortlich.

Soweit wir Getreide aus dem Ausland einführen, fließt der Zoll in die Reichskasse: was der Verbraucher zahlt, steckt der Kriegsminister ein. Der Zoll auf ausländisches Getreide ist eine indirekte Steuer.

Anders steht es mit dem aus Ungarn eingeführten Getreide. Ungarisches Getreide und Mehl wird nach Oesterreich zollfrei eingeführt, aber der Zoll, der vom fremden Getreide eingehoben wird, setzt auch die ungarischen Landwirte in die Lage, ihre Ware um den Zollbetrag teurer zu verkaufen. Hier fließt der Ertrag der Verteuerung also nicht der Reichskasse, sondern den ungarischen Grundbesitzern zu. Im Jahre 1908 haben wir aus Ungarn eingeführt:

	Meterzentner
Weizen	4,326.792
Roggen	2,098.106
Gerste	2,155.560
Hafer	1,726.113
Mais	3,438.711
Weizenmehl	5,579.190
Roggenmehl	368.068

Diese Waren sind durch die Zölle um folgende Beträge verteuert worden:

	Kronen
Weizen	27,258.790
Roggen	12,169.015
Gerste	6,035.568
Hafer	8,285.342
Mais	9,628.391
Weizenmehl*	50,212.707
Roggenmehl*	3,049.706
Summe	116,639.519

Die Getreidezölle haben also zur Folge, dass wir das Getreide und Mehl, das wir aus Ungarn kaufen, um 116·6 Millionen Kronen teurer bezahlen müssen. Einen solchen Millionentribut zahlen wir den ungarischen Landwirten!

Noch grösser dürfte der Tribut sein, den wir dank den Zöllen den österreichischen Grundbesitzern entrichten müssen. Die Höhe dieses Tributs lässt sich aber nicht einmal annähernd genau feststellen. Wie viel ausländisches und wie viel ungarisches Getreide in Oesterreich verbraucht wird, wissen wir aus der Statistik des Aussenhandels und des Zwischenverkehrs; wie viel österreichisches Getreide auf unseren Märkten verkauft wird, wissen wir nicht. Wir kennen nur die Grösse der Getreideernte, wissen aber nicht, welcher Teil des im Inland geernteten Getreides als Saatgut und als Viehfutter verwendet, welcher von den Landwirten selbst verbraucht wird, ohne auf den Markt zu kommen. Die Grösse des Tributs, den wir den österreichischen Landwirten zahlen, lässt sich daher nicht berechnen.

Wohl aber können wir wenigstens annähernd feststellen, welcher Teil der Landbevölkerung den Gewinn aus der Verteuerung der Lebensmittel einsackt.

* Das Mehl wird nicht um den Betrag des Mehlszolls verteuert, wohl aber um den Betrag des Getreidezolls. Unserer Berechnung haben wir die Annahme zugrundegelegt, dass aus 100 Kilogramm Getreide 70 Kilogramm Mehl erzeugt werden.

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1902 arbeiten in der österreichischen Landwirtschaft insgesamt 9,070.682 Personen. Von ihnen sind nach ihrer Stellung im Betrieb:

Betriebsinhaber	3,424.016
Familienangehörige	4,389.405
Beamte	12.294
Aufsichtspersonen	57.657
Dienstboten	942.766
Tagelöhner	244.544

Aus den hohen Getreidepreisen ziehen die Beamten, die Aufsichtspersonen, die Dienstboten und Tagelöhner keinesfalls Gewinn — ihre Lebenshaltung hängt nicht vom Geldertrag der Landwirtschaft ab, sondern von der Höhe ihrer Gehalte und Löhne. Sie wird verbessert, wenn die Lebenshaltung der ihnen nahestehenden Schichten der gewerblichen Bevölkerung steigt, weil die Landwirte sonst im Konkurrenzkampf um die Arbeitskräfte, den ihnen die industrielle Entwicklung aufzwingt, nicht bestehen könnten. Was die Lebenshaltung der Arbeiter in den Städten senkt, bringt also auch den Arbeitern des Landes keinen Vorteil. Auf diese Weise scheiden aus der Masse des Landvolkes bereits 1,257.261 Personen aus, die leer ausgehen bei der Teilung der reichen Beute, die den Verbrauchern abgerungen wird.

Eine andere Schichte der Landbevölkerung, die höchstens ein vorübergehendes Interesse an dem Steigen der Getreidepreise hat, sind die Pächter. Steigen die Getreidepreise, so erhöhen ja die Grundbesitzer den Pachtzins. Nun bewirtschaften von den 2,856.348 landwirtschaftlichen Betrieben in Oesterreich:

nur Eigenland	2,054.035
mehr Eigenland als Pachtland	397.732
mehr Pachtland als Eigenland	233.310
nur Pachtland	151.649

Wir können annehmen, dass wenigstens diejenigen Betriebe, die nur Pachtland, dann diejenigen, welche mehr Pachtland als Eigenland bewirtschaften, an dem Steigen der Getreidepreise nur ein vorübergehendes Interesse haben. Es sind dies insgesamt 384.959 landwirtschaftliche Betriebe.

Aber auch unter den Besitzern landwirtschaftlich genutzter Grundstücke ist die Zahl derjenigen, die aus den hohen Getreidepreisen keinen Gewinn ziehen, sehr gross. Im Jahre 1902 gab es in Oesterreich landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche von:

		In Prozenten
Weniger als 2 Hektar (Zwergbetriebe)	1,322.565	46.5
2 bis 5 Hektar (Kleinbetriebe)	810.225	28.5
5 „ 20 „ (mittelbäuerliche Betriebe)	613.290	21.6
20 „ 100 „ (grossbäuerliche Betriebe)	89.342	3.1
mehr als 100 Hektar (Grossbetriebe)	11.466	0.3
Zusammen	2,846.888	100.0

Nun ist es gewiss, dass die Zwergbetriebe und Kleinbetriebe in der Regel kein Getreide verkaufen können, vielmehr selbst Getreide zukaufen müssen. 2,132.790 landwirtschaftliche Betriebe, 75.0 Prozent, also genau drei Viertel der Gesamtzahl haben an den hohen Getreidepreisen kein Interesse. Die mittelbäuerlichen Betriebe, 613.290, also etwas mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl, ziehen aus ihnen nur geringen Gewinn. Den grössten Teil der Beute ziehen die Betriebe der Grossbauern und Grossgrundbesitzer an sich, die nur 3.4 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe bilden und deren es in ganz Oesterreich nicht mehr als 100.808 gibt. Nach der Berufszählung vom Jahre 1900 ernährten Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, der öffentliche Dienst und die freien Berufe 12,441.504 Menschen. Mehr als zwölf Millionen Menschen müssen also ihre Lebensmittel teurer bezahlen, damit insgesamt 100.000 landwirtschaftliche Betriebe ihren Inhabern höheren Gewinn abwerfen. Auf einen geförderten Betrieb entfallen 124 geschädigte Konsumenten. Nicht die neun Millionen Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, sondern nur die Besitzer von 100.000 Grossbetrieben und grossbäuerlichen Betrieben ziehen einen grossen, allenfalls noch die Besitzer von 613.290 mittelbäuerlichen Betrieben einen mässigen Gewinn aus der Getreideteuerung.

Grundbesitz und Zoll geben einer kleinen Minderheit die Macht, die ungeheure Mehrheit auszubeuten.

Ganz ähnliche Ursachen und Wirkungen hat auch die Verteuerung von Vieh, Fleisch und Milch. Auch sie ist keineswegs nur auf die agrarische Handelspolitik zurückzuführen. Ihre wichtigste Ursache ist vielmehr darin zu erblicken, dass die Entwicklung der österreichischen Viehwirtschaft mit dem Wachstum der Bevölkerung und ihres Fleisch- und Milchbedarfes nicht gleichen Schritt gehalten hat. Das beweist die folgende Gegenüberstellung unseres Reichtums an Rindvieh mit der Grösse unserer Bevölkerung:

Jahr	Anzahl der Rinder	Zivilbevölkerung	Auf 100 Einwohner entfallen Rinder
1857	8,013.368	18,224.500	44·0
1869	7,425.212	20,217.531	36·7
1880	8,584.077	21,981.821	39·0
1890	8,643.936	23,707.906	36·5
1900	9,511.170	25,921.671	36·7

Bis zum Jahre 1890 ist unser Reichtum an Vieh viel zu langsam gestiegen. Seit dem Jahre 1890 können wir allerdings ein etwas schnelleres Wachstum beobachten. Aber auch dieses Wachstum war ungenügend; gerade in die letzten beiden Jahrzehnte fällt ja einerseits eine schnellere Verschiebung unserer Bevölkerung vom Lande in die Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie, womit stets schnelles Steigen der Nachfrage nach Fleisch und Milch Hand in Hand geht, andererseits die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch erfolgreiche gewerkschaftliche Kämpfe, wodurch gleichfalls der Fleisch- und Milchverbrauch gesteigert wurde. So ist die heimische Viehzucht tatsächlich nicht imstande, unseren Bedarf an Fleisch und Milch zu decken; dieser Notstand hat das Steigen der Vieh-, Fleisch- und Milchpreise herbeigeführt: Die Forderung, dass der Staat die heimische Viehzucht und Milchwirtschaft fördern solle, ist also berechtigt, ihre Erfüllung auch im Interesse der Verbraucher gelegen.

Aber diese Förderung sollte nicht dadurch geschehen, dass der Staat uns hindert, die Lücken unserer Viehwirtschaft durch vermehrte Zufuhr an dem Auslande auszufüllen, solange die heimische Produktion unseren Bedarf nicht zu decken vermag. Gerade dieses Mittel hat aber unsere agrarische Gesetzgebung angewendet. Unter dem Vorwande, die Einschleppung gefährlicher Tierseuchen zu verhindern, hat der Staat die Einfuhr nicht nur von Vieh, sondern auch von Fleisch aus Russland, Rumänien, den Balkanstaaten und den südamerikanischen Republiken verboten. Dadurch werden zunächst die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe getrieben. Aber auch die Milchteuerung in den Städten, die Einschränkung des Milchverbrauches auf dem Lande wird dadurch verschuldet; wäre die Zufuhr von Fleisch aus dem Auslande gestattet, dann würde ein kleinerer Teil unseres Viehstandes der Mästung, ein grösserer der Milchwirtschaft zugeführt — niedrigere Fleischpreise hätten auch niedrigere Milchpreise zur Folge.

Auch die Verteuerung von Fleisch und Milch bereichert nur einen kleinen Teil der Landbevölkerung. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung verteilt sich unser Viehstand auf die verschiedenen Betriebsgrössen in folgender Weise:

Landwirtschaftliche Betriebe mit einer produktiven Fläche von	Zahl der Betriebe mit Rindern	Zahl der Rinder in diesen Betrieben	Auf einen Betrieb entfallen Rinder
weniger als 2 Hektar	718.500	1,232.007	1·7
2 bis 5 Hektar	715.610	1,975.503	2·8
5 „ 20 „	595.932	3,343.032	5·6
20 „ 100 „	136.357	1,795.130	13·2
mehr als 100 Hektar	12.101	679.536	56·2
	2,178.500	9,025.208	4·1

Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sind an der Viehwirtschaft gewiss in höherem Masse beteiligt als an dem Getreidebau. Doch ist es gewiss, dass die 718.500 Zwergbetriebe mit 1 bis 2 Rindern aus der Vieh- und Milchteuerung keinen Gewinn ziehen, dass auch noch weitere 715.610 Kleinbetriebe mit 2 bis 3 Rindern an der Fleischteuerung nicht, an der Milchteuerung nur in ganz geringem Masse interessiert sind. Von 2,178.500 Betrieben mit Rinderhaltung haben also 1,434.110 an der Verteuerung der Erzeugnisse der Viehwirtschaft kein oder nur ein geringfügiges Interesse — nur einem Drittel der Betriebe fliesst der Gewinn zu.

Aber selbst die grösseren Grundbesitzer, die aus der Verteuerung der Lebensmittel Gewinn ziehen, müssen diesen Gewinn sehr bald mit einer anderen Macht teilen.

Steigen die Lebensmittelpreise, so steigt die Grundrente, der Ertrag, den der Boden abwirft. Steigt die Grundrente, so steigen auch die Bodenpreise. Das Steigen der Lebensmittelpreise in der Stadt ist stets begleitet von dem Steigen der Bodenpreise auf dem Lande. Das Steigen der Bodenpreise löst aber sehr wichtige, durchaus nicht erfreuliche Wirkungen aus.

Mit voller Wucht trifft das Steigen der Bodenpreise das arme Landvolk, die Proletarier und die Zwergbesitzer in den Dörfern. Je teurer der Boden wird, desto schwerer können sie Boden kaufen. Der Mehrheit des Landvolkes wird auf diese Weise der Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gesperrt. Sie müssen die Hoffnung, Boden zu erwerben, aufgeben; sie bleiben Proletarier.

Aber auch den Besitzenden bringt das Steigen der Bodenpreise keine ungeteilte Freude. Bei jedem Erbgang, bei jeder Gutsübergabe müssen Schulden aufgenommen werden, damit die „weichenden Geschwister“ abgefunden werden können. Bei jedem Verkauf bleiben Kaufschillingsreste als Grundschuld auf dem Boden stehen. Je höher der Boden bewertet wird, desto höhere Abfindungsgelder müssen den weichenden Geschwistern gezahlt, desto höhere Kaufschillingsreste auf das verkaufte Grundstück einverleibt werden. Steigt mit den Lebensmittelpreisen der Bodenpreis, so steigt auch die Schuldenlast des Bodens. Nach Angaben der Grundbuchsämter ist der Lastenstand im „sonstigen Besitz“, das heisst der Lastenstand des Grundbesitzes, soweit er nicht landtäflicher, städtischer oder bergbücherlicher Besitz ist, in folgender Weise gestiegen:

	Zunahme des bürgerlichen Lastenstandes im „sonstigen Besitz“ in Kronen
Jahresdurchschnitt 1896 bis 1900 . . .	158,714.987
1901 „ 1905 . . .	171,431.789
Jahr 1904	168,498.357
„ 1905	199,206.358
„ 1906	212,299.461

Mit dem Schuldenstande steigt natürlich die Zinsenlast der Landwirtschaft. Von der Beute, die die Agrarier den Verbrauchern abgejagt haben, müssen sie einen grossen Teil an das Hypothekenkapital abtreten. Ein Teil der gestiegenen Grundrente verwandelt sich in Kapitalzins. Mit der Masse der Werte, die die Bodenbesitzer den besitzlosen Verbrauchern abnehmen, wächst auch die Wertsumme, die die Landwirtschaft an das parasitische Hypothekenkapital abgeben muss. Der von der Teuerung betroffene Konsument speist nicht nur den Grundbesitz, sondern auch das Hypothekenkapital.

Rudolf Hilferding: Probleme der Bankpolitik

Am 31. Dezember 1910 erlischt das Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank auf das ausschliessliche Recht der Notenausgabe in der Monarchie. Die Bank hat an die Regierungen das Ersuchen um Erneuerung des Privilegs gestellt, findet aber dabei den Widerstand der ungarischen Parteien, die mit der Forderung der Banktrennung hervortreten. So verflochten sich hier zwei Probleme, eines der staatlichen Machtpolitik mit einem anderen der Valutapolitik. Die theoretische Untersuchung muss natürlich beide Probleme zunächst isoliert betrachten.

Wir wollen heute die Papiergeldwährung und ihre Gesetze erörtern. So gewinnen wir die theoretische Grundlage für die Besprechung der Fragen der Banktrennung und der Aufnahme der Barzahlungen.

Die österreichische Währung ist nach dem Gesetz Goldwährung wie die Deutschlands oder Englands. Aber sie unterscheidet sich in einer kleinen Bestimmung von der dieser Länder. Die Verpflichtung der Bank, ihre Noten auf Verlangen jederzeit in Gold einzulösen, ist — suspendiert. Da es aber das Wesen einer Goldwährung ausmacht, dass jeder, der Geldforderungen hat, auf deren Begleichung durch Goldgeld bestehen kann,

hebt diese Bestimmung die Goldwährung wieder auf und da die Noten gesetzliche Zahlungsmittel sind, so herrscht in Oesterreich Papierwährung. Die Forderung der Barzahlung besteht in nichts anderem, als dass die Bank verpflichtet wird, ihre Noten auf Verlangen bar, das heisst in Goldgeld auszuzahlen. Damit entsteht die Frage nach der Bedeutung dieser Forderung, die übereinstimmt mit der Frage nach dem Unterschied zwischen Papier- und Goldwährung. Sollen aber diese Fragen beantwortet werden, so müssen wir die ökonomischen Gesetze kennen, die einerseits die Papierwährung, andererseits die Goldwährung beherrschen. Unsere erste Frage lautet also: Wie ist Papierwährung möglich?*

Die Waren tauschen sich aus nach ihrem Wert, der bestimmt ist durch die in den Waren enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Die Dazwischenkunft des Geldes ändert nichts an diesem Gesetz. Denn der Wert des Goldgeldes ist bestimmt durch die zur Produktion des Goldes notwendige Arbeitszeit. Aber offensichtlich gilt diese Bestimmung nicht für den Austausch zwischen Ware und Papiergeld. Denn es ist klar, dass die Kaufkraft einer Zwanzigkronennote in keiner Weise bestimmt ist durch die minimalen Druckkosten des Stückchens Papier. Ist die Banknote nur ein Schuldschein auf Gold, so dass jeder jederzeit bei Vorweisung der Note an den Schaltern der Bank ein goldenes Zwanzigkronenstuck erhält, so ist an der Sache nichts Wunderliches. Woher stammt aber die Kaufkraft der Note, wenn die Bank ausdrücklich von der Verpflichtung entbunden ist, sie einzulösen?

Schuster A kauft um 20 K einen Rock vom Schneider B. Der kauft um die 20 K von A ein Paar Stiefel. A hat seine 20 K wieder und hat ausserdem seine Stiefel gegen einen Rock vertauscht. Das Geld hat die Hände gewechselt, ist von A zu B gegangen und von B zu A zururckgekehrt — ein nutzloser Weg. Das Geld hat als Wertmesser fungiert und weder A noch B hätte den Preis ihrer Waren angeben können, wenn sie nicht den Wert des Geldes gekannt hätten. Aber diese Wissenschaft hätten sie auch haben können, wenn sie beide keinen Pfennig besessen hätten. Geld wäre für sie blosses Ideal, aber schon das Ideal hätte genügt, um als Wertmesser fungieren zu können. Man sieht also, in Geldsachen hört zwar die Gemütlichkeit, nicht aber der Idealismus auf, wenn er nur kritischer Idealismus bleibt. Worauf es ankam, war der Tausch von Rock und Stiefel, und in diesem spielt das Gold nur die verschwindende Rolle als Représentant von Wert. Wenn A dem B mit einem Zahlungsverprechen von 20 K, einem Wechsel, den Rock gezahlt und B dem A den Wechsel zururckgegeben, als er die Stiefel erhielt, wäre das Geld erspart geblieben. Solche Austauschakte aber gehen in der kapitalistischen Gesellschaft unaufhörlich vor sich; sie müssen vor sich gehen, weil nur dadurch die Bedarfsdeckung der Gesellschaft erfolgt. Soweit aber hier unmittelbar Ware durch Ware ersetzt wird, ist das Geld für den Prozess selbst überflüssig; es kann also durch bewusste Uebereinkunft ausgeschaltet und ersetzt werden durch Geldzeichen. Indem der Staat, das einzig bewusste Organ, über das die kapitalistische Gesellschaft verfügt, diese Ersetzung vollzieht, schafft er ein Staatspapiergeld, dem er, da das Gold überflüssig geworden, gesetzliche Zahlkraft verleihen kann. Solange das Staatspapiergeld in seiner Menge nur auf das Minimum von Gold, das unter allen Umständen für die Warenzirkulation nötig wäre, beschränkt bleibt, ist es klar, dass es nichts anderes ist als Goldzeichen. Das Gold zirkuliert neben diesem Zeichen, um jedes Bedürfnis über das Minimum hinaus befriedigen zu können. Gesetzt die Waren, die zirkulieren, erforderten eine Summe von 600 Millionen Gulden zu ihrer Zirkulation und es wären für etwa 300 Millionen Gulden Papiergeld zur Verfügung, so müssten ausserdem 300 Millionen in Gold zirkulieren. Es ist klar, dass der Papiergulden in seinem Wert nicht abweichen kann vom Goldgulden, da zur Zirkulation ja 600 Gulden nötig, 300 Gulden in Papier also unbedingt gebraucht werden, Papier und Gold hier dieselben Funktionen erfüllen. Hier hat

* Innerhalb des engen Rahmens eines Revueartikels kann es sich natürlich nur um eine Behandlung in den allgemeinsten Umrissen handeln. Eine eingehendere theoretische Erörterung der Probleme, welche die neueste Entwicklung der Wahrungssysteme stellt, muss einer umfassenderen Studie vorbehalten bleiben. (Die vorliegende Arbeit befindet sich schon seit längerer Zeit in unseren Händen, musste aber wegen Raummangel zururckgestellt werden. Anmerkung der Redaktion.)

das Papier dieselbe Geltung wie das Gold, weil es innerhalb der Warenzirkulation dieselbe Funktion erfüllt. Es ist Repräsentant von Gold.

Die Sache kann aber auch ganz anders verlaufen. Ein Staat führt einen kostspieligen Auslandskrieg, für den grosse Zahlungen zu leisten sind, die, da sie ins Ausland gehen, in Gold geleistet werden müssen. Die Regierung kennt das probate Mittel, Gold aus der Zirkulation hinauszuerwerfen, indem man Papiergeld in sie hineinwirft. Der Not gehorchend, sucht sie alles Gold aus der Zirkulation herauszuziehen und überschreitet dabei weit das Minimum. Gesetzt den Fall, sie triebe es so weit, dass das Gold ganz aus der Zirkulation verschwindet. Was wird die Folge sein? Wir haben eine auf- und abebbende Warenflut, der aber nun einmal eine weit über das Mindestmass hinausgehende Zirkulationsmittelmengung gegenübertritt. Das Papiergeld aber hat keine andere Funktion als die des Zirkulationsmittels; es muss ganz in die Zirkulation eingehen; Gold, das es repräsentieren könnte, ist überhaupt nicht vorhanden; wodurch bestimmt sich jetzt der Wert des Papierguldens? Gesetzt den Fall, die Warensomme, die zu zirkulieren hätte, beträgt 600 Millionen Gulden. Wir nehmen zugleich an, dass jeder Gulden nur einmal als Zirkulationsmittel dient. Sind Papiergulden im Betrag von 600 Millionen ausgegeben, so wird der Papiergulden noch immer gleich sein einem Goldgulden. Fällt aber jetzt die Warensomme, so dass nur 500 Millionen Goldgulden zur Zirkulation nötig wären, so ändert sich jetzt auch die Kaufkraft des Papierguldens. Das Papiergeld bleibt in der Zirkulation; aber die 600 Millionen Gulden können jetzt nur Waren im Werte von 500 Millionen Goldgulden zirkulieren; die Kaufkraft des Papierguldens ist gefallen; statt der früheren Kaufkraft, der des Goldguldens, besitzt er jetzt nur mehr die Kaufkraft von $\frac{5}{6}$ Goldgulden. Zugleich hat sich der Bestimmungsgrund des Wertes des Papierguldens radikal geändert. Früher war sein Wert als Repräsentant des Goldes unmittelbar von diesem bestimmt; dies währte so lange, als das Papiergeld nur einen Teil des in der Zirkulation nötigen Goldes vertrat; jetzt aber wird das Papier zum Alleinherrscher; aber dieser Alleinherrscher hat mit anderen das gemein, dass sein Wert nur der reflektierte Wert seiner Umgebung ist; das Papier hat keinen in Betracht kommenden Eigenwert; es gilt nur etwas in dem gesellschaftlichen Verhältnis zu den Waren, wie der Despot nur in seinem Verhältnis zu Bureaucratie und Militär; die Kaufkraft des Papiergeldes wird jetzt bestimmt durch die Preissomme der Waren, die es zirkulieren muss; was immer auf den Papierzetteln gedruckt ist, sie gelten nur so viel, dass ihre Gesamtsumme gleich ist der Preissomme der in die Zirkulation eingehenden Waren, die selbst in letzter Instanz bestimmt ist durch die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Warum aber wird nicht die Zirkulation, wie es auf den ersten Blick möglich erscheinen würde, ausschliesslich durch das fast kostenlose Papiergeld statt des so teuren und dabei unnützen Goldes besorgt? Der Grund ist der: die für die Zirkulation eintretende Preissomme der Waren ist stets schwankend; damit schwankt aber auch die Geltung des Papiergeldes. Statt eines fast stabilen Massstabes, der nur geringen und über längere Zeit sich verteilenden Schwankungen unterworfen ist, hätten wir ein fortwährendes Oszillieren, das jede Kalkulation, jede Berechnung unmöglich machen würde. Die Konstanz des Geldwertes wäre also nicht möglich, und so ist die Papierwährung mit den ökonomischen Bedürfnissen nicht in Uebereinstimmung zu bringen.

Ist so die Ersetzung des Goldes durch Staatspapiergeld mit Zwangskurs nur in dem Umfang des gesellschaftlichen Minimums der Warenzirkulation rationell, so ist vom Standpunkt der Ersparung des kostbaren Metalls dieser Ersatz ungenügend. Die Warenzirkulation unterliegt ausserordentlichen Schwankungen sowohl innerhalb eines Jahres — man denke an die Vermehrung der Warenbewegung nach der Ernte — als innerhalb der Konjunkturperiode; man denke an den Unterschied der zu realisierenden Warenpreissomme in der Zeit der Depression und der Hochkonjunktur*. Zudem wäre es für die entwickelte kapitalistische Produktion eine unerträgliche Fessel, wäre die Ausdehnung der Produktion über die erreichte Norm stets abhängig von der Ausdehnung der Gold-

* Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ war bei nur sechs, allerdings wichtigen Artikeln (Roheisen, Steinkohle, Kupfer, Baumwolle, Weizen, Roggen) der Geldbedarf auf die Mengen von 1905 zu den Preisen vom Herbst 1906 um nicht weniger als 1400 Millionen Mark gestiegen gegen die Mengen und Preise von 1901.

produktion. Diese Schranke muss überwunden werden und sie wird überwunden durch das Kreditgeld. A verkauft eine Ware an B. Aber B hat momentan kein Geld zur Verfügung, sondern zahlt mit dem Zahlungsversprechen, einem Dreimonatwechsel. A kauft von C und C nimmt an Zahlungsstatt den Wechsel des B und gibt ihn weiter an D, von dem er Ware gekauft hat. D hat eine Schuld an B zu zahlen, von dem er Ware gekauft und zahlt sie mit dem Wechsel des B, zu dem so sein eigener Wechsel zurückkehrt, nachdem er die Waren des A, B und C zirkuliert hat. Hier ist Geld erspart worden, weil sich schliesslich die Warenumsätze, aus denen der Wechsel hervorgegangen, gegenseitig aufgehoben haben. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte D nichts von B gekauft, so hätte B den Wechsel schliesslich einlösen müssen. Aber auch dann hätten die Waren von A, B und C zirkuliert ohne Dazwischenkunft des Geldes und nur die Ware des D wäre schliesslich bar bezahlt worden. Die Voraussetzung des Wechselumlaufs bildet die Sicherheit, dass der Wechsel am Verfalltag auch wirklich eingelöst wird. Er muss also stets in Bargeld einlösbar sein zum Unterschied von der Staatsnote. Das Wissen um die Einlösbarkeit aber ist beschränkt und so findet der Umlauf solcher Wechsel seine Grenze an der kleinen Zahl der Wissenden, die die Zahlungsfähigkeit der Unterschrift beurteilen können. Ganz anders, wenn der Wechsel die Unterschrift eines trägt, dessen Zahlungsfähigkeit unbezweifelbar und einem grossen Kreise bekannt ist. Er wird dann innerhalb dieses grösseren Kreises anstandslos genommen werden und Zirkulationsdienste leisten können. Es muss also der unbekannt Name des Wechelausstellers durch einen als zahlungsfähig in weitesten Kreisen bekannten ersetzt werden und diesen Dienst leistet die Banknote. Die Banknote ist nichts anderes als ein Wechsel der Bank, den diese an Stelle des Wechsels der Händler und Industriellen setzt. Sie gibt an Stelle dieser kommerziellen Wechsel ihre eigenen, die Banknoten, aus. Da ihre Zahlungsfähigkeit bekannt ist, so werden ihre Wechsel von jedermann genommen. Um die Umlaufsfähigkeit zu erhöhen, stellt sie ihre Wechsel auf runde Summen aus, und da sie sich verpflichtet, sie auf Verlangen jederzeit einzulösen, braucht sie keinen Zins zu zahlen wie der Kaufmann, der erst nach drei Monaten zahlt. Die Bank also diskontiert dem A den Wechsel des Kaufmanns B, das heisst, sie gibt ihm den gleichen Betrag in Noten nach Abzug des Zinses oder Diskonts für drei Monate. A zahlt jetzt den C in Noten statt in dem Wechsel, ebenso C den D und D schliesslich den B. B muss nach drei Monaten der Bank den Wechsel einlösen und zahlt ihr mit dem eigenen Noten, die so zur Bank zurückkehren. Die Zirkulationsfähigkeit dieser privaten Schuldtitel beruht also ausschliesslich darauf, dass sie auf Verlangen jederzeit in bar eingelöst werden können. Diese Einlösung wird sich zu einem grossen Teil erübrigen, da sich die Wechsel gegenseitig kompensieren. Doch muss die Bank stets bereit sein, die Wechsel in Gold einzulösen, und dafür eine Reserve in Gold halten.

Es ist bekannt, dass der Staat die Möglichkeit, Gold durch Staatspapier zu ersetzen, sehr oft missbraucht hat. Als Reaktion gegen diese Missbräuche wurden Grundsätze der Bankpolitik aufgestellt, die das Kind mit dem Bade ausschütten wollten. Es wurde erklärt, dass jedes Papiergeld mit Zwangskurs schlecht und gefährlich sei. Aus der Geldzirkulation müsse jedes uneinlösbare Papiergeld ausgemerzt werden; jede Note müsse auf Verlangen in Gold verwandelbar sein. Da man aber doch an der Notwendigkeit, Gold zu ersparen, nicht vorbei konnte, so fand man den Ausweg in einem Kompromiss, wie es zunächst in England verwirklicht wurde. Man wusste nämlich aus Erfahrung, dass ein Minimum von Noten immer in der Zirkulation festgehalten wurde; man brauchte also nicht zu fürchten, dass für diesen Betrag je Gold verlangt wurde; aus Abneigung gegen die Staatsnote wurde aber diese überhaupt nicht zugelassen; man erlaubte aber der Bank von England, für diesen Betrag Banknoten ohne Golddeckung auszugeben, während jede Note über diesen Betrag hinaus mit Gold voll gedeckt sein musste. Das heisst aber nichts anderes, als dass die Funktion der Staatsnote der Banknote übertragen wurde, während die eigentliche Funktion der Banknote, das über das Minimum notwendige Zirkulationsbedürfnis zu befriedigen, ihr genommen wurde und einerseits auf das Gold übertragen, das mit jeder stärkeren Ausdehnung des Warenumsatzes in die (innere) Zirkulation strömen muss, andererseits ersetzt wurde durch andere Formen des Kreditgeldes und eine Organisation des Zahlungsverkehrs (Scheck-

und Clearingsystem), vor denen, obgleich sie genau dieselbe Funktion wie die Banknote erfüllen, die Oekonomen nicht jene Scheu hatten, wie vor der Notenzirkulation. Die Folge ist die mangelnde Elastizität des englischen Geldwesens, die unerträglich wäre, wenn die Banknote die einzige Form des Kreditgeldes wäre und nicht durch andere Formen ersetzt wäre, denen die Banknotengesetzgebung nichts anhaben kann. Dagegen wurden die kontinentalen Notenbanken vernünftiger organisiert. Man suchte allerdings auch hier gesetzlich für die Notendeckung zu sorgen. Man bestimmte, dass die ausgegebenen Noten zu einem Drittel oder wie in Oesterreich zu zwei Fünftel durch Metall gedeckt sein müssten, und trug der Sorge, dass die Banknoten im Uebermass ausgegeben und dadurch entwertet werden könnten — eine ganz ungerechtfertigte Befürchtung, solange die Konvertibilität der Note statuiert ist und die Leitung der Bank keine betrügerische und leichtsinnige ist — dadurch Rechnung, dass man bei einem Ueberschreiten einer bestimmten Notenmenge die Notenbank zu einer Steuer verpflichtete, die sie zwingen sollte, den Zinsfuss zu erhöhen und damit die Kreditgewährung einzuschränken.

So wurde der Banknote aus Furcht vor Uebergriffen des Staates die Funktion der Staatsnote aufgebürdet. Folgenschwerer aber war der entgegengesetzte Vorgang, die Verwandlung der Banknote in Staatsnote. Ob Bank- oder Staatsnote, Papier ist Papier, und Papier ist geduldig, sehr im Gegensatz zu einem Kriegsminister, der in Geldnöten steckt. Schuf sich der Staat einst Gold, indem er es durch Ausgabe von Staatsnoten aus der Zirkulation herausfischte, so machte er später Zwangsanleihen bei dem grossen Goldreservoir, der Notenbank. Da aber diese dann darauf verwies, dass, wenn ihr das Gold genommen, kein Mensch freiwillig mehr ihre Noten annehmen werde, so brauchte der Staat Gewalt und erklärte die Bank der Verpflichtung ledig, ihre Noten in Gold einzulösen; um aber trotzdem die Annahme der Banknoten zu erzwingen, erklärte der Staat gleichzeitig, sie müssten genommen werden, denn sie seien gesetzliches Zahlungsmittel. Damit war die Verwandlung gelungen, die Banknote, mochte sie auch ihren weniger bemakelten Namen behalten haben, war zur Staatsnote, zu Staatspapiergeld mit Zwangskurs, geworden. Die Barzahlungen waren eingestellt, nämlich im Inland, weil der Kriegsminister im Ausland nur mit barem Gold zahlen konnte.

Hier ist also der Zustand der Papierwährung entstanden, weil das Metall abgeflossen ist und alsbald zeigen sich die Folgen. Die Geltung des Geldes wird schwanken je nach den Schwankungen der in die Zirkulation eingehenden Preissumme der Waren, wenn seine Menge gleich (konstant) bleibt und je nach der Menge des ausgegebenen Geldes, wenn die Preissumme der Waren gleich bleibt. In Wirklichkeit werden sich die Schwankungen aus beiden Komponenten zusammensetzen, sich gegenseitig verstärken oder abschwächen. Diese Schwankungen werden am leichtesten zu erkennen sein, indem man die Geltung des Geldes vergleicht mit dem Goldgeld eines anderen Landes. Gesetzt in 100 Mk. deutscher und 118 K. österreichischer Währung sei gleich viel Gold; dann sind 100 Mk. = 118 K. Kann ich jederzeit meine Kronennoten in Goldkronen verwandeln, so werden auch 118 K. in Noten = 100 Mk. Anders aber, wenn zu viel (oder was theoretisch unter bestimmten Voraussetzungen ebenso möglich, zu wenig) Noten ausgegeben wurden, zu viel im Verhältnis zu der für die Zirkulation nötigen Menge: dann werde ich für die 100 Mk. vielleicht 120 K. statt 118 geben müssen. Die Papierkrone ist entwertet und dies erscheint, indem ich für die 100 Mk. um 2 Papierkronen mehr geben muss, als wenn ich sie gegen Goldkronen auswechselte. Der Wechselkurs, der mir anzeigt, wie viel die Währung des einen Landes in der des anderen Landes gilt, hat sich für Oesterreich um 2 K. verschlechtert, oder die österreichische Währung zeigt statt der Parität, der Gleichheit von 100 Mk. zu 118 K., die durch die in ihnen enthaltene gleiche Gewichtsmenge Gold bedingt, ein Disagio. Die Grösse dieses Abschlages, der auf dem österreichischen Geld lastet, zeigt zugleich die Schwankungen im österreichischen Geldwert an.

Diese Schwankungen aber müssen beseitigt werden, da sie die Kalkulation der Preise zunächst für den Import und Export, dann aber in verlangsamter Rückwirkung auch für den Inlandsmarkt jeder Sicherheit berauben. Wie ist die Beseitigung möglich? Die herrschende Geldtheorie stellte dafür drei Bedingungen: Das Staatspapiergeld müsse aus der Zirkulation verschwinden, die Banknoten jederzeit in Gold einlösbar sein und

daher die Bank über einen genügend grossen Vorrat von Gold zur Einlösung verfügen. Dazu kam noch die selbstverständliche Forderung, dass die Bank verpflichtet war, jederzeit das Gold, das ihr von Privaten übergeben wurde, in Goldmünze umzuprägen (die sogenannte freie Prägung). Die österreichische Valutareform suchte nun diesen Anforderungen nachzukommen. Die Regierungen nahmen im Ausland eine Anleihe auf, benützten den Erlös zum Ankauf von Gold und stellten dieses der Bank zur Verfügung, indem sie gleichzeitig die Staatsnoten aus dem Verkehr zurückzogen. Dagegen blieb die zweite Bedingung unerfüllt; die Verpflichtung der Bank, ihre Noten auf Verlangen jederzeit in Gold einzulösen, blieb suspendiert, die Barzahlungen wurden nicht aufgenommen. Trotzdem aber sind die Schwankungen unserer Währung verschwunden; der Vergleich mit den Goldwährungsländern zeigt, dass die österreichische Währung, trotzdem sie gesetzlich (durch die Suspension der Barzahlung) eine Papierwährung ist, keine anderen Schwankungen kennt als jene normalen, die auch die reinen Goldwährungen durchmachen. Hier war die herrschende Theorie, die die Aufnahme der Barzahlungen als Notwendigkeit forderte, durch die Praxis schlagend widerlegt. In der Tat liegt hier ein neues Problem vor, das älteren Erfahrungen widerstreitet.

Die Lösung des Problems beantwortet die Praxis selbst. Wir haben gesehen, dass die Mängel der Papierwährung in den fortwährenden Schwankungen der Geltung, der Kaufkraft des Papiergeldes bestehen. Da das Papiergeld keinen Eigenwert hat, so erhält es diesen nur als Repräsentant der jeweilig in Zirkulation befindlichen Warensomme und macht deren Schwankungen mit. Das kann vermieden werden, wenn die Papiergeldmenge stets so reguliert wird, dass sie genau gleich ist der Goldgeldmenge, die die in Zirkulation befindliche Warenmenge erforderte. Die Aufgabe wäre unerfüllbar, wenn sie gelöst werden müsste für das gesamte Weltwirtschaftsgebiet überhaupt. Denn niemand kann in jedem Moment die in Zirkulation befindliche Gesamtwarensomme, ihren Preis und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes exakt berechnen. Anders aber stellt sich die Aufgabe, wenn ein vergleichender Massstab gefunden werden kann, der jede Abweichung des Papiergeldkurses von dem des Goldgeldes sofort anzeigt. Und eben dieser Massstab ist der Wechselkurs mit den Goldwährungsländern.

Oesterreich steht zu Goldwährungsländern in regen Handelsbeziehungen, aus denen fortwährend Zahlungsverpflichtungen und Zahlungsforderungen entspringen. Gesetzt zum Beispiel, Oesterreich hätte um 110 Millionen Kronen Waren nach Deutschland verkauft und um 100 Millionen Kronen Waren von Deutschland gekauft. Die deutschen Importeure geben zunächst als Zahlung den Oesterreichern Wechsel im Belauf von 110 Millionen Kronen, die sie in Mark zahlen. 100 K enthalten aber gleichviel Gold wie 85 Mk. Die Oesterreicher erhalten also für ihre Waren 93·5 ($85 + 8\cdot5$) Millionen in Markwechseln, also in Zahlungsanweisungen, die in deutschem Goldgeld einzulösen sind. Andererseits erhalten die deutschen Exporteure für ihre Waren österreichische Wechsel im Betrage von 100 Millionen Kronen, zahlbar in österreichischem Geld. Die Wechsel verfallen; die deutschen Importeure haben nun 110 Millionen Kronen an Oesterreich zu zahlen; sie werden sich auf dem deutschen Geldmarkt nach österreichischen Zahlungsmitteln umsehen. Dort finden sie 100 Millionen Kronen in Wechseln, die sie zur Zahlung benützen werden, da dabei die Zahlung keine weiteren Kosten macht; würden sie in Gold zahlen, so entstünden verhältnismässig beträchtliche Unkosten durch Versendung des Goldes, das versichert werden muss und während der Versendungszeit natürlich brach liegt, also keine Zinsen trägt. Die Deutschen brauchen aber nicht bloss 100, sondern 110 Millionen Kronen. Da das Angebot geringer ist als die Nachfrage, werden die österreichischen Wechsel im Kurse steigen, das heisst für 100 K werden etwas mehr als 85 Mk. gegeben werden. Aber diese Steigerung kann nicht über einen gewissen Punkt hinausgehen. Gesetzt den Fall, die Kosten der Versendung von Gold betrügen bei 100 Mk. 1 Mk., dann würde niemand für einen Hundertkronenwechsel mehr bezahlen als 85 Mk. 85 Pfg. Denn wenn der Wechselkurs diesen Stand erreicht hat, wird es billiger mit Gold zu zahlen, als mit Wechsel. Der Wechselkurs kann in unserem Falle nicht über Mk. 85·85 steigen; dieser Kurs wäre der obere Goldpunkt, das heisst der Punkt, über den der Wechselkurs nicht steigen kann, weil, wenn er erreicht ist, die Nachfrage nach Wechseln als Mittel der Bezahlung aufhört und jetzt mit Gold bezahlt

wird. Die Bilanz, die also von Deutschland an Oesterreich aus dem Handelsverkehr zu begleichen ist, wird in der Weise gezahlt, dass die Deutschen auf ihrem Geldmarkt die österreichischen Wechsel im Preis von Mk. 85·85 für 100 K aufkaufen und so 100 Millionen Kronen in österreichischen Wechseln zahlen; den Rest von 10 Millionen Kronen zahlen sie in deutschem Gold, wozu sie 8·5 Millionen Mark brauchen, deren Versendung sie 85.000 Mk. kostete. Der Wechselkurs ist also in diesem Falle für Deutschland ungünstig, weil die österreichischen Wechsel auf dem deutschen Geldmarkt hoch stehen.

Umgekehrt liegen die Verhältnisse in Oesterreich. Oesterreich hat an Deutschland 85 Millionen Mark = 100 Millionen Kronen zu zahlen. Auf dem österreichischen Geldmarkt sind aber 93·5 Millionen Mark = 110 Millionen Kronen deutsche Wechsel. Die österreichischen Exporteure, die diese Wechsel für nach Deutschland verkaufte Waren erhalten haben, bieten sie den österreichischen Importeuren an, die damit die aus Deutschland empfangenen Waren bezahlen können. Hier aber übersteigt das Angebot die Nachfrage. Der Wechselkurs wird also sinken. Die Besitzer der Wechsel brauchen österreichisches Geld. Sie könnten ihre Wechsel nach Deutschland schicken und sie dort in Gold einlösen lassen, dieses Gold dann nach Oesterreich bringen und hier in österreichische Münze umschmelzen lassen. Dies verursacht aber Kosten, sie werden deshalb vorziehen, ihre Wechsel an die Importeure zu verkaufen, auch wenn der Erlös geringer ist, als es der Parität 100 K = 85 Mk. entspricht, und zwar werden sie ihre Wechsel so lange verkaufen, als sie für je 100 Mk. ihrer Markwechsel 85 Mk. weniger 85 Pf., den Kosten der Geldversendung, erhalten, also Mk. 84·15 = K 99·15. Billiger werden sie den Wechsel nicht hergeben, weil es für sie dann vorteilhafter wäre, ihre Wechsel nach Deutschland zur Zahlung einzusenden und sich das Gold schicken zu lassen. Der Kurs von Mk. 84·15 für einen Hundertkronenwechsel in Wien wäre der untere Goldpunkt; unter diesen Kurs kann der deutsche Wechsel nicht fallen, weil bei diesem Kurs das Angebot von deutschen Wechseln in Wien aufhören und deutsches Gold importiert würde. Der Wechselkurs zwischen Goldwährungsländern hat so für seine Schwankungen feste Grenzen, die durch den oberen und unteren Goldpunkt gegeben sind, deren Entfernung in Wirklichkeit natürlich weitaus geringer ist als in unserem Beispiel*.

Der Wechselkurs zwischen Goldwährungsländern schwankt also nur in den Grenzen, die die Kosten der effektiven Goldzahlung bedingen. Darüber können die Schwankungen nicht hinausgehen, da sonst an Stelle des Kreditgeldes das Goldgeld tritt. Anders, wenn das eine Land keine Goldwährung, sondern Papierwährung besitzt.

Die Verhältnisse sind leicht abzuleiten. Gesetzt, Oesterreich hätte an Deutschland für 200 Millionen Kronen Zahlungen zu leisten, Deutschland an Oesterreich für 100 Millionen Kronen, die bei Goldwährung in beiden Ländern, wie wir wissen, gleich wäre 85 Millionen Mark. Auf dem deutschen Geldmarkt ist also Nachfrage nach 100 Millionen Kronen, denen ein Angebot von 200 Millionen Kronen österreichischer Zahlungsmittel (Wechsel) gegenübersteht. Die Folge wäre ein Sinken des Wechselkurses. 100 K würden in Berlin nicht 85 Mk. erzielen, sondern nur Mk. 84·15. Zu diesem Preise würden 100 Millionen Kronen Wechsel verkauft und damit die Nachfrage befriedigt. Die übrigen 100 Millionen Kronen würden nach Oesterreich zur Einlösung geschickt und dafür Geld nach Deutschland gesandt werden. Aber die Oesterreicher zahlen nicht in Gold, sondern in ihrem Papiergeld. Dieses ist aber in Deutschland als Zahlungsmittel nicht zu verwenden, sondern nur in Oesterreich. Soll es also nicht völlig wertlos werden, so muss es wieder in die österreichische Zirkulation geworfen werden. Die deutschen Importeure brauchten aber nur für 100 Millionen Kronen Zahlungsmittel; das ist der Betrag, den Deutschland in die österreichische Zirkulation werfen kann, weil es aus ihr um den gleichen Betrag Waren bezogen hat; aber die deutschen Exporteure wollen ihre 200 Millionen Kronen los werden, da sie sonst befürchten müssen, für sie wertlose Papierzettel in der Hand zu behalten. Infolgedessen wird das Angebot von Wechseln durchaus nicht aufhören, wenn der Wechselkurs Mk. 84·15 beträgt. Die

* Seit dem Jahre 1901 sind in Wien die Devisenkurse niemals mehr als um 0·2 Prozent über die Parität gestiegen.

Konkurrenz der Exporteure wird fort dauern und den Kurs weiter senken. Da aber nur für 100 Millionen Kronen = 85 Millionen Mark Nachfrage nach österreichischen Zahlungsmitteln besteht, werden sie für ihre 200 Millionen Kronenwechsel nur 85 Millionen Mark erhalten. Der Wechselkurs wird auf Mk. 42'50 gefallen sein. Die österreichische Valuta ist also, wie der Wechselkurs mit dem Goldwährungsland zeigt, um die Hälfte entwertet. Die Schwankungen des Wechselkurses in diesem Falle sind also unbegrenzt und nur reguliert durch das wechselnde Verhältnis von Nachfrage und Angebot der Zahlungsmittel des Papierwährungslandes auf den ausländischen Geldmärkten. Die Folge dieser Schwankungen, die jede kaufmännische Kalkulation ausserordentlich erschweren, auf Handel und Industrie im einzelnen aufzuzählen, ist hier nicht nötig. Uns interessiert hier nur das eine, dass die Entwertung der Valuta, wie sie auf dem Geldmarkt des Auslandes erscheint, zugleich natürlich eine Entwertung der Valuta im Inland bedeuten muss, also ein Sinken der Kaufkraft des Papiergeldes. Hätte Oesterreich Metallgeldzirkulation gehabt, so wären für 100 Millionen Kronen Gold ins Ausland abgeflossen, um die Schuld an Deutschland abzutragen. Jetzt fliessen der inländischen Zirkulation statt dessen 100 Millionen Kronen aus Deutschland zu, wir wissen aber bereits, dass die Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes über das von der Zirkulation jeweils bestimmte Mass die Entwertung des Papiergeldes nach sich ziehen muss*.

Zugleich erkennen wir auch das einzige Mittel, diese Entwertung zu hindern. Es wäre ja dazu nur nötig gewesen, dass 100 Millionen Gold nach Deutschland geschickt worden wären; diese Notwendigkeit wurde durch das Sinken des österreichischen Wechselkurses in Berlin auf den unteren Goldpunkt angezeigt. Und in der Tat besteht das ganze Kunststück, die Papierwährung in ihrem Kurs im Ausland wie im Inland zu stabilisieren, darin, die nötigen Zahlungsmittel für das Ausland zur Verfügung zu stellen. Die inländische Zirkulation kann prinzipiell ganz ohne Goldgeld auskommen; erweitert sich die Zirkulation, so erweitert sich der Wechselumlauf und damit der Banknotenumlauf; kontrahiert sich die Zirkulation, so nimmt der Wechselumlauf ab und die Banknoten strömen zurück. Solange der Kredit der Notenbank unerschüttert ist, ihre Leitung die Noten nur gegen streng bankmässige Deckung ausgibt, ist das Gold unnötig; dagegen muss im ausländischen Verkehr, wo die Note nicht Zahlungsmittel, sondern nur Goldanweisung sein kann, stets das nötige Gold zur Verfügung gestellt werden, um den Wechselkurs vor grösseren Schwankungen zu bewahren.

Wir haben gesehen, dass die Entwertung der österreichischen Valuta in Deutschland erfolgt ist, weil die Deutschen 100 Millionen Kronenwechsel mehr hatten, als sie zur Zahlung in Oesterreich bedurften. Diese 100 Millionen Kronen wollten sie in deutsche Zahlungsmittel verwandeln; es macht für sie keinen Unterschied, in welcher Form sie diese deutschen Zahlungsmitteln erhalten, ob in Gold oder in deutschen Banknoten oder in Wechseln, die in Deutschland in deutscher Währung einzulösen sind. Ihnen handelt es sich ja nur darum, statt österreichischer Zahlungsmittel deutsche zu erhalten. Darauf beruht die sogenannte Devisenpolitik der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Wenn in Berlin zu viel österreichische Wechsel vorhanden sind, so in Wien natürlich gleichzeitig zu wenig deutsche. In unserem Beispiel werden in Wien nur 100 Millionen Kronen = 85 Millionen Mark deutscher Wechsel vorhanden sein, die Oesterreicher müssen aber 200 Millionen Kronen für die bezogenen Waren zahlen; die Folge wird sein, da diese 85 Millionen Mark das einzige Zahlungsmittel für Deutschland ist, dass für diese 85 Millionen Markwechsel die 200 Millionen Kronen gezahlt werden müssen. Stellt aber die Bank für die fehlenden 100 Millionen Kronen 85 Millionen Devisen, also Markwechsel aus ihrem Portefeuille zur Verfügung, so wird der Wechselkurs der Marknoten in Wien nicht steigen, der Wechselkurs der Kronenwechsel in Berlin nicht sinken, sondern die Parität erhalten bleiben.

Statt Gold kann also auch Kreditgeld, wenn es in Deutschland in gesetzliches Geld verwandelbar ist, benützt werden. Es ist klar, dass diese Devisenpolitik grosse Vor-

* Wie sich eine solche Entwertung, die sich in Preissteigerung der Waren ausdrücken würde, in der Praxis durch Vermittlung des auswärtigen Handels durchsetzen würde, kann hier nicht weiter verfolgt werden.

teile bietet. Einmal werden dadurch die Kosten der Geldsendung erspart. Zweitens tragen die Devisen Zinsen, während das Gold in den Kellern brach liegt.

Diese Politik besteht also in nichts anderem, als dass die Bank in Zeiten, wo auf dem österreichischen Geldmarkt auf das Ausland lautende, in Gold einzulösende Zahlungsmittel über die momentane Nachfrage hinaus vorhanden sind, diese ankauft und sich so allmählich einen Vorrat von Auslandswechseln schafft. Uebersteigt aber umgekehrt die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln auf dem österreichischen Geldmarkt das Angebot, so gibt die Bank aus ihrem Vorrat diese her und verhindert dadurch, dass der Wechselkurs über den Goldpunkt steigt. Theoretisch kann man sich vorstellen, dass auf diese Weise auch das Hin- und Hersenden des Goldes im internationalen Verkehr beseitigt wird, und praktisch lässt es sich sicher erreichen, dass die Goldsendungen stark eingeschränkt werden, um so mehr, da die hier schematisch gezeichnete Devisenpolitik noch durch andere Massregeln wirksam ergänzt werden kann; die Bank kann zum Beispiel einen Teil ihres Goldschatzes oder Goldguthabens im Ausland halten, zum Beispiel als Depot bei der englischen, französischen oder deutschen Nationalbank. Es hat dies den Vorteil, dass sie dadurch jederzeit über Zahlungsmittel auf diese Länder auch, abgesehen von ihrem Devisenvorrat, im Betrage dieser Guthaben verfügt. Zahlt sie mit solchen Anweisungen, so vermindert sich zwar ihr Goldguthaben, aber die Versandkosten von effektivem Gold werden gespart.

Dass dieses System, das zuerst systematisch in der Praxis durchgeführt zu haben ein unleugbares Verdienst der österreichischen Bankpolitik ist, noch sehr entwicklungsfähig ist, wenn auch die anderen grossen Notenbanken es akzeptieren — in Deutschland wird dieser Frage bereits erhöhte Aufmerksamkeit gelenkt — ist unzweifelhaft. Die Vermeidung der Goldsendungen wäre natürlich eine nicht unbedeutende Ersparnis von *faux frais*, von Unkosten der kapitalistischen Zirkulation*.

Aber all diese Bemühungen sind begrenzt einmal durch eine politische, sodann durch eine ökonomische Schranke. Die politische besteht darin, dass die ausländischen Goldguthaben der Zentralbanken, die ja in Wirklichkeit mehr minder Staatsanstalten sind und an deren ungestörter Funktion die Zirkulation und damit der Kredit des Staates gebunden ist, im Kriegsfall gefährdet wären. Zwischen England und Frankreich finden zum Beispiel bedeutende Goldsendungen statt; sie könnten leicht vermieden werden, wenn die Bank von England bei der von Frankreich ein genügend grosses Golddepot hielte und umgekehrt. Da aus verschiedenen Gründen die Bilanz Englands zugunsten Frankreichs überwiegt, müsste das englische Guthaben wahrscheinlich bedeutend höher sein. Bei einem Krieg Frankreichs gegen England wäre es aber fraglich, ob die Bank von Frankreich dieses Golddepot auf Verlangen auch wirklich auszahlen würde, wenn etwa die Weigerung den englischen Kredit und damit die Beschaffung von Kriegsmitteln erschweren würde. Zwar widerspräche solchem Vorgehen das Völkerrecht. Aber der Krieg nimmt auf die Spinnfäden des Rechts keine Rücksicht. Trotzdem kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Mittel zur Ersparung von Goldsendungen noch lange nicht erschöpft sind und dass daher auch die Rolle, die das Goldgeld als Weltgeld spielt, erheblich eingeschränkt werden kann.

Die ökonomische Schranke aber besteht darin, dass das Kreditgeld jederzeit in Gold verwandelbar sein muss, weil nur dies in letzter Instanz die Garantie der Gleichheit seines Kurses mit dem Wert des Goldes ist. Nur für ein Land, das im ausländischen Wechselkurs jederzeit den Prüfstein für das Bestehen dieser Gleichheit besitzt, ist es möglich, das Gold aus seiner Zirkulation scheinbar zu entfernen. Scheinbar: denn der internationale Ausgleich wird auch für dieses Land in Goldgeld vollzogen, wenn auch zum Teil in Form von Zahlung durch Goldforderungen. Das Gold liegt zwar nicht in den Kellern der österreichischen Bank, aber dafür besitzt diese Forderungen, die schliesslich mit dem Gold in den Kellern der deutschen, englischen, französischen Bank eingelöst werden müssten.

* Bekanntlich hat der Schatzsekretär der Vereinigten Staaten, Cortelyou, einen Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz zur Vermeidung der internationalen Goldsendungen angeregt.

Die Vorteile der Devisenpolitik werden für die Bank durch die Gesetzgebung insofern beschränkt, als die Bank nur 60 Millionen Kronen Devisen in die Banknotendeckung einrechnen darf. Das heisst, sie darf für diese Devisen nur 150 Millionen Kronen Banknoten ausgeben, da 60 Millionen $\frac{2}{5}$ von 150 sind; diese Noten also damit nach Vorschrift zu $\frac{2}{5}$ gedeckt sind. Für die 60 Millionen Kronen übersteigende Devisensumme darf sie nur gleichviel Noten in Verkehr setzen. Kann die Zirkulation aber mehr Noten aufnehmen, wird für das Ausleihen dieser Noten höherer Zins bezahlt, als die Devisen tragen, so wird es für die Bank vorteilhafter, ihre Mittel in Gold als in Devisen, den Goldforderungen, anzulegen. Diese gesetzliche Bestimmung hat den Zweck, das Interesse der Bank an der Anschaffung von Gold wachzuerhalten.

An der Eigentümlichkeit unserer Währungsverhältnisse ändert dieser Umstand nichts. Das Gold spielt in unserer inneren Zirkulation keine beträchtliche Rolle und die Bank bemüht sich durch ihre Devisenpolitik, die Goldzahlungen auch für den internationalen Verkehr einzuschränken. Ob dieser Zustand allen Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft entspricht, ob er der Reform durch die Aufnahme der Barzahlungen bedarf, wird in einem zweiten Artikel erörtert werden.

Anton Schäfer: Aus der Geschichte der nordböhmischen Arbeiterbewegung

Die ersten Kämpfe der Arbeiter Nordböhmens reichen bis in die Tage des Vormärz zurück. Sie richteten sich weniger gegen die trostlosen Zustände in den ungesunden Betrieben, auch nicht gegen die ungemein niedrigen Löhne, sondern gegen die Einführung neuer Maschinen. So kam es im Jahre 1847 in den Fabriken des Kathariner Tales zu einer verzweiflungsvollen Bewegung gegen die Aufstellung von Spinnmaschinen, weil man befürchtete, dass nun viele Arbeiter überflüssig und erwerbslos werden würden. Die Spinner liessen die Arbeit stehen, versammelten sich und zogen zur Grundfabrik in Rosenthal I. Teil, wo sie in die Fabrikräume eindringen und die neuen Spinnmaschinen zerstörten. Von dort wollte die empörte Menge in die Stadt ziehen und in den Reichenberger Fabriken das Zerstörungswerk fortsetzen. Das Schützenkorps aber stellte sich ihr entgegen und hinderte sie daran, ihre Absicht auszuführen.

Diese traurigen Vorgänge trugen den Arbeitern schwere Verfolgungen ein, führten aber dazu, dass sich in Reichenberg ein Leseklub bildete, der es sich zur Aufgabe machte, Aufklärung unter der Bevölkerung und insbesondere unter den Arbeitern zu verbreiten, wofür er bald die Bezeichnung Ketzlerklub erhielt.

Die moderne Arbeiterbewegung setzte in Reichenberg erst in den Sechzigerjahren ein. Der Arbeiter Gahler versuchte 1863 einen allgemeinen Arbeiterverein ins Leben zu rufen, was ihm aber erst dann gelang, als er in der Person des Dr. Herzig, eines Redakteurs der „Reichenberger Zeitung“, einen Proponenten gewann, der entsprechend den damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine ausreichende Bürgschaft bot, dass der Verein keine staatsgefährlichen Zwecke verfolgen wolle. Gahler war ein fleissiger Leser der Agitationsschriften Lassalles und wollte in diesem Arbeiterverein dessen Lehren verbreiten. Aber schon ein Jahr später kam es zwischen den sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern, meist Genossen, die später in der Bewegung Nordböhmens eine Rolle spielten, und den übrigen Mitgliedern zu Differenzen, die schliesslich dazu führten, dass die Sozialdemokraten dem Verein fernblieben und eine Tischgesellschaft bildeten, in der politische Fragen, vornehmlich jedoch die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung, besprochen wurden.

Der von Gahler gegründete Arbeiterverein besteht heute noch unter dem Namen „Industrieller Bildungsverein“; seine Mitglieder sind ehrsame Bürger, die streng darauf sehen, dass er frei bleibt von Sozialdemokraten.

Einige Jahre später, 1868, ging Genosse Krusche, der in Deutschland die Arbeiterbewegung kennen gelernt hatte, daran, die sozialdemokratischen Arbeiter

Reichenbergs zusammenzuführen. Krusche war ungemein rührig, veranstaltete vertrauliche Besprechungen, er lenkte dadurch bald die Aufmerksamkeit der Behörden auf seine Tätigkeit. Krusche starb zwei Jahre später im Gefängnis in Prag.

Die Verfolgungen nahmen jetzt ihren Anfang, hatten jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Die Arbeiter liessen sich nicht einschüchtern, sie schlossen sich enger aneinander und gründeten in den Industrieorten des Reichenberger Bezirkes Lese- und Bildungsvereine, welche Organisationsform durch mehr als 25 Jahre vorherrschte.

In Reichenberg selbst kam es zu keinem Bildungsverein. Erst einige Jahre später bildete sich ein Komitee, das Statuten für eine allgemeine Arbeiter-Krankenkasse ausarbeitete, welche Kasse nach viermaligem Einreichen der Statuten im Juni 1870 konstituiert werden konnte und heute über 45.000 Mitglieder zählt. Sie bildete ein wichtiges Hilfsmittel in der Agitation und hat viel zur Ausbreitung der Arbeiterbewegung über den Bezirk Reichenberg hinaus beigetragen.

Das Jahr 1870 war übrigens reich an bedeutungsvollen Ereignissen. So kam es im Jänner dieses Jahres in Reichenberg zu einer mächtigen Demonstration, bei der ein Arbeiter das Leben lassen musste. Im Gasthaus „zum Feldschlösschen“ sollte eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das allgemeine und gleiche Wahlrecht stattfinden. Als Referent war Genosse Andreas Scheu aus Wien gekommen. In Reichenberg waren damals die Liberalen am Ruder, die in der Verfolgung der Sozialdemokratie den staatlichen Polizeibehörden nicht nachstehen wollten. Der Magistrat verbot die Versammlung und liess in der Nacht den Genossen Scheu im Hotel „zum goldenen Löwen“ verhaften und dem Bezirksgericht überstellen. Als in den ersten Morgenstunden des 19. Jänner die Verhaftung Scheus in Reichenberg und den angrenzenden Orten bekannt wurde, bemächtigte sich der Arbeiter eine furchtbare Erregung. Sie blieben den Fabriken fern, versammelten sich in Massen in der Schützengasse, wo sich das Bezirksgericht befand, und auf dem Altstädter Platz und forderten die Freilassung des Verhafteten, die ihnen mit der Begründung, dass Scheu als Fremder bis zu seiner Verurteilung in Verwahrungshaft bleiben müsse, verweigert wurde. Als sich die über den Gewaltakt der Reichenberger Polizei erbitterte Volksmenge damit nicht zufriedengeben wollte, liess der Bürgermeister Schirmer das in Reichenberg garnisonierende 4. Jägerbataillon zur Absperrung der Strassen herbeirufen. Auch die Freiwillige Feuerwehr wurde gegen die Demonstranten aufgeboden, die aber nicht sonderlich imponierte, sondern vielfach mit Heiterkeit empfangen wurde. Um halb 12 Uhr vormittags liess der Bataillonskommandant das Signal zum Angriff geben. Die Abteilungen rückten mit gefälltem Bajonett im Laufschrift gegen die Volksmassen vor. Da fiel plötzlich aus den Reihen der Jäger ein Schuss und tötete den ganz unbeteiligten, bei Liebig beschäftigten Drucker Fischer, der für seine kranke Frau aus der Apotheke Medizin holen wollte. Um 12 Uhr wurde das Urteil über Genossen Scheu bekannt, es lautete auf einen Monat Arrest. Die Arbeiter zerstreuten sich nun, aber noch lange hielt die Empörung über die schmachvollen Vorgänge unter ihnen an.

Am nächsten Tage rückten mehrere Bataillone Infanterie in Reichenberg ein, die in den Fabriken von Liebig, bei Ginzkey in Maffersdorf und bei Trenkler in Ruppersdorf untergebracht wurden. Zu tun gab es für die Soldaten nichts mehr.

Im Sommer des gleichen Jahres tagte auf dem Lubokaier Plane bei Reichenberg eine internationale Volksversammlung der Arbeiter Nordböhmens, an der sich über 30.000 Personen beteiligten, überwacht von einem grossen Gendarmerieaufgebot und von zwei Kompagnien Jäger. Es war eine mächtige Kundgebung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und den Achtsturentag, die lange in der Erinnerung der Bevölkerung fortlebte.

Im Herbst 1870, im November, kam es zur Gründung des Manufakturarbeitervereines, der im Jahre 1885 behördlich aufgelöst wurde.

Anfangs der Siebzigerjahre entstand ausserdem eine Reihe von Fachvereinen in Reichenberg. Es organisierten sich die Metallarbeiter, die Bauarbeiter, die Schneider, Gerber, Schuhmacher, Bäcker und Müller. Von diesen Vereinen blieben die der Bauarbeiter und der Holzarbeiter erhalten, sie bildeten sich später in Ortsgruppen der Zentralverbände um.

Im Jahre 1872 kam es im Katharinberger Tal zu einem Ausstand, der 39 Spinnfabriken umfasste. Er dauerte sechs volle Wochen, brachte aber den Arbeitern einen bedeutenden Erfolg. Die Arbeitszeit wurde verkürzt und die Löhne erhöht. Ebenfalls erfolgreich endigte ein Streik der Werkstättenarbeiter der Südnorddeutschen Verbindungsbahn in Reichenberg. Die Streikenden erzielten eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit. Beide Kämpfe kosteten grosse Opfer. Viele Arbeiter wurden nachher gemassregelt, sie waren gezwungen auszuwandern; auch eine Menge Verurteilungen erfolgte, die über manche Arbeiterfamilie schweres Leid brachten.

Zwei Jahre zuvor war es in Svarov bei Tannwald zu schweren Kämpfen gekommen. Die Arbeiter der Liebigschen Fabriken, die unter den elendesten Verhältnissen lebten und von brutalen Vorgesetzten auf das ärgste drangsaliert wurden, fast ausnahmslos tschechische Arbeiter aus dem Eisenbroder Gebiet, lehnten sich gegen die unsäglich drückenden Zustände auf und forderten vor allem höhere Löhne. Freiherr v. Liebig ging auf keinerlei Verhandlungen ein. Die streikenden Svarover und Haratitzer Arbeiter zogen am 31. März 1870 nach Tannwald, wo sich ihnen die dortigen Fabriksarbeiter anschlossen. Dann ging es zurück nach Svarov, wo eine Deputation der Streikenden in der Fabrik vorsprechen wollte. Da stellte sich ihnen Militär entgegen und verweigerte der Deputation den Eintritt. Ohne nun erst die Menge zum Zurückgehen aufzufordern, wurde von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Ausserdem gingen die Gendarmen mit gefälltem Bajonett vor. Die Soldaten sollen nach Angaben von Arbeitern fünfzehnmal geschossen haben. Mehr als dreissig Personen wurden verwundet, einige getötet. Eine ausgesuchte Grausamkeit war es, durch länger als eine halbe Stunde niemand zu den Verwundeten, unter denen sich auch Frauen befanden, zu lassen, so dass die Unglücklichen lange ohne Hilfe auf der Erde liegen mussten.

Im Jahre 1873 beschäftigten sich die Arbeiter Reichenbergs mit der Forderung auf Errichtung eines Gewerbegerichtes. In einer Reihe von Versammlungen traten sie dafür ein und erzielten durch ihr Auftreten einen vollen Erfolg. Am 20. August 1874 fanden die Wahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem Stande der Arbeiter für das über Drängen der Arbeiterschaft errichtete Gewerbegericht statt. Die Kandidaten der Partei drangen nahezu einstimmig durch, sie erhielten bei einer Wählerzahl von 1449 zusammen 1414 bis 1439 Stimmen. Auch die Wahl der Beisitzer der Unternehmer kam zustande, aber die Konstituierung blieb lange unmöglich, weil sich die beiden Gruppen nicht über den Vorsitzenden einigen konnten.

Bis zum Jahre 1873 besaßen die Reichenberger Parteigenossen kein eigenes Blatt. Sie bezogen vorerst den „Volksstaat“ aus Leipzig, von dem allerdings nur 93 Exemplare über die Grenze gebracht wurden. Dann wurde die „Volksstimme“ aus Brünn und später der „Volkswille“, der in Wien erschien, bezogen, der letztere schon in 400 Exemplaren. Als der „Volkswille“ einging, verbreiteten die Genossen die in Wiener-Neustadt herausgegebene „Gleichheit“, ohne damit besondere Erfolge zu haben. Endlich im Jahre 1874 schritt man an die Herausgabe eines eigenen Blattes, die jedoch erst nach Ueberwindung unsäglich Schwierigkeiten möglich wurde. Das Blatt, welches unter dem Titel „Der Arbeiterfreund“ erschien, musste in Prag gedruckt werden, in ganz Nordböhmen war kein Drucker zu finden. Solange es bestand, hatte es ununterbrochen unter Verfolgungen zu leiden, mit denen man andauernd die Arbeiterbewegung niederzuhalten suchte. Ein Redakteur nach dem anderen wurde verhaftet und nach Prag eingeliefert, wo jeder vor dem Ausnahmegerichtshof abgeurteilt wurde.

Die Jahre nach 1873 waren der Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht günstig. Unter den Folgen des Wiener Börsenkrachs hatte auch die Reichenberger Industrie viel zu leiden, es fehlte an Arbeitsgelegenheit. Gegen 1600 Textilarbeiter, Weber und Spinner, wanderten nach Deutschland aus, viele Organisationen gingen zugrunde. Die nicht durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eingingen, erlagen später den Verfolgungen, die um so schärfer einsetzten, als sich später wieder neue Ansätze einer kräftigeren Arbeiterbewegung zeigten.

Nur wenige Arbeitervereine überdauerten die Krisenjahre und die polizeilichen Verfolgungen. Der „Arbeiterfreund“ musste sein Erscheinen einstellen, weil jeder neue Redakteur ohneweiters verhaftet wurde. Den Umfang der politischen Ver-

folungen in den Achtzigerjahren zeigt wohl am deutlichsten die Tatsache an, dass sich zu der Zeit über hundert Genossen in Prag in Haft befanden. Während der ärgsten Verfolgungen kam es zur Spaltung der Partei, es bildeten sich zwei Gruppen, die Radikalen und die Gemässigten, die einander durch Jahre auf das heftigste bekämpften. Den Standpunkt der Radikalen vertrat das in Reichenberg im Jahre 1883 gegründete Blatt „Der Radikale“, das bis zum Jahre 1886 bestand.

Im Jahre 1885 gründeten einige tschechische Genossen in Lubokai eine geheime Druckerei; sie wurde von der Polizei entdeckt, drei Genossen, die alle der radikalen Richtung angehörten, wurden zu 10, 15 und 16 Jahren Kerker verurteilt.

Die politischen Verfolgungen liessen nach 1885 endlich etwas nach, ein Aufschwung der Bewegung erfolgte aber erst nach der Einigung zwischen den Radikalen und Gemässigten, die Ende der Achtzigerjahre vor sich ging. Nun ging es rasch vorwärts. Reichenberg hatte bald ein weitverbreitetes Blatt, den „Freigeist“, der seit 1889 erscheint, die Organisationen begannen wieder aufzuleben und der 1. Mai 1890 sah in ganz Nordböhmen die Arbeiterschaft in heller Begeisterung für die Verkürzung der Arbeitszeit demonstrieren. Zwar hat es seither an gewaltigen Kämpfen nicht gefehlt, besonders die Maifeier war einigemal der Anlass zu grossen Konflikten, die Arbeiter aber haben unerschütterlich festgehalten an den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Wie fest der sozialdemokratische Gedanke in der Masse der nordböhmischen Arbeiterschaft wurzelt, zeigten insbesondere die Wahlen für den Reichsrat im Jahre 1901, wo in ganz Deutschböhmen die Nationalen siegreich vordrangen, im Reichenberger Industriegebiet aber ebenso unterlagen wie vordem. Unterdessen hat die Organisation grosse Wandlungen durchgemacht. Die Bildungsvereine sind ersetzt worden durch schlagfertige Gewerkschaften, die politische Organisation ist im Wachsen begriffen und wenn auch jetzt wieder die nationalen Gegner darangehen, den Arbeitern weitere Erfolge streitig zu machen, sie in ihrer Organisationsarbeit zu stören, an der Festigkeit des nordböhmischen Proletariats werden alle ihre Pläne zuschanden werden.

Julius Spielmann: Schulärzte in der Gemeinde

Nur sehr wenige Gemeinden in Oesterreich haben sich bisher entschlossen, den schulärztlichen Dienst in den Volks- und Bürgerschulen einzuführen. Man fürchtet teils die angeblich hohen Kosten, teils bringt man dieser Einrichtung einen unbegründeten Skeptizismus entgegen, ja sogar sittliche Gefahren befürchtete Dr. Lueger, wenn die Schulärzte „die Mädchen zu genau untersuchen“. Nachdem nun die Stadtgemeinde Linz seit fünf Jahren diese Institution eingeführt hat und die Ergebnisse der schulärztlichen Tätigkeit vorliegen, kann man ein begründetes Urteil über den Wert dieser im Interesse der Schulhygiene gelegenen Reform abgeben und damit so manche Zweifel beseitigen.

Schon im Jahre 1904 wurde in Linz probeweise in einer Schule der schulärztliche Dienst eingeführt. Zwei Jahre später legte das Stadtphysikat einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der schulärztlichen Tätigkeit vor und dieser Bericht gipfelte in der Bitte, es sei wünschenswert und notwendig, den schulärztlichen Dienst auch in den übrigen Volks- und Bürgerschulen einzuführen, der Gemeinderat möge daher einen dahingehenden Beschluss fassen.

Die günstigen Resultate des schulärztlichen Dienstes veranlassten auch den Gemeinderat, vom 1. Oktober 1906 an für sämtliche Schulen der Stadt Linz Schulärzte anzustellen.

Für die Versehung des schulärztlichen Dienstes wurden in erster Linie die von der Stadtgemeinde angestellten Aerzte bestimmt. Soweit diese nicht ausreichten, wurden und werden in der Folge aus den Kreisen der in Linz ansässigen Aerzte die Schulärzte angestellt.

Für die schulärztliche Behandlung von je 1000 Schulkindern wird ein Schularzt bestimmt und die Remuneration mit 700 K für jeden Arzt bemessen. Der Stadtphysikus hat den schulärztlichen Dienst zu leiten und zu organisieren. Gegenwärtig sind acht Schulärzte bestellt.

Die Schulärzte vor allem haben jedes Kind, das in die Schule eintritt, auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen und das Ergebnis in einem Grundbuchblatt festzulegen.

Die Untersuchung erstreckt sich auf die Feststellung des Gesundheitszustandes im allgemeinen, und im besonderen auf den Ernährungszustand, auf die Untersuchung des Knochensystems, der Augen, der Ohren, des Mundes, der Nase, des Rachens und der Zähne. Bei dieser Untersuchung stellt der Arzt fest, welche Kinder einer ärztlichen Ueberwachung bedürfen oder einer ärztlichen Behandlung zugeführt werden müssen.

Erkennt der Schularzt, dass ein Kind der spezialärztlichen Untersuchung zugeführt werden muss, so hat er das Recht, diese Zuweisung vorzunehmen. Bezüglich der Zuweisungen an Spezialärzte ist ihm keinerlei Beschränkung auferlegt, mit Ausnahme bei Zahnkrankheiten leichteren Grades, weil nicht so viele Zahnärzte aufzutreiben wären, um die grosse Anzahl der Hilfebedürftigen zu befriedigen. Es wären hier auch tatsächlich die Kosten zu hoch. Es besteht jedoch die Absicht, so bald als tunlich eine städtische Schulzahnklinik zu errichten.

Zum Zwecke der ständigen Ueberwachung solcher Kinder, die an einer chronischen Krankheit leiden und trotzdem die Schule besuchen, so dass eine Verschlimmerung nur durch beständige Ueberwachung verhindert oder eine Heilung durch entsprechende Ratschläge angestrebt werden kann, werden die Lehrer und die Eltern vom Schularzt belehrt. Bei solchen Kindern, bei denen ein abnormaler Zustand konstatiert wird, der eine Aenderung nicht mehr erhoffen lässt, werden die Eltern aufgefordert, private ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn nötig, armenärztliche Hilfe. Durch entsprechende Vorkehrungen werden die übrigen Schulkinder gegen etwaige Gesundheitsschädigungen bei Infektionen geschützt.

Mit der Anlegung eines genauen Verzeichnisses der konstatierten krankhaften Zustände und Gebrechen, sowie mit der Verständigung der Lehrer und Eltern ist die Funktion der Schulärzte noch nicht erschöpft. Sie müssen nach Möglichkeit auch die Ursachen dieser Gebrechen erheben und sie, soweit es in ihrer Macht liegt, beseitigen.

Zu diesem Behufe haben die Schulärzte das Recht, alle Klassenzimmer auf ihre Beschaffenheit in hygienischer und sanitärer Beziehung zu untersuchen, den Leiter der Schule oder die Schulbehörde auf bestehende Uebelstände aufmerksam zu machen und auf deren Abstellung zu dringen. Weiter haben die Schulärzte die Pflicht, die Eltern entsprechend aufzuklären, welche Vorkehrungen sie im Interesse der Gesundung ihrer Kinder treffen müssen. Durch Veranstaltung von Elternabenden und durch Abhaltung von Vorträgen über Gesundheitspflege, über den Einfluss von Luft, Licht und Bewegung auf die Gesundheit der Kinder soll der Schularzt die nötige Aufklärung verbreiten, es ist ihm dabei Gelegenheit gegeben, manches Vorurteil und manche irrige Anschauung zu zerstreuen.

Wenn auch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach den Eltern unmöglich machen, allen Wünschen des Arztes Rechnung zu tragen, so ist es für die Eltern doch eine gewisse Beruhigung, wenn sie ihre Kinder unter ärztlicher Ueberwachung wissen, wenn sie auf Leiden ihrer Kinder aufmerksam gemacht werden, damit sie nach besten Kräften die nötigen Vorkehrungen gegen entstehende Krankheiten treffen können. Der Erfolg dieses Zusammenwirkens von Schularzt und Eltern ist nachweisbar ein guter, die Kinder werden weit mehr als früher gepflegt und gehegt.

Die Stadt Linz besitzt auch mehrere Volksbrausebäder, die als Schulbäder benützt werden. Die Schulärzte regeln den Besuch dieser Schulbäder. Ihnen obliegt auch ferner die Befreiung gewisser Kinder vom Turnunterricht, vom Handarbeitsunterricht und vom Zeichnen, die Zurückstellung der in ihrer körperlichen oder geistigen Entwicklung zurückgebliebenen Schulanfänger und die entsprechende Behandlung der mit

Ungeziefer behafteten Kinder durch Separierung, Badeanweisungen und Belehrung der Eltern.

Wie notwendig die schulärztliche Behandlung ist, geht daraus hervor, dass in Linz derzeit von etwa 8000 Schulkindern gegen 500 unter steter ärztlicher Kontrolle stehen.

Die Kosten des schulärztlichen Dienstes stehen in gar keinem Vergleich zu dem grossen Nutzen. Sie sind für das Jahr 1909 mit 5200 K präliminiert und steigen nur mit der Zahl der Schulhäuser, da jedes Schulhaus nur einen Schularzt benötigt, auch wenn die Schülerzahl mehr als 1000 beträgt.

Von moralischen Schäden der untersuchten Mädchen hat man natürlich noch nichts vernommen, weil eine derartige Schädigung wohl nicht im Ernste befürchtet werden kann. Die Untersuchung der Kinder erfolgt in einem zu diesem Behufe eingerichteten Zimmer, in das alle jene Kinder gerufen werden, die zur Untersuchung bestellt werden. Ein Missbrauch des Amtes ist also von vornherein ausgeschlossen.

Der Staat, der gewiss ein hervorragendes Interesse an der allgemeinen Einführung des schulärztlichen Dienstes besitzen sollte, hat bisher noch wenig dieses Interesse bekundet. Erst heuer geht man daran, in den staatlichen Lehrerbildungsanstalten Schulärzte anzustellen, und zwar vom 1. Dezember 1909 ab. Es sollen die in diesen Anstalten bisher schon angestellten Dozenten für Schulhygiene zugleich das Amt des Schularztes übernehmen. Leider verfällt das Unterrichtsministerium auch bei dieser Gelegenheit in den Kardinalfehler aller österreichischen Regierungsweisheit, wieder nur eine Halbheit zu schaffen. Der schulärztliche Dienst soll an den Lehrerinnenbildungsanstalten noch nicht eingeführt werden. Warum da nicht, das wissen bloss die Bürokraten im Unterrichtsministerium, ein sachlicher oder finanzieller Grund dürfte nicht vorhanden sein.

Anton Afritsch: Für unsere Kinder

Seit fast zwei Jahren besteht bei uns in Graz der Arbeiterverein „Kinderfreunde“, ein Verein, der sich, wie schon sein Name besagt, mit den Kindern der Arbeiter beschäftigt. Es ist dies der einzige in seiner Art in Oesterreich und auch vom Ausland ist uns nichts Aehnliches bekannt. Den Genossen dürfte daher ein Bericht über das Wesen dieses Vereines gewiss ganz willkommen sein.

Was uns Grazer zur Gründung des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ veranlasste? Im § 2 des Vereinsstatuts heisst es kurz und bündig: „Der Verein ist ein nichtpolitischer und stellt sich zur Aufgabe, das geistige und leibliche Wohl der Kinder zu fördern.“ Damit ist schon das meiste gesagt. Sache der Eltern wäre es, diese Aufgabe zu erfüllen, mit ihnen die Aufgabe der Schulen. Wie viele Eltern sind aber in der Lage, irgend etwas für die Erziehung ihrer Kinder zu tun und wie viele Schulen sind heute bei dem trostlosen Zustand unseres Schulwesens in der Lage, erzieherisch zu wirken? Die Eltern sind froh, für ihre Kinder die primitivsten leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen und die Lehrer müssen bei der grossen Anzahl der Kinder recht froh sein, den vorgeschriebenen Unterrichtsstoff zu bewältigen. Viele Tausende Arbeiterkinder wachsen heran, ohne das Notwendigste für ihren weiteren Lebensweg mitzubekommen, ohne sittlichen Halt, ohne den so notwendigen Einfluss liebender Erzieher und sorgender Berater. Wie oft wohl ärgern wir uns über die Tausende und Tausende, die die Grossstädter unter der Bezeichnung „Pülcher“, „Plattenbruder“ etc. kennen, über die jungen, in den meisten Fällen recht intelligenten Menschen, die, keines edlen Gedankens fähig, ihren Mitmenschen zur Last fallen. Sie waren Kinder der Strasse, sind auf der Strasse gross geworden, die Strasse ist ihr Heim geblieben. Auf der Strasse bleiben sie bei Tag und bei Nacht. Der Aufenthalt wird nur unterbrochen in der Spelunke. Es ist Fleisch von unserem Fleisch, Kinder der Arbeiter. Sie werden der Arbeit und des Arbeiters oft genug Feind, ohne es eigentlich zu wollen, ohne es zu wissen. Viele von ihnen greifen zur Arbeit erst, wenn es gilt, kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Die bürgerliche Ge-

sellschaft, die sie sonst verachtet und hasst, begrüsst sie dann als brave Retter des Staates.

Andere wieder kommen gar nicht so weit. Sie haben nicht Zeit, „Pülcher“ zu werden. In ihrem jugendlichsten Alter unterliegen sie der kleinsten Versuchung. Arreststrafen werden zur Kerkerhaft, den grössten Teil ihres Lebens verbringen sie hinter Kerkermauern. Ein anderer Teil geht so für uns und die Gesellschaft verloren. Es sind die alle, in denen nie eine edlere Saite zum Klingen gebracht wurde, die zu schwach oder zu feig sind zu irgend einer guten oder schlechten Tat. Als Arbeitstiere im wahrsten Sinne des Wortes Tag für Tag fronden sie, ohne ein weiteres Lebensziel. Ein Teil von ihnen fällt dem Klerikalismus in die Arme, weil es ja der allein verstanden hat, auf ihn einzuwirken.

Allgemein wird ja anerkannt, dass auf diesem Gebiet mehr geschehen soll und ganz besonders kam dies beim letzten Jubiläumsummel zum Ausdruck. „Für das Kind“ war die Losung. Was aber ist geschehen?

Ein paar Besserungsanstalten, einige Vereine wurden gegründet, von denen man aber gewöhnlich nur einmal im Jahre, bei den Generalversammlungen, die Namen der Funktionäre, zumeist Honoratioren des Ortes, hört.

Bloss die klerikale Partei hat sich dieser Aufgaben von jeher ernster gewidmet. Ihre Kinderbewahranstalten, Vinzenzvereine, Horte und Besserungsanstalten erstrecken sich über das ganze Land. Seelenfang ist die Triebfeder ihres Handelns. Die christliche Caritas blendet tausende Arbeiter und Arbeiterfrauen und fesselt Tausende und Tausende von zarten Kinderherzen in ihren Bann. Die Sozialdemokratie hat sich, das müssen wir ruhig eingestehen, um diese Sache sehr wenig gekümmert. Schlecht steht es uns auch darum an, die Tätigkeit unserer Feinde auf diesem Gebiet zu kritisieren.

Was wären wir aber auch in der Lage zu tun? höre ich viele fragen. Uns fehlen die Mittel, wir sind nicht in der Lage, Anstalten aller Art zu errichten. Wir sind schlecht ausgerüstet, Unterstützungen zu erteilen, weil wir ja selbst der Unterstützung bedürfen. Wer von uns hat denn Zeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen? Ist es nicht überhaupt Sache des Staates, der Gesellschaft, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen?

Mit diesen Einwürfen hatten auch wir in Graz vor Weihnachten 1907 uns abzufinden, als eine ganz kleine Anzahl von Genossen diese Frage erörterte. Eine Reihe anderer Fragen wurde aufgeworfen. Was hat die Partei davon? Werden wir genug Kräfte aufbringen für diese Sache? Wird der Aufwand der Kräfte, wenn sie sich überhaupt finden, im Verhältnis stehen zu den Erfolgen? Viele bewährte, weitschauende Genossen bezweifelten es. Und doch kann heute ganz ruhig gesagt werden, glänzend wurden alle Bedenken geschlagen. Wenn wir nicht schon früher von unserer Tätigkeit auf diesem Gebiet Wesens machten, ist dies ausschliesslich unserer Vorsicht zuzuschreiben, da wir selbst erst den Erfolg der Sache abwarten wollten. Heute nach fast zweijährigem Bestand und nach einer Reihe ganz schöner Erfolge können wir ganz getrost ein Bild unserer Tätigkeit vor Augen führen und mit Recht die Forderung erheben, dass auch die Genossen anderer Orte uns nachzuahmen versuchen, zur Freude der Eltern und ihrer Kinder.

Am 23. Februar 1908 gründeten zirka 50 Mitglieder den Verein. Mitglieder sind die Eltern, entweder der Vater oder die Mutter. Wo der Vater, wie dies gewöhnlich der Fall ist, organisiert ist, trachten wir die Mutter als Vereinsmitglied zu erhalten. Oft genug gelingt es uns, die Mütter als Vereinsmitglieder zu unseren Vorträgen zu bekommen. Ihr Gesichtskreis erweitert sich, sie sind dann oft genug den Ideen ihrer Männer zugänglicher als früher. Als monatlichen Mitgliedsbeitrag heben wir 20 Heller ein. Ein Beitrag, der von den Aermsten der Armen gefordert und geleistet werden kann. Genussberechtigt sind alle Kinder der Mitglieder, ob's nun ihrer zwei oder drei oder wie es recht häufig vorkommt, ihrer sieben oder acht oder noch mehr sind. Bei der Gründung waren es 50, heute haben wir bereits gegen 1000 ordentliche und zirka 40 unterstützende Mitglieder, die zum mindesten den doppelten Beitrag bezahlen. An den Bestrebungen des Vereines nehmen nun mehr als 3000 Kinder Anteil. Bei der Gründung wurden die Gesichtspunkte und das Arbeitsprogramm in grossen Zügen bekanntgegeben, sofort nach der Gründung wurde mit der Arbeit begonnen.

Wir veranstalteten zuerst Märchenabende. Kinder von fünf bis acht Jahren füllten an jedem Sonn- und Feiertag die Turnsäle der Schulen. Ganz einfache Märchen wurden erzählt. Dann kamen Lichtbilder, zuerst die Märchen illustrierende, dann humoristische. Zuerst horchte die kleine Welt aufmerksam, dann kamen die staunenden Ah! und dann stürmische Freudenausbrüche. Ein Genosse erzählte, einfach und schlicht, in der Sprache der Kleinen, ein anderer Genosse oder ein Lehrer war beim Apparat. Entree gab's keines, die Freude der Eltern und Kinder war gross. Von Fachmännern wurde behauptet, dass diese Märchenabende wirksamer sind als die Kindervorstellungen im Theater mit den dramatisierten Märchen. Die Märchenabende, die immer so gemacht wurden, dass in erster Linie die Kinder der Vereinsmitglieder mit den Karten berücksichtigt wurden, brachten uns bereits einige hunderte Mitglieder.

Dann kam die schöne Zeit des Maien und mit ihm eröffnete der Verein eine Tätigkeit, die wohl zu den segensreichsten des Vereines gezählt werden muss. Vorausschicken muss ich, dass der Grazer Stadtschulrat, besonders sein Sekretär, Herr Stadtschulrat Linner, sofort für die Sache gewonnen wurde. Dem Verein wurde vom Stadtschulrat ein Lehrer beigelegt. Jeden Sonn- und Feiertag ging's nun hinaus in die Natur, in Wald und Flur. Spielsachen wurden vom Verein angekauft und die armen Hascherln, die sonst nie einen Fuss- oder Schleuderball u. s. w. in die Hand bekommen hätten, belustigten sich zu ihrer und der Eltern Freude mit den für den einzelnen viel zu kostspieligen Spielzeugen. Die Eltern beteiligen sich oft genug in recht grosser Zahl an diesen Ausflügen, spielen mit, werden selbst jung, erfreuen sich an der Lust der Kleinen und an ihren durch die Freude, durch das Spiel und die gute Waldesluft geröteten Wangen. Im Vorjahre hat der Verein auf diese Weise über 4000 Kinder, teils in Halbtags-, teils in Ganztagspartien aufs Land gebracht. In den Ferien werden diese Ausflüge selbstverständlich nicht auf die Sonn- und Feiertage allein beschränkt, sondern da geht es die Woche drei-, viermal hinaus aufs Land. Die Sache hat so Anklang gefunden, dass es in diesem Jahre nicht mehr mit einer Partie an jedem Ausflugstag ging. Da gab's jeden Sonn- und Feiertag eine Ganztagspartie mit dem Abmarsch um 7 Uhr früh und noch eine, oft auch zwei Halbtagspartien. Die Teilnehmerzahl schwankte bei den einzelnen Partien von 50 bis 200, die Durchschnittsziffer war 100. An einem Tag, als sich zwei Partien ein Stelldichein gaben, zählten wir 410 Kinder mit 70 Erwachsenen. Dass diese Ausflüge nebstbei zu Naturstudien verwendet werden, ist selbstverständlich. Einmal gibt's beispielsweise einen Eichentag, da müssen sich alle Teilnehmer mit Eichenlaub schmücken und das Laub nach Hause nehmen, dann gibt's einen Buchentag, dann kommen die anderen nach der Reihe, im Laufe des Jahres kennen unsere Ausflügler die meisten Bäume. Dann wieder gibt's einer botanische, ein Pilzexkursion und gelegentlich kommen wieder andere Dinge in den Weg, Salamander und Schlangen, Raupen und Schmetterlinge, Eichhörnchen und Wiesel, Hasen und Rehe u. s. f. Die Kinder lernen die Natur lieben, die meisten sind, wie uns die Eltern erzählen, gar nicht mehr im Hause zu halten und meiden von selbst die Strasse. Sämtliche Ausflüge und Veranstaltungen sind vollkommen alkoholfrei, die Gasthäuser werden, wo es angeht, gemieden; Proviant wird mitgenommen.

An den schulfreien Nachmittagen werden am Vereinsspielplatz im städtischen Volksgarten auf dem von der Gemeinde gepachteten Spielplatz Jugendspiele veranstaltet. Dieser Spielplatz verwandelt sich im Winter in einen Eislaufplatz mit zirka 4000 Quadratmeter Flächenausmass. Die Kinder des Vereines laufen Mittwoch und Samstag nachmittags ganz unentgeltlich, an den anderen Tagen zahlen sie 8 Heller für den halben Tag. Den Aermsten werden für den ganzen Winter Schlittschuhe geliehen, die sie erst im Frühjahr, fein sauber geputzt, zurückstellen müssen. Bis zu 500 und mehr tummeln sich an einem solchen Freilaufplatz am Eise, an 200 Kinder wurden Schlittschuhe ausgeliehen. Die Kosten der Eisbahn werden durch die Einnahmen von Erwachsenen, die meistens Sonntags laufen, eingebracht. Dadurch wird auch in Arbeiterkreisen das Schlittschuhlaufen immer populärer; es ist recht possierlich anzusehen, wenn die Erwachsenen, Mütter und Väter, in ihren alten Tagen erst Schlittschuh laufen lernen. Auch den Jugendlichen steht die Eisbahn zu ermässigten Preisen zur Verfügung. An 8000 Kinder sind im vorigen Winter auf diese Weise umsonst gelaufen, zirka 10.000 haben den

minimalen Betrag von 8 Heller, weitere 10.000 den erhöhten Betrag (12 Heller) für die Kinder der Nichtmitglieder und zirka 2000 Erwachsene den Betrag von 20 Heller bezahlt. Der Verein hat ausser den Schlittschuhen, die er kaufte, nichts darauf bezahlt. Welche Summe von Freude aber wurde den Kindern, von denen sonst wohl auch die meisten nie in ihrem Leben einen Eisschuh auf den Fuss bekommen haben würden, an die Kinder abgegeben. Für den heurigen Winter werden nebst dem Eislaufen noch Rodelpartien auf den vom Verein gemieteten Rodelbahnen veranstaltet.

Ein weiteres grosses Tätigkeitsgebiet bildet die Bibliothek des Vereines. Dass da nur gute Bücher ausgeliehen werden, ist selbstverständlich. Die Bibliothek zählt jetzt 1100 Bände und wird von den Kindern ungemein stark benützt. Am 28. Oktober 1908 wurde sie eröffnet, bis Ende Mai wurden 3159 Bücher ausgeliehen. Dann wurde sie einen Monat behufs Revision geschlossen. Von Anfang Juni bis heute wurden wieder 4300 Bücher ausgeliehen. Auf die Kleinen wird durch künstlerisch ausgestattete Bilderbücher, auf die grösseren durch nach Ausstattung und Inhalt sorgfältig ausgewählte Jugendbücher eingewirkt. Ein Grazer Schulinspektor erklärte ganz offen, dass sich jede Schule gratulieren müsste, eine solche Bibliothek zu besitzen. Wie viel Freude da in die ärmsten Stuben getragen wird! Kinder, die sonst nie einen Kreidolf, Pletsch, Bleskow und andere in die Hand bekämen, sehen sich ein, zwei Wochen lang an den herrlichen Bildern satt und kommen dann mit freudiger Erwartung um etwas Neues. Die grösseren verschlingen, oft zum Verdruss ihrer Eltern, die anderen Jugendbücher. Grimm, Andersen, Schalk, Schwab, Jules Verne, Gerstäcker, Thompson, Flörrike, Ganghofer, Rosegger und viele andere werden ihre Freunde. Die Eltern trösten sich, die meisten von ihnen gestehen es offen ein, dass ihre lesehungrigen Jungens nun endlich die Sherlock-Holmes, Nik Karter, Buffalo Bill und die anderen Schundhefte lassen. Der Verein kann sich rühmen, den Kampf gegen die Schundliteratur am wirksamsten zu führen.

Ausser diesen Veranstaltungen, die den Vereinsvorstand mit seinem Ausflugskomitee fortwährend in Atem halten, gibt es noch eine ganze Reihe anderer. Im Vorjahre veranstaltete er durch Aerzte einen Vortragszyklus über körperliche Erziehung, in diesem Jahre wird eine Reihe von Vorträgen über pädagogische Fragen veranstaltet werden. Zu Weihnachten fand eine viertägige Weihnachtsausstellung statt, in der den Eltern die besten Bilder- und Jugendbücher und die praktischsten und erzieherisch besten Spielsachen vor Augen geführt wurden.

Zum Schulschluss fand eines der schönsten Feste in Graz, die Jugendweihe des Vereines statt, bei der Abgeordneter Pernerstorfer im Stephaniesaal, dem schönsten Saal in Graz, den der Schule erwachsenen Arbeiterkindern die Wichtigkeit dieses Lebensabschnittes in zu Herzen gehenden Worten zu Gemüte führte. In demselben Saal fanden zwei Konzerte für die Kinder des Vereines statt. 2000 Kinder besuchten sie, ebenfalls unentgeltlich; leichtverständliche Musik und Gesang verfehlten ihren Eindruck nicht. In den letzten Ferien veranstaltete der Verein mit 30 Kindern eine viertägige Wanderpartie, ohne Bahnfahrt, auf den Hochlantsch. Heute sprechen die Kinder noch mit Freuden davon und werden sie wohl nicht vergessen.

Wo Kindermisshandlungen dem Verein zu Ohren kommen, wird eingegriffen; wenn so ein kleiner Erdenbürger mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt, wird ihm ein Vertreter beigelegt und alles aufgeboten, um ihn den Klauen der Verbrecher züchtenden „Gerechtigkeit“ zu entreissen.

Es lassen sich nicht alle Aufgaben anführen, die zu erfüllen sind ohne viel Geld, ohne Kapitalien. Nur viel guter Wille und viel Liebe zur Sache gehört dazu. Die aufgewendete Mühe wird reichlich belohnt für den, der in den dankerfüllten Kinderaugen, in dem fröhlichen Jauchzen der Beglückten seine Belohnung findet.

Die Parteigenossen erkennen die Arbeit an. Sympathien findet der Verein überall. Die Genossen treten dem Verein bei, auch wenn sie keine Kinder haben. Parteigenössische Unternehmen, wie die Arbeiterbäckerei, der Konsumverein unterstützen ihn. Einzelne Gewerkschaften beschliessen, ohne jeden Anstoss von aussen, die Unterstützung des Vereines. Parteivorstand und Gewerkschaftskommission helfen auch.

Interessant ist es zu wissen, wie sich die Gegner dazu stellen. Die Nationalen sind Schlafmützen wie überall. Sie möchten gern das gleiche machen und sind zu faul,

übrigens bekommen sie ja auch die Kinder nicht. Der deutschnationale „Arbeiter“verein hat bei einem hiesigen Geldinstitut, hinweisend auf die grosse Gefahr, die er in uns ersieht, zwecks Gründung eines Gegenvereines, um eine Geldsumme angesucht, ist aber abgeblitzt. Die Grosszahl der Nationalen kümmert sich nicht um uns, ein kleiner Teil — so drei bürgerliche Gemeinderäte — ist schöngestig und objektiv genug, sie unterstützen sogar den Verein. Den Klerikalen ist der Verein ein Dorn im Auge. In springgiftigen Artikeln fuhr das „Volksblatt“, als wir die Jugendweihe ankündigten, auf uns los, nannte den Verein einen Kindersoziverein, er suchte uns beim Stadtschulrat, bei der Polizei und bei der steiermärkischen Sparkasse zu denunzieren. Die Katecheten wüteten in den Religionsstunden und sogar im Beichtstuhl gegen uns; in Algersdorf bei Graz wurde einigen armen Kindern wegen der Vereinszugehörigkeit die Klostersuppe entzogen. Ihren Hass haben wir uns besonders dadurch zugezogen, dass die Kinder am frühen Sonntagmorgen viel lieber mit uns zum Ausflug als in die Schulmesse gehen. Wir werden mit diesem Ge-lichter wohl noch manche Konflikte haben. Solange ihre Angriffe nur Verleumdungen bleiben müssen, vermögen sie uns nicht zu schaden. Für ein Mitglied, das sich durch die Drohung des Katecheten abschrecken lässt, bekommen wir zwei andere, die gerade wegen der Angriffe der Klerikalen dem Verein beitreten.

Was hat die Partei davon, steht der Aufwand der Kräfte im Verhältnis zu den Erfolgen? Für den denkenden Leser dürfte sich diese Frage wohl schon von selbst beantwortet haben. Gibt es für uns nicht auch Dinge, die auch von einem anderen Gesichtspunkt, als von dem des direkt sichtbaren Parteiinteresses, behandelt werden müssen? Wohl hat es bei uns stürmische Dränger gegeben, die von uns verlangt haben, dass wir die Kinder sozialistisch erziehen, dass sie bei den Ausflügen anstatt Schullieder sozialistische Lieder singen sollen, dass sie beim 1. Mai-Festzug mitdemonstrieren sollen, dass unsere Bibliothek sozialistisch gehalten sei und ähnliches mehr. Aus prinzipiellen und praktischen Gründen hat sich der Vorstand von seinem gegenteiligen Standpunkt nicht abbringen lassen. Prinzipiell verurteilen wir bei den Gegnern, dass sie die ihnen anvertrauten Kinder zu ihren Parteizwecken missbrauchen. Prinzipiell verlangen wir, dass die Kinder von Politik verschont werden sollen, und bei unseren Vereinen sollen wir in den Fehler der Gegner verfallen, sollen wir zarte Kinderherzen mit der hässlichen Politik vergiften? Praktisch wäre diese Sache aber bei unseren Gesetzen gar nicht durchführbar. Wir würden Schule und Behörden auf uns hetzen und hätten bald keine Kinder mehr. Wie gesagt, ist dies ja weder notwendig noch gut. Die Kinder empfänglich zu machen für alles Gute und Schöne, veredelnd auf sie einzuwirken, sie zu guten Menschen zu machen, ihr jugendliches Gemüt durch Gewährung vieler Freuden empfänglich zu machen, ihre Bedürfnisse zu wecken für höhere Genüsse, als den Trunk in rauchiger Wirtshausstube mit seiner Leib und Seele vergiftenden Atmosphäre, das muss das Ziel unserer Tätigkeit sein. Um die Zukunft dieser Jugend braucht uns dann nicht bange zu sein. Wer als Kind bis zum Jünglingsalter hinauf hinauswandert in die Natur, sie kennen und lieben lernt, wird auch als Mann sie nicht entbehren können; wer im Winter Konzerte, Theater und Eislaufbahnen besucht, wird es später nicht missen wollen, wer in seiner Jugend nur gute Bücher liest, wird auch später an verdummendem Schund keine Freude haben. Ob wir wollen oder nicht, solche Arbeit wird nicht nur für die Gesellschaft im allgemeinen, sondern auch für die Partei im besonderen gute Früchte tragen. Wenn die Kinder der Schule entwachsen sind, wird uns wohl niemand hindern können, sie für unsere Ideen zu gewinnen. Die Organisation der Jugendlichen hat dann ihre Aufgabe zu erfüllen. Wenn aber wirklich ein Teil dieser Kinder unserem Gesichtskreis entschwindet, haben wir doch die Gewähr, dass sie, wenn sich halbwegs günstige Bedingungen für sie finden, gute, der Gesellschaft nützliche Menschen werden, gleichviel, welche Lebens- und Weltanschauung sie sich aneignen mögen. Zumindest werden sie aber, in Erinnerung an ihre Jugend, uns, die Bringer ihrer Freuden, nicht als das ansehen, als was wir von unseren Gegnern geschildert werden.

Zum Schlusse noch einige Worte an die Genossen, die dieser Sache durch Schaffung eines ähnlichen Vereines nähertreten wollen. Wo die Sache angepackt werden soll, muss dies mit ganzer Kraft geschehen. Halbheit kann wohl nirgends so schaden, wie hier. Kindern Versprechungen zu machen und nicht halten, rächt sich schwer. Diese

Arbeit fordert einen ganzen Mann. Sie kann nicht von einem geleistet werden, der noch so und so viele andere Funktionen zu besorgen hat. Ueberall ist es gut, wenn die Arbeiten für die Partei spezialisiert werden, nirgends aber ist es so dringend notwendig wie hier. Wenn sich einer findet, der guten Willen, die nötige Intelligenz und Tatkraft hat, die Sache zu leiten, so finden sich die anderen bald. Es ist eine neue Saite, die da zum Klingen gebracht wird. Sie hat einen guten Klang und zieht recht viele an. Besonders für die Frauen eröffnet sich da ein weites Tätigkeitsfeld. Unsere Frauen arbeiten tapfer hier. Auch wo anders wird's solche geben. Wir haben infolge der Mehrarbeit unseren Vorstand vergrößern müssen, die Skeptiker, die da anfangs gemeint hatten, dass wir zu wenig Leute aufbringen werden, wurden glänzend aufs Haupt geschlagen, es haben sich mehr freiwillig für Arbeiten gemeldet, als wir eigentlich benötigten. Wenn auch nicht überall die Bedingungen für das Gelingen der Sache die gleichen sind, vieles lässt sich machen, wenn auch nicht alles, was wir schon haben, überall gemacht werden kann.

Schön wäre es, wenn auch an anderen Orten nach dieser Richtung etwas geschehen könnte, wenn sich diese Vereine gegenseitig mit Rat und Tat unterstützen könnten, wenn sie sich zusammenschliessen könnten zu einem Verband, um durch gemeinsame Arbeit Neues zu schaffen. Wie schön wäre es zum Beispiel, wenn wir nebst unseren anderen Verbandsorganen ein solches hätten für diese Sache. Erziehung und Ratschläge für die Eltern könnte es in einem Teile, Lust und Freude für die Kinder in seinem anderen Teile bringen. Nach beiden Richtungen hin geschieht nichts, obwohl es nach beiden Richtungen so notwendig wäre. Noch so manches andere könnte geschaffen werden. Eine Summe von Kraft liegt aufgespeichert in unseren Reihen, möge sie sich auch entfalten nach dieser Richtung. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, und die Jugend beginnt nicht erst mit dem 14. Jahre.

Bücherschau

Tschechische Parteiliteratur

Der Prager tschechische Parteiverlag veröffentlicht das Protokoll des Prager Parteitages der tschechischen Sozialdemokratie (Preis 80 h). Der Bericht ist ein lehrreiches Dokument des Wachstums und der inneren Entwicklung der tschechischen Bruderpartei.

Ueber den Verlauf des Parteitages hat bereits Genosse Soukup im „Kampf“ berichtet. Wir können uns daher damit begnügen, die Debatte über den wichtigsten Beratungsgegenstand des Parteitages, über die nationale Frage, an der Hand des Protokolls etwas ausführlicher zu schildern.

Der Referent Genosse Šmeral entwarf die Grundzüge eines sozialdemokratischen Nationalitätenprogramms, das, von dem besonderen Klassenstandpunkt der Arbeiterschaft ausgehend, die Politik der tschechischen Sozialdemokratie von der aller bürgerlichen Parteien streng scheidet und die Sozialdemokraten aller Nationen in Oesterreich zu einer einheitlichen Politik auch in den nationalen Angelegenheiten verpflichtet soll. Šmeral fordert die Umgestaltung nicht nur der österreichischen Staatsverfassung, sondern der österreichisch-ungarischen Reichsverfassung im Sinne der nationalen Autonomie, die aufgebaut werden soll einerseits auf der demokratischen Selbstverwaltung der national abzugrenzenden Gebietskörperschaften, andererseits auf der Zusammenfassung aller Nationsgenossen

ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz in nationalen Personenverbänden. Die nationalen Personenverbände sollen die nationalen und kulturellen Angelegenheiten verwalten, den national abzugrenzenden Gebietskörperschaften sollen alle anderen Zweige der inneren Verwaltung überlassen werden. Von den Vorschlägen Renner unterscheiden sich die Šmerals dadurch, dass Renner die nationalen Personenverbände innerhalb der Gebietskörperschaften konstituieren, Šmeral sie vollständig abseits von der territorialen Verwaltungsorganisation aufbauen will.

Die Opposition gegen diese Vorschläge wurde von den Genossen Hudec, Johaniš, Meissner und Modráček geführt. Im Namen dieser vier Genossen erklärte Dr. Meissner Šmerals Vorschläge für unannehmbar. Ein Zukunftsprogramm genüge nicht, wenn es nicht die aktuellen Fragen der Nationalitätenpolitik deutlich und erschöpfend beantworte. Die wichtigste Frage sei der Schutz der nationalen Minderheiten, denen das Recht auf Schulen und die Doppelsprachigkeit der Aemter gesichert werden müssen. Beachtenswert ist, dass Meissner die Notwendigkeit einer Vermittlungssprache anerkannte und dass er forderte, dass an den Minderheitsschulen, in die nur der Unterrichtssprache kundige Kinder aufgenommen werden dürften, auch die Sprache der Mehrheit als obligater Gegenstand gelehrt werden müsse. Vaněk und Krňanský halten schöne Zukunftsprogramme für wertlos, es komme auf die konkrete Lösung der Gegenwartsfragen an. Tuzar meinte gar, die nationale

Autonomie bedeute in der Praxis überhaupt nichts, was das mährische Beispiel beweise.

Andere Genossen traten der Forderung Šmerals entgegen, dass auch für nationale Angelegenheiten eine einheitliche Taktik der ganzen österreichischen Sozialdemokratie erreicht werden könne und müsse; insbesondere Genosse N e m e c verteidigte die Autonomie der nationalen Gruppen innerhalb der österreichischen Internationale bei der Entscheidung nationaler Fragen. Einzelne Genossen, besonders Brožík, Tuzar und Prokeš, griffen die deutschen Genossen an, die sich angeblich der Vergewaltigung der tschechischen proletarischen Minderheiten nicht widersetzen. Ihnen traten andere Genossen entgegen, die die tschechische Partei vor der Ueberschätzung der nationalen Probleme und vor dem Zusammengehen mit den tschechischen bürgerlichen Parteien warnen, so Rautenkranz, Gruncl, Kovanda. Die Stellung Šmerals verteidigte der Brüner Genosse Burian.

O. B.

Arbeiterleben

Das scharfe Wort Lichtenbergs, dass Bücher aus Büchern entstehen, hat für die Durchschnittsliteratur der bürgerlichen Gesellschaft vollkommene Berechtigung. Die Bücher, die nun in rascher Folge erscheinen und Einblick geben in die Welt der Arbeiter und Ausgestossenen, tragen anderes Gepräge. Die Wirklichkeit diktierte sie. Der Leser, den die Wucht ihrer Tragik packt, kann sich nicht anders befreien als durch tatkräftige Mitarbeit am Befreiungswerke unserer Zeit. Wie diese Bücher aus dem Leben kommen, so führen sie wieder ins Leben. Darin ruht ihr Wert und ihre Bedeutung.

Die beiden Bücher, von denen hier die Rede ist*, erzählen von Kindern, eines von einem Waisenknaben, eines von einem Findelkinde. Sie spiegeln die Stellung des besitzlosen und führerlosen Kindes im kapitalistischen Staate. Sie decken das Ergebnis aller bürgerlichen Erziehung auf. Ein Reigen von kaiserlichen Räten, Geistlichen, Waisenvätern, Lehrern und Polizeibeamten schreitet an uns vorbei und alle urteilen nach der Erscheinung, wo sie der Bedingungen gedenken sollten. Sie tun entsetzt über die Liederlichkeit und Verwahrlosung so eines Kostkindes, aber keiner sieht die Ursachen der Liederlichkeit und Verwahrlosung. Man prügelt Kinder, wo die Gesellschaft Strafe verdient.

Die „Erinnerungen eines Waisenknaben“ führen vorerst in das Leben eines Waisenhauses. Die Mutter des Buben, die Hutfutter näht, kann ihn nicht daheim behalten. Er wird in die „Uniform der Armut“ gesteckt und Waisenknabe. Pläne wachen in dem Ehrgeizigen auf. Er möchte Geiger werden. Später Offizier. Aber die Erziehung im Waisenhaus hat nicht das Ziel, aus den Kindern den Funken herauszuschlagen, der in ihnen schläft. Im Gegenteile: der Eigenwille wird stündlich erstickt. Unsinnige Strafen stehen obenan. Sogar das Bücherlesen wird zur Strafe gemacht. Nach Prügeln müssen die Kinder

stammeln: Ich danke gehorsamst für die Strafe. Zum Lügen werden sie direkt angeleitet. Eine leichte Verletzung des Auges macht die Ueber siedlung des Jungen ins Spital notwendig. Er freut sich darüber sehr. Nun hat er alle Tage Semmeln. Im Spital wird er mit der ägyptischen Augenkrankheit angesteckt, muss viele, viele Monate drin bleiben, lernt Leid und Tod schauen und manche Dinge, die den Spitalärzten und dem Personal keine Ehre machen. Mit zwölf Jahren kommt er heraus. Ein Schlossergehilfe wird sein Kostvater. Der Kostmutter, die immer am Waschtrog steht, muss der Knabe trotz seiner Schwäche alles Wasser herzutragen. Lärm und Streit sieht er, das Schlafgängerwesen reizt seine Sinnlichkeit. Eines aber dankt er seinen „Eltern“, sie sehen darauf, dass er immer lernt. Mit vierzehn Jahren ruft ihn die grosse Welt der Arbeit. Nach längerem Suchen findet er als Graveur eine Lehrstelle, die ihm Freude macht.

Anders verläuft die Jugend des Findelkindes. Seine Eltern sind niemals zu ermitteln. Gegen eine Abfertigung übernimmt der Tischlermeister Dunker das Kind, um es draussen irgendwo in Niederösterreich zu „erziehen“. Das erste grosse Erlebnis des Knaben ist die Erfahrung, dass die Dunkerischen nicht seine Eltern sind. Der Lehrer Marein tröstet ihn: Wenn du willst, so wirst du dein Mutterl schon finden. Du musst nur in die Welt hinaus. Da fliessen in dem mutigen Herzen des Jungen Muttersehnsucht und Abenteuerlust in eines. Hinausschreiten will er ins Weite und die Mutter suchen. Mit zehn Jahren wird er dem Wiener Magistrat übergeben, der ihn hintereinander vier Kostvätern ausliefert, einem Tramwaykutscher, zwei Wirten und einem Blumenhändler. Die Kosteltern betrachten ihn nur als Arbeitskraft. Er muss bis in die Nacht hinein Kellnerdienste verrichten, Wagen ziehen und Botengänge tun. Zum Lernen kommt er nicht. Die Lehrer prügeln ihn. Bis er sich für zwei Kreuzer von seinem Sitznachbar die Aufgaben machen lässt. Einmal hält er es nicht mehr aus, läuft fort, wird aufgegriffen und ins Polizeigefängnis gebracht. Jetzt ist er auch „Ausreisser“ geworden. Mit seinem 14. Jahre hört die Aufsicht des Magistrats ganz auf. Schutzlos steht das Kind im Braus der Grossstadt. Er geht zu einem Spengler in die Lehre, zu einem Uhrhändler, in eine Wäscherei, auf einen Bau. Nach der Saison wird er überall fortgeschickt: Schliesslich strandet er im Asyl für Obdachlose und im Werkhaus und wird, 16 Jahre alt, Vagant, nächtigt im Freien, in Erdhöhlen und Holzbauten und sinkt tiefer, immer tiefer ins Haltlose der Deklassierten. Auf der Landstrasse findet er seine Liebste. Auf der Landstrasse verliert er sie. Wegen Vagabondage werden beide eingesperrt, ohne sich je mehr zu schauen. Jahrelanges Wandern durch Land um Land folgt. Fleischer wird er und Dreher und Kutscher und Feuerwehrmann, zum Schlusse Wiener Hausbesorger und selber „Kostvater“. Eines Tages aber ist er drüben in Argentinien Kolonist. „Will's das Schicksal, so werde ich noch manches Jahr hier als Ansiedler und Handwerker das Brot des freien Mannes essen. Kommt es anders, dann wieder her mit dem Wanderstab. Die Welt ist gross.“

In den „Erinnerungen eines Waisenknaben“, die überhaupt eine Fülle edelster Knaben-

* Erinnerungen eines Waisenknaben. Mit Vorwort von Prof. Dr. August Forel. Verlag von Ernst Reinhardt in München. Preis K 1'20.

Ich suche meine Mutter. Die Jugendgeschichte eines Findelkindes. Diesem nacherzählt von Max Winter. Verlag von Ernst Reinhardt in München. Preis K 1'20.

empfindungen bergen, steht das sehnsüchtige Bekenntnis: Ich war ja so hungrig nach lieben Worten. Auch Otto Dunker, der andere Knabe, wurde aus diesem ungestillten Verlangen heraus der suchende Abenteurer. Die unbekannte Mutter, sie ist mehr als ein Einzelfall. Das erschütternde Symbol von Millionen armer Kinder hebt sich daraus. Der Eigennutz, der die Seele des Kapitalismus ist, beherrscht alles Menschenwerk so mächtig, dass ihm auch das arme Kind nichts, nichts anderes bedeutet, als ein Objekt seiner Profitgier.

Die Geduld, die Entwicklung der Kinder zum Abschluss bringen zu lassen, wird von der Habgier erstickt. Roheste Ausbeutung erschlägt die feinsten Regungen, die besten Fähigkeiten der Jugend. Was soll das Wort vom Jahrhundert des Kindes? Es sind noch alle Bedingungen zu schaffen, unter denen der körperliche und geistige Hunger der Proletarierjugend gestillt werden kann. Was der Lehrer Marein dem Findelkinde sagte, hat tiefere Bedeutung: Wir müssen uns alle auf tun, in die Weite der Zukunft hinausschreiten und unsere gemeinsame Mutter suchen, die sozialistische Gesellschaft. J. L. S.

Kinderfürsorge

Die Not der Eltern ist die Ursache des Elends der Kinder. Die Gesellschaft braucht ein gewisses Mindestmass an Erziehung der Kinder, aber in unserer Zeit kann sie dies nicht erreichen. Der soziale Erziehungsnotstand ist eine Massenerscheinung geworden. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen das Volk leidet, hat das verschuldet.

Der Universitätsprofessor Doktor Heinrich Reicher geht in einer jüngst erschienenen Broschüre „Das Mindestmass an Erziehung“ (Wien, Manzschner Verlag) von diesen Gesichtspunkten aus. Er legt die Ursachen des modernen Kinderelends dar, um daran seine Reformvorschläge zu knüpfen. Während er aber in der Kritik des Bestehenden ungemein scharf und klar urteilt, den seichten Schönrednern, die jetzt in Oesterreich so gern die Kinderschützer posieren, derbe Wahrheiten zu sagen weiss, ist sein Reformplan recht dürftig. Freilich, Professor Reicher knüpft mit seinen Vorschlägen an das Jubiläumswerk an und bei der Dürftigkeit, mit der dieses von den Patrioten ausgestattet wurde, kann es einer grosszügigen Reform nicht die Wege ebnen. Aber Professor Reicher hätte eben neue Wege weisen müssen, um den von den patriotischen Schwätzern verfahrenen Karren des österreichischen Kinderschutzes halbwegs in das Geleise zu bringen. Er begnügt sich aber mit dem Vorschlag, einige Fürsorgeanstalten zu bauen und — was er komischerweise für ganz besonders wichtig hält — eine eigene Vertretung der Kinderfürsorge im Ministerrat zu verlangen. An Ministerstellen fehlt es uns aber wahrlich am wenigsten, davon ist der Ausbau der Kinderfürsorge nicht abhängig.

Reichers Studie schliesst mit einem Appell an die Parteien. Das ist ja gewiss sehr gut gemeint, aber ein Praktiker vom Range unseres Autors sollte die Parteien besser einschätzen. Das Zureden hilft bei ihnen nicht. Ein Interesse am Kinderschutz, am ernsthaften Kinder-

schutz hat aber nur die Partei der Arbeiter, denn deren Jugend ist ja vor allem des Schutzes bedürftig.
J. D.

Berichtigung

Wir erhielten folgende Zuschriften:

Geehrte Redaktion!

Im letzten Hefte der sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf“, Jahrgang III, Nr. 1, ist ein Artikel des Genossen Franz Soukup über den Parteitag der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei enthalten, in welchem es auf Seite 7, fünfter Absatz, lautet:

„... Zu bemerken ist noch, dass der Parteitag die strittige Frage der Gewerkschaften nicht berührt hat und beschlossen hat, die Erledigung dieses Streites innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen über die Form der Organisation, ob autonome oder zentrale, den Gewerkschaften zu überlassen...“

Diese Information ist unrichtig, weil der Parteitag nichts beschlossen hat, im Gegenteil, ein Antrag, der darauf hienzielte und der lautete: „Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschliesst, dass die politischen Lokalorganisationen und die übrigen Parteiinstitutionen mit ihren Vertrauensmännern sowie auch die politischen Parteiblätter sich in die Streitigkeiten in den Gewerkschaftsorganisationen über die Form der Organisation nicht hineinmischen und die Erledigung dieses Streites den Gewerkschaften überlassen“, wurde nicht akzeptiert; er ist aber vom Parteitag der Parteiezekutive überwiesen worden, die bisher keinen Standpunkt zu dem Antrag eingenommen hat.

Infolgedessen unterstützen die politischen Organisationen auch weiter die Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen, ja sie arbeiten öffentlich direkt darauf los.

Mit Gruss

Die Gewerkschaftskommission für Böhmen mit dem Sitze in Prag.

Geehrte Redaktion!

In dem obigen Falle handelt es sich um keine „unrichtige Information“, sondern um eine andere Auffassung der rein formalen Entscheidung des Parteitages. Die Berichtigung ist insoweit richtig, als in der Tat, wie ich mich überzeugt habe, der Antrag Rautenkranz formell nicht akzeptiert, sondern der Parteiezekutive überwiesen wurde. Tatsächlich — und das war für mich entscheidend und das war auch der wirkliche Wille des Parteitages — hat aber der Parteitag die Frage der Gewerkschaftsorganisation aus der Erörterung über die nationalen Fragen ausgeschieden, also zwar nicht durch einen formellen Beschluss, aber doch durch die tatsächliche Ausscheidung dieser Frage aus der Debatte ihre Entscheidung der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation überlassen. Diesen Standpunkt hat auch die tschechische Parteileitung, deren Mitglied ich bin, tatsächlich seit jeher eingenommen und sich jeder Einmischung in diesen Streit immer konsequent ferngehalten.

Mit Gruss Franz Soukup.